

Bayern in Zahlen

Ausgabe 1 | 2013



- Einbürgerungen 2011
- Verschuldung der kommunalen Körperschaften 2011
- Projekte „Geoinformationssysteme“ im Bereich IuK/Rechenzentrum Süd



Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit der entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos

ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) sowie von „Bayern Daten“ und „Statistik kommunal“ (Informationelle Grundversorgung).

Newsletter-Service

Für Themenbereich/e anmelden. Information über Neuerscheinung/en wird per E-Mail aktuell übermittelt.

Kostenpflichtig

sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen. Bestellung direkt im Internet oder beim Vertrieb, per E-Mail oder Fax.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik sowie Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 144. (67.)

Artikel-Nr. Z10001
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis

© Sandra Steins, Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung (BPA)

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-3580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2013

Alle Veröffentlichungen oder Daten sind Werke im Sinne von § 2 Urheberrechtsgesetz. Die Verwendung, Vervielfältigung und/oder Verbreitung von Veröffentlichungen oder Daten gleich welchen Mediums (Print, Datenträger, Datei etc.) – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe gestattet. Sie bedarf der vorherigen Genehmigung bei Nutzung für gewerbliche Zwecke, bei entgeltlicher Verbreitung oder bei Weitergabe an Dritte sowie bei Weiterverbreitung über elektronische Systeme und/oder Datenträger. Sofern in den Produkten auf das Vorhandensein von Copyrightrechten Dritter hingewiesen wird, sind die in deren Produkten ausgewiesenen Copyrightbestimmungen zu wahren. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erläuterungen

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- X Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Sie an dieser Stelle begrüßen zu dürfen. Vor Ihnen liegt die erste Ausgabe von „Bayern in Zahlen“ in neuer Gestaltung. Wir haben es uns nicht leicht gemacht, wollten wir doch die Tradition unserer Zeitschrift bewahren, sie andererseits aber auch moderner und noch leserfreundlicher gestalten. Wir hoffen, der Relaunch ist uns auch in Ihrem Sinn gelungen. Die erste Neuerung haben Sie bereits entdeckt: Zukünftig wird es ein Editorial geben, in dem wir Ihnen Schwerpunkte der jeweiligen Ausgabe vorstellen wollen. Sicher werden Sie dabei das ein oder andere persönliche Wort von mir zu lesen bekommen, auch über unser Haus.



Die Januarausgabe bietet noch einmal Gelegenheit, auf das vergangene Jahr zurückzublicken. Für uns als Landesamt ist natürlich der Umzug in unsere neue Dienststelle in der St.-Martin-Straße in München zu erwähnen. Nach 56 Jahren verließ das Amt die altherwürdigen Räume der „Alten Akademie“ im Herzen der Münchner Innenstadt. Das neue Gebäude bietet die infrastrukturellen Möglichkeiten, die ein moderner Dienstleister benötigt. Insbesondere für das Rechenzentrum Süd bedeutet der neue Standort einen hohen Gewinn an technischer Leistungsfähigkeit und Sicherheit. Aber auch den statistischen Abteilungen steht nun deutlich mehr Raum zur Verfügung.

Thematisch widmet sich unser Januarheft zwei stets aktuellen Bereichen: Staatsverschuldung und Demographie, wobei wir uns mit der Verschuldung kommunaler Körperschaften und den Einbürgerungen jeweils recht spezifische Aspekte herausgesucht haben. Denn gerade bei viel diskutierten Fragen lohnt sich oftmals der genaue Blick auf Zahlen und Fakten. Und wer könnte den liefern, wenn nicht die Amtliche Statistik?

Sie sehen, auch für die „neue“ BiZ werden uns die Themen nicht ausgehen...
Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst

A handwritten signature in blue ink that reads "Karlheinz Anding". The signature is written in a cursive style with a checkmark at the end.

Karlheinz Anding
Präsident des
Bayerischen Landesamts
für Statistik und Datenverarbeitung

Statistik aktuell

- 4 Kurzmitteilungen

Nachrichten

- 16 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
2013 beginnt

Beiträge aus der Statistik

- 17 Einbürgerungen in Bayern 2011
21 Verschuldung der kommunalen Körperschaften
in Bayern 2011

**Beiträge zur Informations- und
Kommunikationstechnik**

- 30 Projekte „Geoinformationssysteme“ im Bereich
IuK/Rechenzentrum Süd

Historische Beiträge aus der Statistik

- 38 Die staatliche und kommunale Verschuldung
am Jahresende 1961
40 Einbürgerungen und Entlassungen aus dem
deutschen Staatsverband im Jahre 1961

Bayerischer Zahlenspiegel

- 41 Tabellen
50 Graphiken

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

Mehrlingsgeburten 2011 in Bayern

Von den über 102 100 Geburten in Bayern im Jahr 2011 entfielen insgesamt 1 813 auf Mehrlingsgeburten mit zusammen 3 662 Mehrlingskindern. Davon waren 3 556 Zwillingsgeschwister, 102 Drillingsgeschwister und einmal Vierlingsgeschwister. Damit nahm die Zahl der Mehrlingskinder gegenüber dem Vorjahr um 3,8% ab. Auch der Anteil der Mehrlingskinder an allen Geborenen war 2011 mit rund 35 Mehrlingen je 1 000 lebend- oder totgeborenen Kindern niedriger als 2010 mit rund 36. Trotz dieses leichten Rückgangs lag 2011 der Anteil der Mehrlingskinder im langfristigen Vergleich immer noch auf hohem Niveau. So kamen im Jahr 1980 auf 1 000 lebend- oder totgeborene Kinder nur 18 Mehrlingskinder. Mütter von Mehrlingskindern waren bei der Geburt im

Durchschnitt 32,5 Jahre alt und damit etwas älter als Mütter von Einzelgeborenen (31,2 Jahre). Knapp 30% der Mehrlingsmütter waren zum Zeitpunkt der Geburt bereits 35 Jahre oder älter. Dagegen lag der Anteil der über 35-Jährigen bei Müttern mit einer Einzelgeburt im Jahr 2011 mit rund 24% deutlich niedriger.

Da immer mehr Frauen immer später Mutter werden und gleichzeitig mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit einer Mehrlingschwangerschaft biologisch steigt, kann dies als eine der Ursachen für den Anstieg der Mehrlingsgeburten in den letzten Jahrzehnten gesehen werden. Des Weiteren sind Mehrlingschwangerschaften eine häufige Begleiterscheinung künstlicher Befruchtungen.

Mehrlingsgeburten kommen im Vergleich zu den Einzelgeburten häufiger in bestehenden Ehen vor als bei nicht verheirateten Müttern. 2011 betrug der Anteil der Mehrlingskinder, die von nicht verheirateten Müttern zur Welt gebracht wurden 21%. Bei 79% der Mehrlinge waren die Eltern bei der Geburt miteinander verheiratet. Dagegen lag die Ehelichenquote bei Einzelgeburten mit knapp 74% deutlich niedriger.

Die Totgeborenenrate ist bei Mehrlingsgeburten erfahrungsgemäß höher als bei Einzelgeburten. Insgesamt lag 2011 die Totgeborenenrate bei 0,30%, bei Mehrlingskindern betrug sie 0,60% und bei Einzelgeburten 0,29%.



Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Rinderbestand in Bayern im November 2012 um ein Prozent zurückgegangen

Zum Stichtag 3. November 2012 wurden 3 251 606 Rinder in 53 787 Haltungen nachgewiesen. Die Zahl der Rinderhaltungen ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 4,2% (-2 387 Haltungen) deutlich gesunken. Der Rinderbestand verringerte sich um 1,0% (-33 518 Tiere). Die durchschnittliche Rinderzahl je Haltung lag im November 2012 bei 60 Rindern.

Milchkühe stellen mit einer Zahl von 1 219 350 Tieren einen Anteil

von 37,5% am gesamten Rinderbestand dar. Gegenüber dem Vorjahr wurde bei dieser Tierkategorie ein Rückgang um 4,2% (-1 675 Haltungen) auf 38 270 Milchkuhhaltungen bei einem leicht abnehmenden Tierbestand (-1,3%) festgestellt. Die durchschnittliche Zahl der Milchkühe je Milchkuhhaltung liegt in Bayern aktuell bei 32 Tieren. Die Zahl der sonstigen Kühe (Ammen- und Mutterkühe) verringerte sich binnen Jahresfrist um 2,5% (-1 833 Tiere) auf insge-

samt 72 405 Tiere. Die Zahl der Kälber und Jungrinder umfasste zum 3. November 2012 insgesamt 968 192 Tiere, ähnlich dem Bestand vom Vorjahr. Bei Rindern von einem Jahr bis unter zwei Jahren war der Bestand mit 759 362 Tieren um 1,2% (-8 841 Tiere) geringer als zum 3. November 2011. Den Hauptanteil stellen dabei mit 71,8% weibliche Tiere dar. Die Anzahl dieser Tiere nahm gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 1,0% (-5 325 Tiere)

Rinderhaltungen und Rinderbestand in Bayern zum 3. November 2012				
Merkmal	Ergebnisse der Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HIT)			
	zum 3. November 2012	zum 3. November 2011	Veränderung 3. November 2012 gegenüber 3. November 2011	
	Anzahl			%
Rinderhaltungen insgesamt	53 787	56 174	-2 387	-4,2
dar. Milchkuhhaltungen	38 270	39 945	-1 675	-4,2
Haltungen sonstiger Kühe	8 444	8 911	- 467	-5,2
Rinder insgesamt	3 251 606	3 285 124	-33 518	-1,0
dav. Kälber und Jungrinder	968 192	967 461	731	0,1
dar. Kälber und Jungrinder zum Schlachten ¹	53 026	51 421	1 605	3,1
dav. Kälber bis einschl. 8 Monate	651 698	649 895	1 803	0,3
Jungrinder älter als 8 Monate bis 1 Jahr	316 494	317 566	-1 072	-0,3
dav. männlich	117 237	118 209	- 972	-0,8
weiblich	199 257	199 357	- 100	-0,1
Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt	759 362	768 203	-8 841	-1,2
dav. männlich	214 034	217 550	-3 516	-1,6
weiblich	545 328	550 653	-5 325	-1,0
dav. zum Schlachten ¹	62 787	63 848	-1 061	-1,7
zur Zucht und Nutzung ¹	482 541	486 805	-4 264	-0,9
Rinder 2 Jahre oder älter	232 297	239 766	-7 469	-3,1
dav. Bullen und Ochsen	12 340	13 092	- 752	-5,7
weiblich	219 957	226 674	-6 717	-3,0
dav. zum Schlachten ¹	12 632	13 849	-1 217	-8,8
zur Zucht und Nutzung ¹	207 325	212 825	-5 500	-2,6
Milchkühe ²	1 219 350	1 235 456	-16 106	-1,3
sonstige Kühe ²	72 405	74 238	-1 833	-2,5

1 Berechnet auf Basis der Schlachtungen im Vorjahreszeitraum.

2 Berechnet auf Basis der Produktionsrichtungen Haltungen.

auf 545 328 Tiere ab. Der Bestand der männlichen Tiere dieser Alterskategorie verringerte sich um 1,6% (-3 516 Tiere) auf 214 034 Tiere. Der Rinderbestand von zwei Jahren oder älteren Tieren – ohne

Milchkühe und sonstige Kühe – verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,1% (-7 469 Tiere). Bei den weiblichen Tieren dieser Alterskategorie war ein Rückgang um 3,0% (-6 717 Tiere) auf

219 957 Tiere zu verzeichnen. Bei Bullen und Ochsen hat sich der Tierbestand um 5,7% (-752 Tiere) auf 12 340 Tiere verringert.



Verarbeitendes Gewerbe

Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im November 2012 um 2,0% über dem Vorjahresniveau

Im November 2012 konnte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, ein Umsatzplus von 2,0% gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnen. Von den 28,9 Milliarden Euro Gesamt-

umsatz entfielen rund 15,2 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+2,8%) und darunter rund 5,0 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (-7,8%). Der Anteil der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betrug 52,5 bzw. 17,2%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende November 2012 um 2,0% über dem Vorjahresstand.

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern stiegen im November 2012 gegenüber November 2011 um 8,6%. Die Bestelleingänge

ge aus dem Ausland zogen um 12,0%, die aus dem Inland um 3,8% an.

Ausführliche Ergebnisse zu diesen Themen enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im November 2012“ (Bestellnummer: E11013 201211, Preis der Druckausgabe: 5,10 €) und „Index des

Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im September 2012“ (Bestellnummer: E1300C 201211, nur als Datei).*

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im November 2012 nur noch 0,1% über dem Vorjahresniveau

Die Produktion der bayerischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“) stieg im November 2012 um 0,1% gegenüber dem Vorjahresmonat. Dabei erhöhte sich die Produktion nur im Investitionsgüterbereich um

4,5%. Die Verbrauchsgüterproduzenten mussten einen Produktionsrückgang von 1,8% hinnehmen, ebenso der Vorleistungsgüter- und der Gebrauchsgütersektor (-2,8 bzw. -8,5%).

Im Vergleich zu den ersten elf Monaten des Jahres 2011 war im entsprechenden Zeitraum 2012 ein

Produktionsanstieg von 0,5% zu verzeichnen. Am stärksten konnte die Produktion hier im Investitionsgüterbereich (+4,5%) ausgeweitet werden.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im November 2012“ (Bestellnummer: E1200C 201211, nur als Datei).*

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns 2012				
Ergebnisse für Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen				
Bezeichnung	August	September	Oktober	November
	2012			
Produktionsindex (kalendermonatlich) 2005 = 100				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	108,5	116,0	121,9	121,4
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	114,8	129,7	133,3	134,3
Maschinenbau	94,5	105,3	109,0	112,3
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	102,7	107,6	111,0	108,6
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	210,4	215,9	232,4	242,6
Veränderung in Prozent zum Vorjahr				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	-2,1	-7,4	4,1	0,1
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	12,8	0,6	9,9	10,8
Maschinenbau	-4,5	-9,6	5,3	-5,0
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	-5,4	-12,7	1,5	-8,8
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	-12,3	-15,0	-0,9	3,6

Auftragseingangsvolumen im bayerischen Bauhauptgewerbe von Januar bis November 2012 über Vorjahresniveau

Der baugewerbliche Umsatz, den die in Bayern ansässigen Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 oder mehr tätigen Personen im November 2012 erwirtschafteten, belief sich auf 1,3 Milliarden Euro. Verglichen mit dem Wert vom November 2011 bedeutet dies eine nominale Steigerung um 2,4%.

Der insgesamt im Zeitraum von Januar bis einschließlich November 2012 erzielte baugewerbliche Umsatz summierte sich auf 10,75 Milliarden Euro. Damit wurde das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 4,4% übertroffen. Nach Bausparten untergliedert zeigten sich unter-

schiedliche Umsatzentwicklungen. So betrug der baugewerbliche Umsatz, der im November 2012 im Bereich Wohnungsbau erzielt wurde, 327,8 Millionen Euro und lag damit um 9,0% über dem Wert vom November 2011. Im gewerblichen Hochbau belief sich der baugewerbliche Umsatz auf 362,5 Millio-

nen Euro (+4,7%) und im gewerblichen Tiefbau auf 154,3 Millionen Euro (-5,0%). Die Sparte Hochbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen verzeichnete im November 2012 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 92,4 Millionen Euro (-2,2%), im Bereich Hochbau für Organisationen ohne Erwerbszweck waren es 18,0 Millionen Euro (-2,3%) und im Straßenbau 188,5 Millionen Euro (-0,9%). Im Bereich Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen wurde ein baugewerblicher Umsatz in Höhe von 153,1 Millionen Euro erzielt, in etwa so viel wie im gleichen Monat des Vorjahres.

Die Auftragseingänge der baugewerblichen Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen beliefen sich im Berichtsmonat November 2012 auf insgesamt 728,6 Millionen Euro und waren damit gegenüber dem Wert vom November 2011 rückläufig (-3,7%). Allerdings lagen die insgesamt im Zeitraum von Januar bis einschließlich November 2012 erzielten Auftrags-eingänge mit 10,56 Milliarden Euro um 8,4% über dem Vorjahreswert.

Ende November 2012 arbeiteten insgesamt 77 151 Menschen in den in Bayern ansässigen Betrieben des Bauhauptgewerbes mit mindestens 20 tätigen Personen.

Damit lag der Personalstand um 2,9% über dem Vorjahresniveau. Insgesamt 8,4 Millionen Arbeitsstunden wurden im Berichtsmonat in den genannten Betrieben geleistet, was einem leichten Rückgang um 2,0% gegenüber November 2011 entspricht.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im November 2012“ (Bestellnummer: E21003 201211, Preis der Druckausgabe: 5,70 €).*



Handel und Dienstleistungen

Bayerns Exporte im Oktober 2012 um knapp 11 % gestiegen

Nach vorläufigen Ergebnissen nahmen die bayerischen Ausfuhren im Oktober 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 10,7% auf über 15,1 Milliarden Euro zu. Die Einfuhren stiegen um 1,2% auf rund 13,3 Milliarden Euro. 53,4% der Ausfuhren (8,1 Milliarden Euro; +6,8%) wurden in die Länder der Europäischen Union versandt, darunter gingen 35,5% aller Ausfuhren in die Länder der Euro-Zone (5,4 Milliarden Euro; +5,4%). 56,7% der Einfuhren kamen aus den EU-Ländern (7,5 Milliarden Euro; +9,6%), darunter wurden wiederum 36,9% aller Einfuhren aus den Euro-Ländern bezogen (4,9 Milliarden Euro; +9,5%).

Die wichtigsten Exportländer Bayerns im Oktober 2012 waren die USA (1,8 Milliarden Euro; +31,6%), Österreich (1,3 Milliar-

den Euro; +7,4%), China (1,2 Milliarden Euro; -3,5%), Frankreich (1,0 Milliarden Euro; +3,9%) und Italien (0,9 Milliarden Euro; -3,2%). Bei den Importen lag Österreich (1,4 Milliarden Euro; +12,3%) vor China (1,1 Milliarden Euro; -8,5%), den USA (1,0 Milliarden Euro; +29,5%), Italien (1,0 Milliarden Euro; +10,5%) und der Tschechischen Republik (0,9 Milliarden Euro; +16,5%).

Die wichtigsten Ausfuhrüter Bayerns waren im Oktober 2012 Personenkraftwagen und Wohnmobile (3,0 Milliarden Euro; +5,8%), Maschinen (2,3 Milliarden Euro; +6,5%) sowie Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge (1,1 Milliarden; +13,5%). Auf der Einfuhrseite lagen Maschinen (1,4 Milliarden Euro; +1,1%) vor Erdöl und Erdgas

(1,4 Milliarden Euro; -37,4%) und Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge (1,0 Milliarden; +4,0%).

Von Januar bis Oktober 2012 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von über 139,5 Milliarden Euro, dies sind 4,4% mehr als im Vorjahreszeitraum, und importierte Waren im Wert von gut 121,7 Milliarden Euro (+0,3%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Oktober 2012“ (Bestellnummer: G3000C 201210, nur als Datei.)*

Der Außenhandel Bayerns im Oktober und von Januar bis Oktober 2012

Vorläufige Ergebnisse

Erdeil / Ländergruppe / Land	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Oktober				
Europa	9 562 216	7,3	9 016 982	8,4
dar. EU-Länder (EU 27)	8 084 906	6,8	7 546 388	9,6
dar. Euro-Länder	5 369 260	5,4	4 913 151	9,5
dar. Frankreich	1 019 245	3,9	604 192	11,8
Italien	938 727	-3,2	968 377	10,5
Österreich	1 259 071	7,4	1 375 681	12,3
Vereinigtes Königreich	908 656	-0,1	383 382	-4,6
Tschechische Republik	500 112	10,3	949 034	16,5
Afrika	285 274	13,3	434 436	-1,9
Amerika	2 393 929	31,0	1 174 495	15,6
dar. USA	1 834 439	31,6	1 041 319	29,5
Asien	2 780 044	8,4	2 667 498	-20,4
dar. Volksrepublik China	1 151 736	-3,5	1 147 792	-8,5
Australien-Ozeanien	117 361	-2,4	15 111	3,9
Verschiedenes*	2 626	-35,7	-	x
Insgesamt	15 141 449	10,7	13 308 521	1,2
Januar bis Oktober				
Europa	87 162 143	0,5	82 072 808	1,2
dar. EU-Länder (EU 27)	73 782 483	-0,2	68 405 661	1,3
dar. Euro-Länder	49 625 973	-1,5	44 389 750	0,8
dar. Frankreich	9 508 680	0,0	5 449 897	-1,5
Italien	8 996 018	-7,0	8 898 915	3,4
Österreich	11 632 266	-0,9	12 385 833	-0,2
Vereinigtes Königreich	8 408 428	1,7	3 738 501	-6,8
Tschechische Republik	4 267 688	-2,0	7 983 255	3,3
Afrika	2 709 816	10,8	5 086 055	19,8
Amerika	20 390 806	18,9	9 870 210	0,2
dar. USA	15 277 731	21,0	8 224 087	0,6
Asien	27 946 004	7,1	24 537 120	-5,6
dar. Volksrepublik China	12 764 004	8,1	10 677 897	-6,7
Australien-Ozeanien	1 310 691	3,4	150 008	-20,5
Verschiedenes*	26 215	24,8	-	x
Insgesamt	139 545 676	4,4	121 716 200	0,3

* Schiffs- und Flugzeugbedarf, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

Deutlicher Umsatzzuwachs im bayerischen Lebensmittel-Einzelhandel im November 2012

Der Umsatz wuchs im bayerischen Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im November 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 2,5%, real, also nach Berücksichtigung der Preisentwicklung, sank er jedoch um 0,1%. Die Zahl der Beschäftigten des Einzelhandels erhöhte sich um 1,0%, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,7% zunahm und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 0,6%.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln wuchs der Umsatz im Berichtsmonat nominal um 5,0% und real um 1,4%. Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln stieg der Umsatz in aktuellen Preisen um 1,0%, in bereinigten Preisen ging er allerdings zurück (-0,9%). Die Zahl der Beschäftigten nahm im Lebensmittel-Einzelhandel um 2,7% und im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel um 0,1% zu.

Den höchsten Zuwachs unter den Bereichen des Einzelhandels verzeichnete der sonstige Einzelhandel (nominal: +8,3%; real: +5,2%), wobei hier der Einzelhandel von Lager mit Brennstoffen zweistellige Zuwächse verbuchte (nominal: +20,2%; real: +15,9%). Jeweils unter dem Vorjahresniveau lagen nominaler und preisbereinigter Umsatz im Einzelhandel mit Geräten der Informations- und

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern im November und von Januar bis November 2012
 Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent				
November					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	5,0	1,4	2,7	5,0	1,4
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	1,0	-0,9	0,1	0,2	0,0
Einzelhandel insgesamt*	2,5	-0,1	1,0	1,7	0,6
dav. in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	3,8	0,3	1,9	3,8	0,9
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	3,7	0,1	3,4	5,2	2,1
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2,5	-0,5	-0,9	-2,1	-0,1
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-3,9	-2,5	-3,9	-3,8	-4,2
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	-1,9	-3,3	0,8	2,4	-1,6
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	-2,5	-4,7	0,7	2,0	-0,5
mit sonstigen Gütern	1,5	-0,1	-0,9	-0,2	-1,3
an Verkaufsständen und auf Märkten	2,7	-1,4	-3,6	-2,4	-4,2
sonstiger Einzelhandel	8,3	5,2	9,8	2,0	20,4
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	4,7	3,1	11,0	1,0	25,1
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	20,2	15,9	2,5	3,5	1,4
Januar bis November					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	3,7	0,7	2,4	4,6	1,1
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	3,1	1,0	0,9	0,5	1,2
Einzelhandel insgesamt*	3,4	0,9	1,4	1,7	1,2
dav. in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	3,3	0,4	1,7	4,6	0,3
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	3,2	0,0	3,0	1,4	4,0
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	4,6	-0,9	-1,7	1,5	-3,6
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-4,0	-2,1	-3,4	-3,4	-3,7
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	-0,2	-1,7	0,3	0,2	0,3
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	1,6	0,1	-0,6	0,6	-1,8
mit sonstigen Gütern	4,2	2,4	1,0	0,6	1,3
an Verkaufsständen und auf Märkten	1,9	-1,0	-1,0	-1,7	-0,6
sonstiger Einzelhandel	8,8	5,2	9,0	4,1	15,8
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	7,5	5,8	10,0	4,2	18,4
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	13,4	5,3	3,3	1,1	6,0

* Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Kommunikationstechnik (nominal: -3,9%; real: -2,5%), im Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (nominal: -1,9%; real: -3,3%) sowie im Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (nominal: -2,5%; real: -4,7%).

In den ersten elf Monaten 2012 wuchs der Umsatz des bayerischen Einzelhandels gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal um 3,4% und real um 0,9%. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1,4% zu, dabei stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,7% und die der Teilzeitbeschäftigten um 1,2%.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im November 2012“ (Bestellnummer: G1100C 201211, nur als Datei).*



Bayerns Gastgewerbe auch im November 2012 im Plus

Nach vorläufigen Ergebnissen stieg der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie) im November 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat in aktuellen Preisen um 4,7% und in bereinigten Preisen um 2,9%. In der Beherbergung wuchs der Umsatz nominal um 7,2% (real: +6,0%), in der Gastronomie stieg er um 3,0% (real: +0,8%). Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes nahm um 1,6% zu, in der Beherbergung waren es 2,1% mehr

Beschäftigte und in der Gastronomie um 1,4% mehr Beschäftigte.

In den ersten elf Monaten 2012 wuchs der Umsatz des bayerischen Gastgewerbes im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in aktuellen Preisen um 5,8% (real: +3,7%). In der Beherbergung erhöhte sich der Umsatz nominal um 9,6% (real: +7,7%) und in der Gastronomie um 3,1% (real: +1,0%). Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes nahm

um 2,2% zu (Beherbergung: +1,7%; Gastronomie: +2,5%).

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im November 2012“ (Bestellnummer: G4300C 201211, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes im November und von Januar bis Nov. 2012					
Vorläufige Daten					
Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent					
November					
Beherbergung	7,2	6,0	2,1	2,5	1,6
dar. Hotellerie	7,3	6,1	2,2	2,7	1,6
Ferienunterkünfte u. Ä.	-3,3	-5,0	-3,7	-7,8	-1,5
Campingplätze	20,4	17,7	9,0	-0,8	16,8
Gastronomie	3,0	0,8	1,4	1,5	1,3
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	2,9	0,6	1,3	0,6	1,7
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	2,4	0,8	2,3	5,9	-1,0
Ausschank von Getränken	6,6	4,2	1,3	5,2	0,6
Gastgewerbe insgesamt	4,7	2,9	1,6	1,9	1,4
Januar bis November					
Beherbergung	9,6	7,7	1,7	2,0	1,4
dar. Hotellerie	9,8	8,0	1,6	1,9	1,2
Ferienunterkünfte u. Ä.	4,2	1,6	2,0	3,3	1,2
Campingplätze	0,9	-1,2	7,5	3,7	10,4
Gastronomie	3,1	1,0	2,5	1,9	2,9
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	2,6	0,5	2,1	1,6	2,4
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	5,1	3,1	2,8	2,6	3,0
Ausschank von Getränken	4,2	2,2	5,9	6,1	5,9
Gastgewerbe insgesamt	5,8	3,7	2,2	2,0	2,4

Bayerns Fremdenverkehr 2012 auf Rekordjagd

Die annähernd 12 000 geöffneten bayerischen Beherbergungsbetriebe mit zehn oder mehr Gästebetten (einschließlich der Campingplätze) zählten im November 2012 fast 2,1 Millionen Gästeankünfte, 3,0% mehr als im Vorjahresmonat, und mehr als 4,9 Millionen Übernachtungen (+3,0%). Die Zahl der Gästeankünfte aus dem Inland lag bei gut 1,6 Millionen (+2,0%), die Zahl der Übernachtungen bei mehr als 4,0 Millionen (+1,5%). Die Zahl der Ankünfte ausländischer Gäste kletterte um 7,2% auf über 0,4 Millionen, die Übernachtungen derer erhöhten sich um 9,6% auf gut 0,9 Millionen. Mit Ausnahme bei den Campingplätzen nahm die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen

im November 2012 bei allen Betriebsarten zu. Eine zweistellige Zuwachsrate bei den Gästeankünften verbuchten die Feriententren, -häuser und -wohnungen (Gästeankünfte: +17,8%; Übernachtungen: +1,7%). Den höchsten Anstieg bei den Übernachtungen meldeten die Pensionen (Gästeankünfte: +6,7%; Übernachtungen: +6,1%). Bei den Campingplätzen war die Zahl der Übernachtungen rückläufig (Gästeankünfte: +1,1%; Übernachtungen: -1,8%).

Unter den sieben bayerischen Regierungsbezirken verbuchte im November 2012 Niederbayern den höchsten Zuwachs bei den Gästeankünften (Gästeankünfte: +7,6 %;

Übernachtungen: +3,1 %). Bei den Übernachtungen konnte dies in Schwaben verzeichnet werden (Gästeankünfte: +5,8%; Übernachtungen: +5,0%). In Mittelfranken nahm sowohl die Zahl der Gästeankünfte (-0,8 %), als auch die der Übernachtungen (-1,2%) ab. In den Regierungsbezirken Oberpfalz (Gästeankünfte: +2,2%; Übernachtungen: -0,9%) und Oberfranken (Gästeankünfte: +0,5%; Übernachtungen: -0,8%) verringerte sich die Zahl der Übernachtungen geringfügig.

Von Januar bis November 2012 stieg die Zahl der Gästeankünfte in Bayern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,7% auf mehr als 29,1 Millionen, die Zahl der Über-

Bayerns Fremdenverkehr 2012 Vorläufige Ergebnisse								
Betriebsart ——	November				Januar bis November			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
Herkunft ——	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Gebiet								
Hotels	1 129 418	2,9	2 222 094	3,2	14 136 453	4,3	30 455 429	4,5
Hotels garnis	376 445	2,5	798 428	3,6	5 012 963	6,4	12 007 990	5,7
Gasthöfe	204 333	0,4	421 990	0,4	3 383 300	3,6	7 236 789	3,3
Pensionen	80 410	6,7	211 605	6,1	1 344 076	6,0	4 177 108	4,5
Hotellerie zusammen	1 790 606	2,7	3 654 117	3,1	23 876 792	4,7	53 877 316	4,6
Jugendherbergen und Hütten	48 825	3,9	104 021	0,3	949 882	3,0	2 139 381	1,0
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	138 271	4,6	354 324	1,4	1 497 857	0,9	4 625 715	0,8
Feriententren, -häuser, -wohnungen	37 000	17,8	174 454	1,7	1 041 018	5,8	6 582 310	2,9
Campingplätze	11 372	1,1	46 894	-1,8	1 388 554	9,2	4 583 391	7,9
Vorsorge- und Reha-Kliniken	32 717	1,0	612 791	4,2	384 209	2,7	6 950 674	1,2
Insgesamt	2 058 791	3,0	4 946 601	3,0	29 138 312	4,7	78 758 787	4,0
davon aus dem								
Inland	1 623 482	2,0	4 011 983	1,5	22 331 273	3,5	64 519 276	3,0
Ausland	435 309	7,2	934 618	9,6	6 807 039	8,7	14 239 511	8,8
davon								
Oberbayern	962 391	2,9	2 083 843	4,3	13 200 863	5,3	32 431 305	5,5
dar. München	487 155	3,3	955 625	6,1	5 638 137	3,3	11 364 711	5,2
Niederbayern	179 092	7,6	665 590	3,1	2 659 481	2,7	11 127 674	2,0
Oberpfalz	126 398	2,2	288 792	-0,9	1 693 768	2,4	4 442 458	1,2
Oberfranken	121 384	0,5	301 814	-0,8	1 753 449	5,1	4 535 724	4,7
Mittelfranken	260 126	-0,8	528 910	-1,2	3 275 508	4,7	6 838 243	4,4
dar. Nürnberg	124 567	-0,2	222 061	-0,8	1 325 206	4,3	2 405 906	5,0
Unterfranken	180 331	4,1	458 125	4,3	2 407 842	3,4	6 270 378	2,3
Schwaben	229 069	5,8	619 527	5,0	4 147 401	5,4	13 113 005	3,6

nachtungen erhöhte sich um 4,0% auf knapp 78,8 Millionen. Die bisherigen Spitzenergebnisse aus den Jahren 2011 von fast 29,8 Mil-

lionen Gästeankünften und 1991 von knapp 82,1 Millionen Übernachtungen könnten damit 2012 überboten werden.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im November 2012“ (Bestellnummer: G41003 201211, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*



Verkehr

Weniger Neuzulassungen von Kfz, aber mehr Besitzumschreibungen in Bayern im Jahr 2012

Nach Ergebnissen der Kraftfahrzeugstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes wurden im Jahr 2012 in Bayern 704 328 Kraftfahrzeuge (Kfz) neu zugelassen, 3,0% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Besitzumschreibungen von Kfz erhöhte sich hingegen um 1,8% auf 1 267 873.

Die Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen (Pkw) sank im Jahr 2012 um 3,3% auf 602 494. Seit August nahm die Zahl der Pkw-Neuzulassungen in allen Monaten ab, im Dezember sank sie sogar um 26,2% auf 37 665. Die Zahl der Halterwechsel von Pkw erhöhte sich 2012 um 2,2% auf 1 105 982.

Mit Ausnahme der Lastkraftwagen (-6,9%) stiegen die Neuzulassungen aller anderen Fahrzeugklassen im Jahr 2012: Die Krafträder verbuchten einen Zuwachs von 3,5%, die Kraftomnibusse von 1,9%, die Zugmaschinen von 1,5% und die sonstigen Kfz von 7,6%. Die Neuzulassungen von Fahrzeuganhängern nahmen ebenfalls zu (+1,5%).

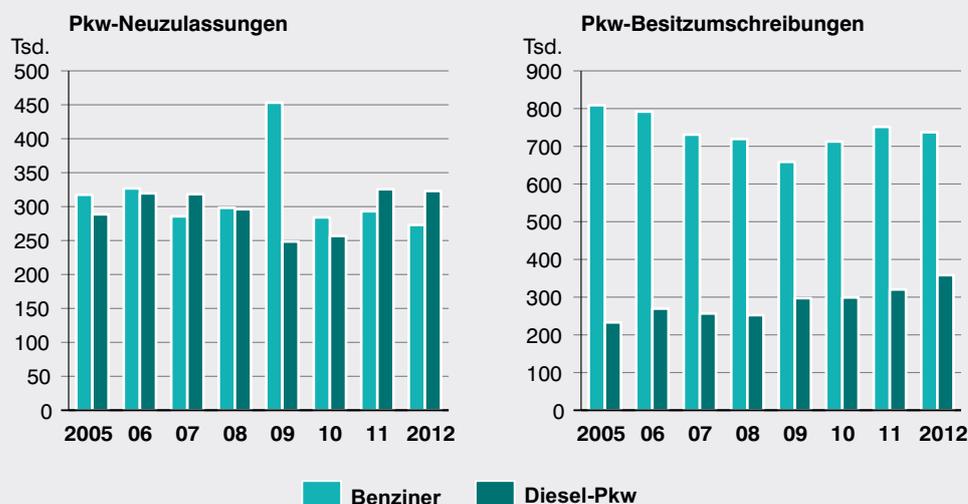
323 029 bzw. 53,6% der 2012 neu zugelassenen Pkw wurden mit Diesel angetrieben, ihre Zahl nahm gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,8% ab. Die Zahl der Neuzulassungen von Benzinern sank um 6,9% auf 273 049. Ihr Anteil an den neu zugelassenen Pkw lag damit

bei 45,3%. Einen deutlichen Anstieg verzeichneten die Neuzulassungen der Pkw, die mit Alternativkraftstoffen angetrieben wurden (einschließlich Pkw mit Hybridantrieb), ihre Zahl wuchs um 54,4% auf 6 416, ihr Anteil an allen Pkw-Neuzulassungen lag bei 1,1%.

Von den 2012 umgeschriebenen Pkw nutzten 66,7% Benzin, 32,4% Diesel und 0,9% Alternativkraftstoffe (einschließlich Pkw mit Hybridantrieb).

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, Fahrzeugzulassungen (FZ), Neuzulassungen (FZ 8) bzw. Besitzumschreibungen (FZ 9) von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern – Monatsergebnisse Januar 2011 – Dezember 2011 und Januar 2012 – Dezember 2012 (www.kba.de/ – Statistik).

Pkw-Neuzulassungen und -Besitzumschreibungen in Bayern seit 2005 nach ausgewählten Kraftstoffarten



Neuzulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen in Bayern im Jahr 2012						
Fahrzeugklasse ----- Kraftstoffart	Neuzulassungen			Besitzumschreibungen		
	Januar bis Dezember			Januar bis Dezember		
	2011	2012	Veränderung 2012 gegenüber 2011	2011	2012	Veränderung 2012 gegenüber 2011
	insgesamt		%	insgesamt		%
Krafträder	34 477	35 692	3,5	87 190	86 842	-0,4
Personenkraftwagen	622 917	602 494	-3,3	1 081 925	1 105 982	2,2
davon angetrieben mit						
Benzin	293 155	273 049	-6,9	751 549	737 215	-1,9
Diesel	325 606	323 029	-0,8	320 357	358 327	11,9
anderen Kraftstoffarten	4 156	6 416	54,4	10 019	10 440	4,2
Kraftomnibusse	1 156	1 178	1,9	1 106	976	-11,8
Lastkraftwagen	47 983	44 662	-6,9	43 130	42 118	-2,3
Zugmaschinen	17 405	17 669	1,5	29 909	29 692	-0,7
Sonstige Kfz	2 447	2 633	7,6	2 427	2 263	-6,8
Kraftfahrzeuge insgesamt	726 385	704 328	-3,0	1 245 687	1 267 873	1,8
Kraftfahrzeuganhänger	47 972	48 706	1,5	50 047	50 230	0,4

Zahl der Verkehrstoten in Bayern im November 2012 fast halbiert

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im November 2012 insgesamt 28 781 Straßenverkehrsunfälle polizeilich erfasst, 160 mehr als im Vorjahresmonat. Bei 3 473 Unfällen mit Personenschaden (-382), verunglückten 4 646 Personen (-382), davon wurden 35 getötet (-34), 692 schwer verletzt (-99) und 3 919 leicht verletzt (-249). Die Zahl der Verkehrstoten hat sich da-

mit im November 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat nahezu halbiert. Die bayerische Polizei nahm im Berichtsmontat ferner 25 308 Unfälle mit ausschließlich Sachschaden auf (+393). Bei 910 dieser Unfälle (+39) lag eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit vor (Bußgeld) und mindestens ein Fahrzeug

musste abgeschleppt werden. Bei 136 Unfällen (-57) waren zwar alle Kraftfahrzeuge fahrbereit, aber mindestens ein Unfallbeteiligter stand unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln. Die verbleibenden 24 262 Unfälle mit lediglich Sachschaden (+411) waren so genannte „Bagatelunfälle“, also Sachschadensunfälle bei denen keine der vorher

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im November und von Januar bis November 2012								
Vorläufige Ergebnisse								
Unfälle ----- Verunglückte	November		Veränderung		Januar bis November		Veränderung	
	2012	2011*			2012	2011*		
	Anzahl		%	Anzahl		%		
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	28 781	28 621	160	0,6	329 914	319 250	10 664	3,3
dav. Unfälle mit Personenschaden	3 473	3 706	-233	-6,3	48 403	49 177	-774	-1,6
Unfälle mit nur Sachschaden	25 308	24 915	393	1,6	281 511	270 073	11 438	4,2
dav. Schwerwiegende Unfälle mit								
Sachschaden im engeren Sinne	910	871	39	4,5	10 081	9 609	472	4,9
Sonstige Sachschadensunfälle unter								
dem Einfluss berauschender Mittel	136	193	-57	-29,5	1 759	1 932	-173	-9,0
Übrige Sachschadensunfälle	24 262	23 851	411	1,7	269 671	258 532	11 139	4,3
Verunglückte insgesamt	4 646	5 028	-382	-7,6	64 748	65 642	-894	-1,4
dav. Getötete	35	69	-34	-49,3	600	698	-98	-14,0
Verletzte	4 611	4 959	-348	-7,0	64 148	64 944	-796	-1,2
dav. Schwerverletzte	692	791	-99	-12,5	11 025	11 306	-281	-2,5
Leichtverletzte	3 919	4 168	-249	-6,0	53 123	53 638	-515	-1,0

* Endgültige Ergebnisse.

genannten Bedingungen zutraf. In den ersten elf Monaten 2012 registrierte die bayerische Polizei 329 914 Straßenverkehrsunfälle, 10 664 mehr als im Vorjahreszeitraum, darunter 48 403 Unfälle mit

Personenschaden (-774). Bei diesen Straßenverkehrsunfällen verloren 600 Personen ihr Leben (-98), 11 025 wurden schwer verletzt (-281) und 53 123 leicht verletzt (-515).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im November 2012“ (Bestellnummer: H1101C 201211, nur als Datei).*



Preise

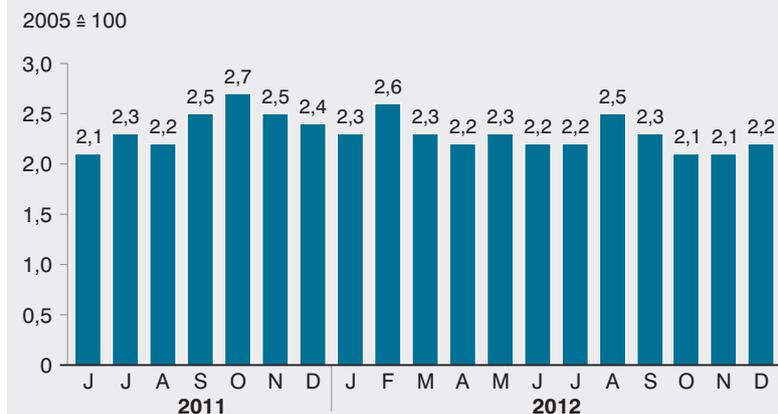
Inflationsrate in Bayern im Dezember 2012 bei 2,2%

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Dezember 2012 bei +2,2%; im vorangegangenen November betrug sie +2,1%.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem Dezember des Vorjahres um 4,5% erhöht. Dies ist die höchste Steigerungsrate seit Oktober 2008 (+4,8%). Von den Nahrungsmitteln haben sich insbesondere Gemüse (+11,3%) und Obst (+9,8%) spürbar verteuert. Überdurchschnittlich stark gestiegen sind aber auch die Preise für Fleisch und Fleischwaren (+5,9%) sowie für Fische und Fischwaren (+6,5%). Preisrückgänge waren hingegen bei Molkeerzeugnissen und Eiern (-1,1%) sowie bei Speisefetten und -ölen (-3,4%) zu beobachten. Von den Speisefetten und -ölen haben sich insbesondere Butter (-5,7%) und Margarine (-4,1%) gegenüber dem Vorjahr deutlich verbilligt.

Im Energiesektor haben sich die Preise für Heizöl gegenüber dem Dezember des Vorjahres um 1,3% erhöht. Kraftstoffe waren im Durchschnitt 3,6% teurer als im Vorjahr. Bei Gas war binnen Jahresfrist ein Preisanstieg von 2,5% zu verzeichnen; Strom verteuerte sich gegen-

Verbraucherpreisindex für Bayern von Juni 2011 bis Dezember 2012
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent



über dem Vorjahr ebenfalls um 2,5%.

Weiterhin entspannt verläuft die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem Dezember des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,0%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im Dezember auch weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. Personalcomputer (-16,8%), DVD- oder Blu-ray-Player (-12,0%), digitale Camcorder (-7,3%) und Notebooks (-5,3%) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat sind die Verbraucherpreise im Gesamt-

durchschnitt um 0,9% gestiegen. Hierzu haben maßgeblich die saisonal bedingten Preissteigerungen bei Pauschalreisen (+22,8%) und Beherbergungsdienstleistungen (+21,9%) beigetragen. Überdurchschnittliche Preissteigerungen waren auch bei Obst (+3,2%) und Gemüse (+3,2%) zu beobachten. Billiger als im Vormonat waren in dessen Heizöl (-6,5%) und Kraftstoffe (-1,6%).

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, Dezember 2012 mit Jahreswerten von 2008 bis 2012 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201212, nur als Datei) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2006 bis Dezember 2012 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201212, Preis der Druckausgabe: 6,70 Euro).*



Ergänzender Hinweis: Revision in der Verbraucherpreisstatistik

Im Januar 2013 erfolgt bundesweit die Umstellung von der bisherigen Basis 2005 auf das neue Basisjahr 2010. Damit verbunden ist eine Neuberechnung der Ergebnisse ab Januar 2010.

Wegen dieser Umstellung kann für Bayern der Verbraucherpreisindex für Januar 2013 nicht wie gewohnt am Ende des Monats, sondern erst am 20. Februar 2013 bekannt gegeben werden. Das Statistische Bundesamt wird Ende Januar lediglich ein Schätzergebnis auf Bundesebene vorlegen. Die endgültigen Ergebnisse auf neuer Basis für den Bund insgesamt werden ebenfalls erst am 20. Februar 2013 veröffentlicht.

Im Mittelpunkt der Überarbeitung des Verbraucherpreisindex steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die Waren und Dienstleistungen. Dieses bildet die Ausgabenanteile für die einzelnen Güterarten an den gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland ab. Auch die Wägungsschemata für die Geschäftstypen und die Bundesländer werden neu berechnet. Die Gewichtung der Geschäftstypen spiegelt die Bedeutung der verschiedenen Einkaufsstätten im Einzelhandel, wie Fachgeschäfte, Discounter oder Versandhandel wider. Die Gewichtung der Bundesländer bildet deren Anteil an den privaten Konsumausgaben in Deutschland ab. Alle neuen Wägungsschemata beziehen sich auf das Jahr 2010 und bleiben bis zur nächsten turnusmäßigen Überarbeitung konstant, um innerhalb des Fünfjahreszeitraums die Preisentwicklung unbeeinflusst von Änderungen der Ausgabengewichte darstellen zu können.

Im Gegensatz dazu wird die Auswahl der einzelnen Waren und Dienstleistungen, deren Preise für die Indexberechnung erhoben werden, der sogenannte „Warenkorb“, laufend angepasst, damit immer diejenigen Gütervarianten in die Preisbeobachtung eingehen, welche von den Konsumenten aktuell häufig gekauft werden.

Der Zeitpunkt der turnusmäßigen Überarbeitung des Verbraucherpreisindex wird auch genutzt, um methodische Verbesserungen einzuführen (z. B. veränderte Praxis bei der Preisermittlung für Pauschalreisen und Ferienwohnungen).

Der übliche Veröffentlichungstermin erster Ergebnisse für den Verbraucherpreisindex am Ende des Monats bzw. am Anfang des Folgemonats wird mit dem Monats Februar 2013 wieder aufgenommen.

* Alle Statistischen Berichte sowie ausgewählte Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 beginnt

Derzeit startet die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 (EVS) mit dem Versand der Erhebungsunterlagen. Inzwischen haben sich fast 13 000 bayerische Haushalte gemeldet, die bereit sind, auf freiwilliger Basis für die EVS ein Haushaltsbuch zu führen.



Im Erhebungsteil „Allgemeine Angaben“ werden Informationen zum Haushalt, zur Wohnsituation und zur Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern erhoben. Von dem Angebot, diesen Erhebungsteil per Internet zu beantworten, haben gut 57% der bisher für die EVS ausgewählten Haushalte Gebrauch gemacht. Damit hat das Online-Angebot der EVS einen noch erfreulicheren Zuspruch gefunden als bei der letzten EVS vor fünf Jahren (knapp 42%).

Trotz der großen Resonanz sucht das Bayerische Landesamt auch weiterhin noch Teilnehmer, insbesondere Haushalte von Landwirten, Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen, Mehrgenerationenhaushalte sowie Haushalte, in denen alle Kinder bereits volljährig sind.

Der Aufwand für die freiwillige Buchführung zahlt sich für die teilnehmenden Haushalte doppelt aus. Sie bekommen nicht nur einen besseren Überblick über die eigenen Einnahmen und Ausgaben, sondern erhalten auch vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung nach Abschluss der Erhebung eine finanzielle Anerkennung von 70 Euro. Wie bei allen Erhebungen der amtlichen Statistik ist der Datenschutz auch hier umfassend gewährleistet. Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt und ausschließlich für statistische Zwecke verwendet.

Interessenten können sich per Internet (www.statistik.bayern.de/evs2013) über die EVS 2013 informieren oder sich telefonisch (kostenfrei unter 0800 0004498), direkt per E-Mail (evs2013@statistik.bayern.de) oder schriftlich an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Sachgebiet 57, Finkenstraße 3, 90762 Fürth wenden

Einbürgerungen in Bayern 2011

Dipl.-Betriebsw. (FH) Jürgen Naser

In Bayern wurden im Jahr 2011 insgesamt 12 498 Personen eingebürgert. Damit erhöhte sich die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 477. Die meisten Personen hielten sich zwischen 8 bis unter 15 Jahren in der Bundesrepublik auf und waren zum Zeitpunkt der Einbürgerung zwischen 23 und 35 Jahren alt. Innerhalb Deutschlands fanden die meisten Einbürgerungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg statt.

Erläuterungen

Bei der Einbürgerung wird einer Ausländerin bzw. einem Ausländer durch die Aushändigung einer Einbürgerungsurkunde die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Hierfür muss ein Antrag gestellt werden und die betreffende ausländische Person muss bestimmte Voraussetzungen, welche unter Rechtsgrundlagen erläutert sind, erfüllen. Die Durchführung der Einbürgerungsverfahren obliegt in Bayern den Kreisverwaltungsbehörden. Diese übermitteln die statistisch relevanten Angaben für die jährliche Statistik überwiegend elektronisch an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Es werden die Einbürgerungen nach der bisherigen Staatsangehörigkeit, dem Rechtsgrund, der Aufenthaltsdauer, dem Alter, dem Familienstand sowie nach fortbestehender bzw. nicht fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit ausgewertet.

Als Ausländer zählen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, also nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz (GG) sind. Auch Staatenlose und Personen mit ungeklärten Staatsangehörigkeiten gehören zu diesem Personenkreis.

Rechtsgrundlagen

Seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 sind nun detaillierte Aussagen zu den verschiedenen Rechtsgründen der Einbürgerung möglich. Ein wesentlicher Unterschied zur alten Gesetzgebung ist, dass mit der neuen Rechtsgrundlage keine Aussiedler¹ mehr über den

formalen Weg eingebürgert werden. Dieser Personenkreis gilt demnach bereits als deutsch und erhält nach dieser Feststellung die entsprechenden Unterlagen.

Am 14. März 2005 traten weitere Veränderungen durch die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes in Kraft, so dass nun leichtere Bedingungen bestehen und Ausländer z.B. durch Besuch eines Integrationskurses nur noch eine kürzere Aufenthaltsdauer von sieben Jahren, anstatt acht Jahren, nachweisen müssen.

Folgende Rechtsgrundlagen gelten für Einbürgerungen seit dem 14. März 2005:

- Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)²: §§ 8, 9, 10 Abs. 1 bis 3, 13, 14, 40 b und c
- Grundgesetz (GG)³: Art. 116 Abs. 2 Satz 1
- Gesetz zur Vermeidung von Staatenlosigkeit (StaatenIMind ÜbkAG)⁴: Art. 2
- Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet (HAG)⁵: § 21

Die alten und neuen Rechtsgrundlagen werden in der nachfolgenden Übersicht gegenübergestellt.

Einbürgerungen 2011 in Bayern

Im Jahr 2011 wurden in Bayern insgesamt 12 498 Personen (5 738 männlich, 6 760 weiblich) eingebürgert und erhielten dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit. Damit stieg die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zum Vorjahr (12 021) um 4,0%. Seit 2000 ist jedoch ein Rückgang von rund 40%

1 Aussiedler sind deutsche Staatsangehörige oder deutsche Volkszugehörige, die vor dem 08.05.1945 ihren Wohnsitz in den ehemaligen deutschen Ostgebieten oder in anderen ost- oder südosteuropäischen Gebieten hatten. Sie sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (GG). Seit 1993 werden sie als Spätaussiedler bezeichnet.

2 „Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864)“.

3 „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 944)“.

4 „Gesetz zur Vermeidung der Staatenlosigkeit vom 29. Juni 1977 (BGBl. I S. 1101), geändert durch Artikel 3 § 4 des Gesetzes vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618)“.

5 „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 243-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950)“.

Übersicht: Gegenüberstellung alter und neuer Rechtsgrundlagen der Einbürgerung		
Kurztext	Rechtsgrundlage ab 2005	Rechtsgrundlage bis 2004
Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern im Inland: - mit Niederlassung auf Dauer - mit acht Jahren Aufenthalt - mit sieben Jahren Aufenthalt und Integrationskurs - mit sechs Jahren Aufenthalt und Vorliegen besonderer Integrationsleistungen (Rechtsgrundlage seit 2007, seit 2011 tabellarisch darstellbar)	§ 8 StAG	§ 8 StAG
	§ 10 Abs. 1 StAG	§ 85 Abs. 1 AuslG. ⁵
	§ 10 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Absatz 1 StAG	-
	§ 10 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Absatz 2 StAG	-
- mit Deutschen als Ehe- oder Lebenspartner - Miteinbürgerung von Familienangehörigen	§ 9 StAG	§ 9 StAG
	§ 10 Abs. 2 StAG	§ 85 Abs. 2 AuslG
Einbürgerungen im Ausland: - ehemalige Deutsche und deren Nachkommen - Ausländerinnen und Ausländer mit Bindungen an Deutschland	§ 13 StAG	§ 13 StAG
	§ 14 StAG	§ 14 StAG
Alt- und Wiedergutmachungsfälle: - deutsche Volkszugehörige im Ausland - frühere deutsche Staatsangehörige - Sammeleinbürgerungen bzw. Wehrmacht	§ 9 StAngRegG	§ 9 Abs. 1 StAngRegG
	Art. 116 Abs. 2 S.1GG	§ 9 Abs. 2 StAngRegG
	§§ 11 StAngRegG	Art. 116 Abs. 2 S.1GG
	12 Abs. 1 StAngRegG	§§ 11 StAngRegG 12 Abs. 1 StAngRegG
Übergangsregelungen: - für Kinder unter zehn bei Antrag in 2000 - 16- bis 23-Jährige bei Antrag in 1999	§ 40b StAG	§ 40b StAG
	§ 40c StAG	§ 85 AuslG
		§ 85 Abs. 1 AuslG
		§ 85 Abs. 2 AuslG (jeweils alte Fassung)
Einbürgerung von Staatenlosen und heimatlosen Ausländerinnen und Ausländern	Art. 2 des Gesetzes zur Vermeidung der Staatenlosigkeit; § 21 HAG	Art. 2 des Gesetzes zur Vermeidung der Staatenlosigkeit; § 21 HAG
Einbürgerung von Ausländern mit sieben und sechs Jahren Aufenthalt zusammengefasst (Altfälle)	§ 10 Abs. 3 StAG	-

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Einbürgerungen.

zu verzeichnen, was vor allem auf die geänderten Rechtsgrundlagen zurückzuführen ist. So werden Aussiedler, die bereits deutsch im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind und Kinder ausländischer Eltern, die nach dem 01.01.2000 in Deutschland geboren wurden und bei entsprechenden Voraussetzungen (§ 4 Abs. 3 StAG) die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt erhalten, nicht mehr in der Einbürgerungsstatistik erfasst.

Einbürgerungen nach Rechtsgründen

Von den 12 498 eingebürgerten Personen erhielten 9 265 (74,1%) die deutsche Staatsangehörigkeit durch die Rechtsgrundlagen des § 10 Abs. 1 und 2 StAG. Es handelte sich hierbei um Personen mit einem Mindestaufenthalt in Deutschland seit acht Jahren sowie um deren Familienangehörige (aus-

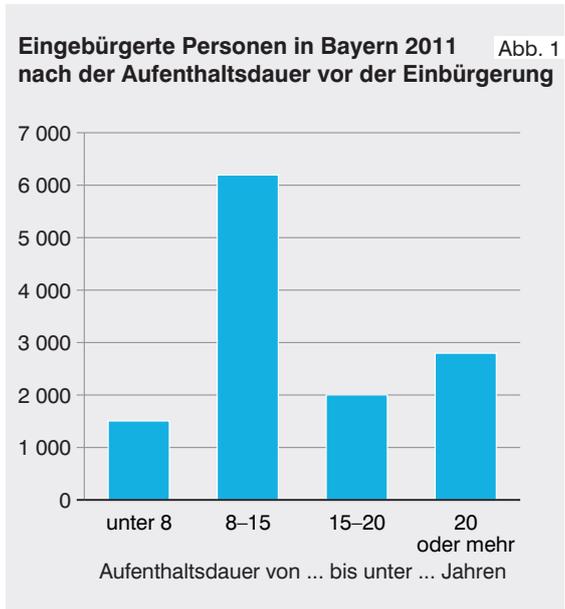
ländischer Ehegatte und minderjährige Kinder). Es folgen 2 127 Fälle (17,0%) bei denen die Einbürgerung gem. § 8 StAG (Niederlassung auf Dauer in Deutschland) erfolgte. Auf Grund des § 9 StAG wurden 980 Personen (7,9%) eingebürgert. Auf alle weiteren Rechtsgründe entfielen 126 Fälle (1,0%).

Aufenthaltsdauer vor der Einbürgerung

Die Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik ist eine der Voraussetzungen für die Einbürgerung. 49,6% (6 194) aller eingebürgerten Personen hielten sich bereits acht bis unter 15 Jahre in Bayern oder den anderen Bundesländern auf, bevor sie einen Antrag auf Einbürgerung stellten. 22,4% (2 796) waren sogar schon über 20 Jahre in Deutschland, 16,0% (2 003) lebten 15 bis unter 20 Jahre in ihrer Wahlheimat und 12,0% (1 505) erhielten die Einbürgerungs-

⁵ „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 243-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950)“.

urkunde bereits bei einer Aufenthaltsdauer von unter acht Jahren (vgl. Abbildung 1).



Häufigste Einbürgerungen im Alter von 23 bis unter 35 Jahren

Betrachtet man die eingebürgerten Personen nach ihrem Alter zum Zeitpunkt der Einbürgerung, so erhielten in Bayern 2011, wie in Abbildung 2 dargestellt, am häufigsten Ausländerinnen und Ausländer im Alter von 23 bis unter 35 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit (30,7% oder 3 842 Personen), gefolgt von den 35 bis 45-Jährigen mit 28,2% (3 522). Unter 18-Jährige wurden in 14,2% der Fälle (1 774) eingebürgert. Auf die restlichen Altersgruppen entfielen 26,9% (3 360), wobei darunter 2,2% der Ausländer (274) 60 Jahre oder älter waren.



Staatsangehörigkeiten vor der Einbürgerung

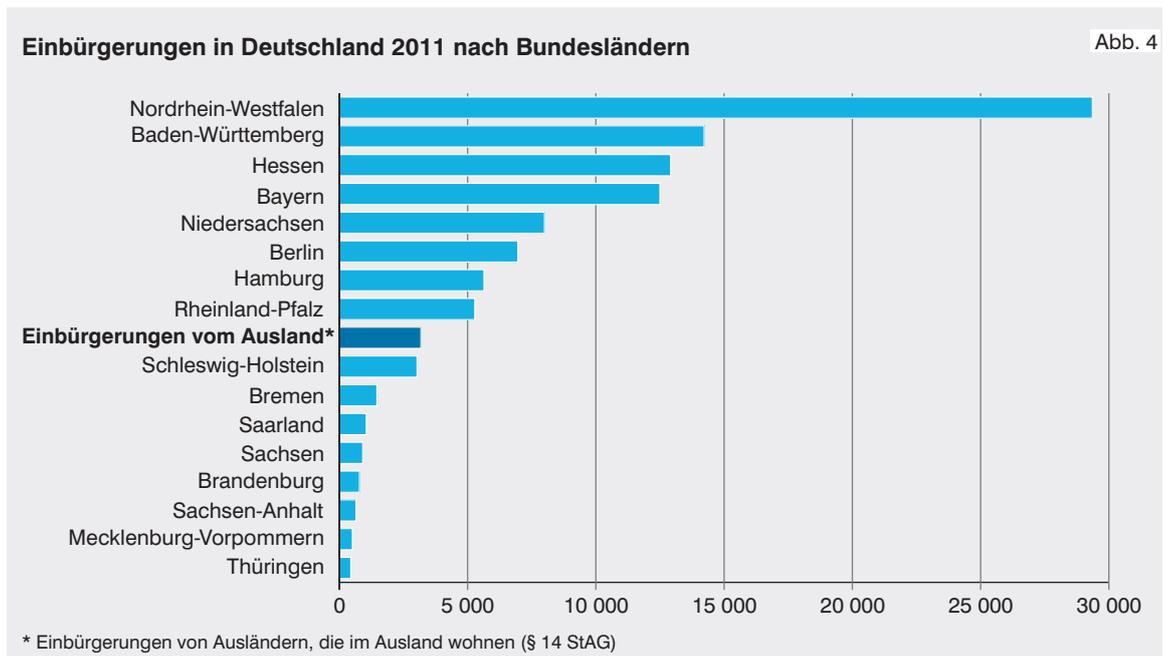
Im Jahr 2011 wurden in Bayern Ausländer aus insgesamt 138 Nationen eingebürgert. Den größten Anteil darunter bildeten mit 17,1% (2 136 Personen) Türken, gefolgt von Personen aus dem Irak mit 7,3% (913), aus der Ukraine mit 6,8% (851) und aus Rumänien mit 6,0% (752). Die Mehrheit wurde aus europäischen Staaten eingebürgert. Insgesamt 61,8% (7 726 Personen) kamen aus diesem Kontinent (inkl. Türkei), darunter 24,7% (3 085) aus der Europäischen Union. Betrachtet man die anderen Kontinente, so wurden aus Asien 25,2% bzw. 3 151 Ausländer (am häufigsten Iraker und Kasachen) eingebürgert, gefolgt von Afrika mit 7,8% oder 981 Personen (insbesondere Marokkaner und Tunesier) sowie 4,3% bzw. 530 Personen aus Amerika (am häufigsten Brasilianer). Staatenlos waren insgesamt 0,9% oder 103 Ausländer, aus Australien wurden lediglich sieben Personen eingebürgert (vgl. Abbildung 3).



Einbürgerungen mit fortbestehender und nicht fortbestehender ehemaliger Staatsangehörigkeit

Eine Mehrstaatigkeit⁶ ist nach dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht möglichst zu vermeiden. Die alte Staatsangehörigkeit soll nicht weiter bestehen bleiben, wenn dies entweder durch Verlust oder durch Aufgabe möglich ist. Bei Verlust wird die eingebürgerte Person automatisch per Gesetz nicht mehr als Bürger des alten Staates angesehen, wenn er eine neue Staatsangehörigkeit erwirbt. Die andere Möglichkeit ist die Aufgabe der alten Staatsange-

⁶ Mehrstaatigkeit (auch Mehrstaatsbürgerschaft oder umgangssprachlich „doppelte Staatsangehörigkeit“ genannt) bezeichnet den Fall, dass eine Person mehr als eine Staatsbürgerschaft gleichzeitig hat.



hörigkeit durch ein Entlassungsverfahren. Aber auch hier gibt es Ausnahmen. Es gibt mehrere Fälle, bei denen die Mehrstaatigkeit hingenommen wird. Zum einen gibt es Staaten, bei denen per Gesetz keine Möglichkeit besteht, die bisherige Staatsangehörigkeit abzulegen, ebenso kann es in einigen Ländern vorkommen, dass die dortigen Behörden die Entlassung regelmäßig verweigern (z. B. Afghanistan, Algerien, Iran usw.). In Deutschland wird Mehrstaatigkeit ebenfalls hingenommen, wenn die einzubürgernde Person Bürger ausgewählter Länder in der Europäischen Union ist, die Deutsche einbürgern, ohne zu verlangen, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit aufgeben. Hierzu gehören Länder wie Belgien, Finnland, Frankreich oder auch Italien.

In Bayern wurden 6 379 von insgesamt 12 498 Personen unter der Hinnahme von Mehrstaatigkeit eingebürgert, das sind immerhin 51,0% aller Einbürgerungen. Betrachtet man den Personenkreis der Europäischen Union, so wurde bei 2 928 der 3 085

Eingebürgerten die Mehrstaatigkeit zugelassen, was einem Prozentsatz von 94,9% entspricht. Zu den Herkunftsstaaten der Personen, welche jeweils zu 100% unter dem Aspekt der Mehrstaatigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit erwarben, gehören z. B. Italien, Polen, Ungarn, Spanien, Marokko, Argentinien, Kuba, Mexiko, Afghanistan, der Iran oder Syrien.

106 897 Einbürgerungen in Deutschland 2011

In Deutschland erhielten im Jahr 2011 insgesamt 106 897 Personen (52 082 männlich, 54 815 weiblich) die deutsche Staatsangehörigkeit. Vor allem auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen mit 29 357 Personen bzw. 27,5 %, Baden-Württemberg (14 224; 13,3%) und Hessen (12 916; 12,1%) entfielen bereits mehr als die Hälfte aller Einbürgerungen. Die wenigsten Personen wurden in Mecklenburg-Vorpommern (509 oder 0,5%) und Thüringen (447 oder 0,4%) eingebürgert (vgl. Abbildung 4).

Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2011

Dipl.-Kfm. Christoph Hackl

Die Kernhaushalte der kommunalen Körperschaften verringerten im Jahr 2011 ihre Verschuldung um 260,6 Millionen Euro auf 14 984,9 Millionen Euro. Ihre Schulden pro Einwohner lagen bei 1 193 Euro. Die Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe sind um 95,4 Millionen Euro auf 4 087,2 Millionen Euro zurückgegangen; die Verbindlichkeiten der Krankenhäuser betragen 81,5 Millionen Euro und sind um 15,3 Millionen Euro angewachsen. Der Schuldenstand der kommunalen Körperschaften einschließlich dieser Sondervermögen lag bei 19 153,7 Millionen Euro. Die als Vergleichsgröße für die kommunale Verschuldung eines Landes verwendeten Schulden beim nichtöffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich in Bayern auf 12 831,6 Millionen Euro oder 1 022 Euro je Einwohner. Der von den kommunalen Körperschaften selbst getragene planmäßige Schuldendienst (Zinsen und/oder Tilgung) betrug 1 446,2 Millionen Euro. Dritte gewährten ihnen 16,6 Millionen Euro an Schuldendiensthilfen. Die Haushalte beschafften 1 993,6 Millionen Euro neue Fremdmittel und tilgten 2 256,1 Millionen Euro. Die Schuldenaufnahmen beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich beliefen sich bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften auf 205,7 Millionen Euro und bei den nicht in selbständiger Rechtsform geführten Krankenhäusern der kommunalen Körperschaften auf 21,6 Millionen Euro; deren Tilgungen lagen bei 275,2 Millionen Euro bzw. 9,4 Millionen Euro.

Kommunale Körperschaften und Schuldenstand

Der Begriff der kommunalen Körperschaften umfasst die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden (Gemeinden), die Landkreise und Bezirke (Gemeindeverbände) sowie die Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, die kommunale Aufgaben erfüllen. Unter dem Schuldenstand der kommunalen Körperschaften sind in erster Linie die Schulden ihrer öffentlichen Haushalte zu verstehen. Dazu gehören auch die Schulden ihrer Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ihrer rechtlich unselbständigen Stiftungen und ihrer sonstigen Sondervermögen, soweit deren Einnahmen und Ausgaben vollständig, also brutto, im Haushalt der kommunalen Körperschaft nachgewiesen werden. Die Schulden ihrer rechtlich unselbständigen Betriebe mit eigener, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung (Eigenbetriebe der kommunalen Körperschaften) und ihrer Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen erfasst die Schul-

denstatistik getrennt. Dies gilt auch für die Schulden der sonstigen aus den Haushalten der kommunalen Körperschaften ausgegliederten und in rechtlich selbständiger Form geführten Einheiten und für die kommunalen Beteiligungen an Unternehmen der öffentlichen Hand, die in der Schuldenstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen ausgewiesen werden. Diese zeigt die Verschuldung der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung, an denen Bund, Länder und kommunale Körperschaften mit mehr als 50% des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind. Da diese Statistik eine Zuordnung der Schulden nach Eignern derzeit nicht vorsieht, lässt sich aus ihr nicht ablesen, welcher Teil der dort festgestellten Schulden auf die einzelnen kommunalen Körperschaftsgruppen entfällt. Der statistische Schuldenstand unterscheidet zwischen Schulden beim nichtöffentlichen Bereich (Schulden aus emit-

Tab. 1 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern am 31. Dezember 2011 nach Art der Schulden

Art der Schulden	Kommunale Körperschaften insgesamt	davon						Zweckverbände ¹	Verwaltungsgemeinschaften
		Gemeinden und Gemeindeverbände	davon						
			Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke			
Millionen €									
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich									
Wertpapiere	0,7	0,7	0,7	-	-	-	-	-	-
Kredite bei									
Kreditinstituten	13 448,7	12 658,3	4 734,3	5 831,1	1 848,9	244,0	762,7	27,8	
sonstigem inländischem Bereich	152,0	145,0	28,3	76,9	3,4	36,4	6,7	0,3	
sonstigem ausländischem Bereich									
Euro-Währung	31,3	27,5	-	5,9	2,6	19,0	3,9	-	
Fremdwährung	0,2	0,2	-	0,2	-	-	-	-	
Zusammen	13 633,0	12 831,6	4 763,3	5 914,0	1 854,9	299,4	773,3	28,0	
Schulden beim öffentlichen Bereich									
Schulden									
beim Bund	237,6	228,9	100,6	95,6	32,5	0,2	6,8	1,9	
der gesetzlichen Sozialversicherung	2,6	2,6	0,2	2,5	-	-	-	-	
bei sonst. öffentl. Sonderrechnungen	672,9	640,5	295,5	232,9	100,0	12,2	31,7	0,6	
bei Ländern	238,1	231,6	60,6	98,3	68,0	4,8	6,5	-	
bei Gemeinden/GV.	22,3	18,8	0,2	15,7	2,2	0,7	3,4	0,0	
bei Zweckverbänden und dgl.	17,2	14,3	2,5	11,8	-	-	3,0	-	
bei verb. Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	161,2	153,2	70,1	19,6	63,5	-	8,0	-	
Zusammen	1 352,0	1 289,9	529,6	476,4	266,2	17,7	59,5	2,6	
Schulden beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	14 984,9	14 121,6	5 293,0	6 390,4	2 121,0	317,2	832,8	30,6	
dar. Kassenkredite	393,3	383,1	78,2	160,8	13,3	130,8	8,7	1,5	
Weitere Verbindlichkeiten									
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	100,1	99,3	71,1	12,2	16,0	-	0,7	0,0	
Sonstige Verbindlichkeiten	291,4	285,8	220,6	28,6	36,7	-	0,4	5,1	
Zusammen	391,4	385,2	291,7	40,8	52,6	-	1,1	5,2	
Bürgschaften									
Haftungssumme insgesamt	3 018,8	2 917,1	1 424,5	659,2	828,2	5,2	101,7	-	
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte									
Hypotheken-, Grund- u. Rentenschulden	21,2	21,2	9,0	12,2	-	-	-	-	
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	42,6	41,7	3,6	38,1	-	-	0,2	0,7	
Finanzierungsleasing	33,3	33,3	1,6	27,9	3,8	-	0,0	-	
ÖPP-Projekte nach ESVG	73,3	73,3	57,9	3,5	11,9	-	-	-	
Zusammen	170,4	169,5	72,1	81,7	15,7	-	0,2	0,7	
Schulden der Eigenbetriebe									
Schulden									
beim nicht-öffentlichen Bereich	3 827,0	3 827,0	2 723,1	1 037,6	64,5	1,7	-	-	
beim öffentlichen Bereich	260,3	260,3	104,3	127,8	14,2	14,0	-	-	
Zusammen	4 087,2	4 087,2	2 827,4	1 165,5	78,7	15,7	-	-	
Schulden der Krankenhäuser²									
Schulden									
beim nicht-öffentlichen Bereich	66,6	66,6	-	0,6	41,4	24,6	-	-	
beim öffentlichen Bereich	14,9	14,9	0,6	1,4	10,3	2,7	-	-	
Zusammen	81,5	81,5	0,6	2,0	51,7	27,2	-	-	

¹ Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

² Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

tierten Wertpapieren und beim nichtöffentlichen Bereich aufgenommenen Schuldscheindarlehen) und Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Summe aus beiden Schuldenarten wird als Verschuldung beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich bezeichnet. Seit der Neukonzeption der Schuldenstatistik sind ab dem Berichtsjahr 2010 neben der bis dahin verwendeten sogenannten fundierten Verschuldung auch Kassenkredite im Schuldenbegriff mitenthalten. Daneben erfragt die Schuldenstatistik bei den kommunalen Körperschaften weitere Schuldenarten, wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, den Bestand an kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Schulden aus Leasingverträgen, ÖPP¹-Projekte nach ESVG²) und die Höhe der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen. Nicht mehr der Verschuldung ihrer öffentlichen Haushalte zugerechnet werden in Anpassung an die Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) ab dem Berichtsjahr 1998 die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ein Teil der vorherigen Daten hat zusätzliche Bedeutung durch den Maastrichter Vertrag erhalten. Dort wurde festgelegt, dass neben der Entwicklung der Haushaltslage auch die Höhe des öffentlichen Schuldenstandes³ der Mitgliedsländer der Währungsunion zu überwachen ist. In diese Berechnung fließen die Schulden beim nichtöffentlichen Bereich⁴ und die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften der öffentlichen Haushalte der kommunalen Körperschaften ein. Die Schulden ihrer rechtlich selbständigen Einrichtungen sowie die ihrer wirtschaftlich selbständigen Einrichtungen (Eigenbetriebe) werden in der Regel nicht dem Staatssektor zugerechnet und gehen dann nicht in die Berechnung ein.

Schuldenabbau im Berichtsjahr

Ohne ihre Sondervermögen wiesen die kommunalen Körperschaften am 31. Dezember 2011 beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich Schulden in Höhe von 14 984,9 Millionen Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Verschuldung um 1,7% oder 260,6 Millionen Euro geringer geworden. Die Verschuldung je Einwohner⁵ liegt bei 1 193 Euro; sie verringerte sich gegenüber dem Jahr 2010

um 25 Euro. Von den Schulden der kommunalen Körperschaften am Ende des Berichtszeitraums entfielen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 94,2% oder 14 121,6 Millionen Euro, auf die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände 5,6% oder 832,8 Millionen Euro und auf die Verwaltungsgemeinschaften 0,2% oder 30,6 Millionen Euro. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden trugen die kreisfreien Städte 35,3% oder 5 293,0 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 42,6% oder 6 390,4 Millionen Euro, die Landkreise 14,2% oder 2 121,0 Millionen Euro und die Bezirke 2,1% oder 317,2 Millionen Euro zur Kommunalverschuldung bei (vgl. Tabelle 1). Die Entwicklung des Schuldenstands der einzelnen Körperschaftsgruppen verlief im Berichtszeitraum unterschiedlich. Während die kreisangehörigen Gemeinden, die Landkreise, die Bezirke, die Zweckverbände und die Verwaltungsgemeinschaften Schulden in ihren Kernhaushalten aufbauten, nachdem sie in den Vorjahren, bis auf die Landkreise, die Schulden ebenfalls erhöht hatten, gab es bei den kreisfreien Städten einen deutlichen Rückgang von 8,5%.

Die langfristige Entwicklung der Verschuldung der kommunalen Körperschaften seit 1980 zeigen die Abbildungen 1 und 2. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden bei den Jahren 2010 und 2011 die Kassenkredite herausgerechnet.

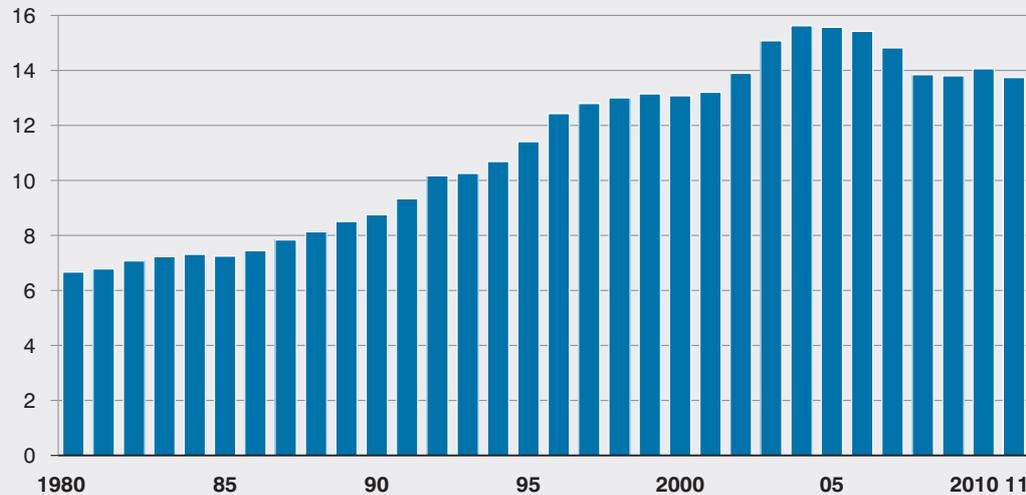
Schuldenrückgang bei den kreisfreien Städten, Schuldenzunahme bei den kreisangehörigen Gemeinden

Von den kreisfreien Städten senkten die Städte mit 200 000 oder mehr Einwohnern ihre Schulden mit 11,7% oder 428,5 Millionen Euro am stärksten. Die Verschuldung je Einwohner verringerte sich um 224 Euro auf 1 509 Euro (-12,9%). Es folgen die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern mit einem Rückgang um 75 Euro auf 1 553 Euro (-4,6%). Die Städte mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern verringerten ihren Schuldenstand um 35 Euro auf 1 193 Euro (-2,9%). Auch die Städte unter 50 000 Einwohnern hatten bei einem Schuldenstand von 1 355 Euro je Einwohner um 20 Euro weniger Schulden gegenüber dem Vorjahr (-1,4%), vgl. Tabelle 2.

- 1 Öffentlich private Partnerschaften.
- 2 Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.
- 3 Artikel 104c Absatz 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.
- 4 Hier: Kreditmarktschulden im weiteren Sinn, die evtl. vorhandene Ausgleichsforderungen berücksichtigen.
- 5 Bei allen Verschuldungszahlen je Einwohner wurde der jeweilige Schuldenstand zum 31. Dezember auf die Bevölkerungszahlen zum 30. Juni bezogen.

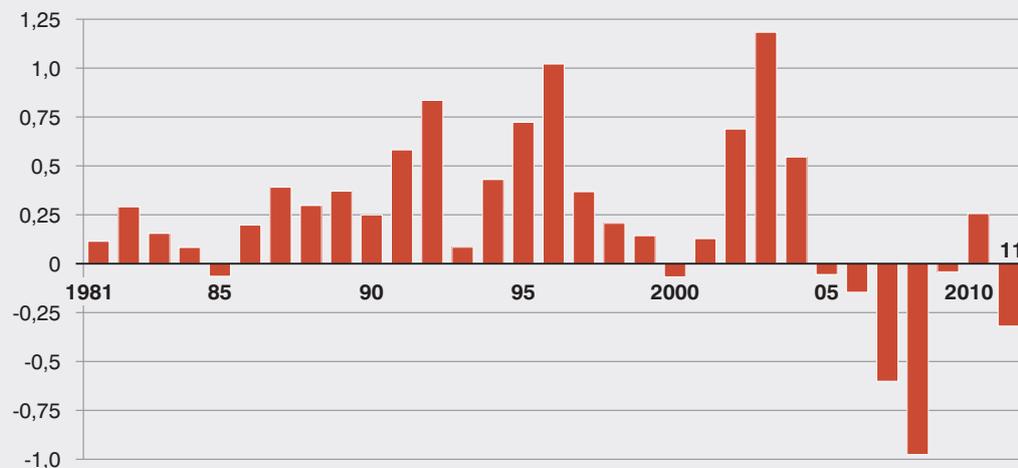
Fundierte Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1980 in Milliarden Euro

Abb. 1



Nettoneuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1981 in Milliarden Euro

Abb. 2



Bei den kreisangehörigen Gemeinden war in fast allen betrachteten Gemeindegrößenklassen eine Schuldenzunahme zu verzeichnen; im Durchschnitt erfolgte ein Schuldenaufbau um 1,5%. Abgebaut haben ihre Schulden lediglich die Gemeinden von 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern. Die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern weiteten die Verschuldung um 1,8% von 752,5 Millionen Euro auf 766,2 Millionen Euro aus. Die Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern erhöhten ihre

Schulden um 1,7% von 1 420,5 Millionen Euro auf 1 445,2 Millionen Euro, die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 3,3% von 1 098,9 Millionen Euro auf 1 135,2 Millionen Euro, die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern um 1,1% von 1 232,6 Millionen Euro auf 1 245,7 Millionen Euro, die Gemeinden unter 1 000 Einwohnern relativ am stärksten um 12,2% von 66,3 Millionen Euro auf 74,3 Millionen Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich innerhalb der einzelnen Ge-

Tab. 2 **Schulden und Schuldendienst der kommunalen Körperschaften in Bayern 2011 nach Gemeindegrößenklassen**

Körperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse	Schuldenstand ¹ am 31. Dezember				Planmäßiger Schuldendienst ²			
	einschließlich		ohne		einschließlich		ohne	
	Eigenbetriebe und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen				Schuldendiensthilfen ³			
	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.	Mill. €	€ je Einw.
Kreisfreie Städte mit . . . Einwohnern								
200 000 oder mehr	5 337,7	2 499	3 222,9	1 509	271,1	127	271,1	127
100 000 bis unter 200 000	1 263,0	2 050	957,0	1 553	63,9	104	63,8	104
50 000 bis unter 100 000	932,5	1 857	599,0	1 193	52,4	104	52,3	104
unter 50 000	587,8	1 549	514,0	1 355	38,1	101	38,1	101
Zusammen	8 121,0	2 235	5 293,0	1 457	425,5	117	425,4	117
Kreisangehörige Gemeinden mit . . . Einwohnern								
20 000 oder mehr	1 087,5	961	766,2	677	71,3	63	70,4	62
10 000 bis unter 20 000	2 031,1	983	1 445,2	699	144,9	70	141,5	68
5 000 bis unter 10 000	1 947,3	869	1 723,8	769	190,2	85	187,2	84
3 000 bis unter 5 000	1 155,9	719	1 135,2	706	130,4	81	129,9	81
1 000 bis unter 3 000	1 261,5	719	1 245,7	710	142,7	81	142,0	81
unter 1 000	74,5	596	74,3	594	8,9	71	8,9	71
Zusammen	7 557,8	847	6 390,4	716	688,4	77	679,9	76
Landkreise	2 251,4	252	2 121,0	238	237,0	27	235,9	26
Bezirke	360,1	29	317,2	25	22,0	2	21,9	2
Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen	18 290,3	1 456	14 121,6	1 124	1 372,9	109	1 363,1	109
Zweckverbände ⁴	832,8	66	832,8	66	86,5	7	79,6	6
Verwaltungsgemeinschaften	30,6	15	30,6	15	3,4	2	3,4	2
Insgesamt	19 153,7	1 525	14 984,9	1 193	1 462,7	116	1 446,2	115

1 Schulden beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich.

2 Ohne Schuldendienst der Eigenbetriebe und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

3 Schuldendienstbeträge, die von Dritten geleistet oder ersetzt wurden.

4 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

meindegrößenklassen Veränderungen ergeben haben. Die Anzahl der Gemeinden insgesamt ist zwar gleich geblieben, in fünf Gemeindeklassen sind jedoch Verschiebungen aufgetreten: Die Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern nahmen um neun zu, die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern nahmen um acht ab, die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern nahmen um zwei ab, die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern blieben unverändert. Die Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern nahmen um eine Gemeinde ab und die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern nahmen um zwei zu. Für Zeitvergleiche ist daher die Betrachtung der Schulden je Einwohner besser geeignet. In der Gemeindegrößenklasse unter 1 000 Einwohnern erhöhte sich diese um 4,5% oder 25 Euro. Der Schuldenaufbau belief sich in den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern auf 1,6% oder 11 Euro, in denen mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 3,9% oder 26 Euro, in der Größenklasse mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 0,2% oder 2 Euro sowie in der Größenklasse mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern

um 2,9% oder 20 Euro. Lediglich in der Größenklasse mit 20 000 oder mehr Einwohnern gab es eine Verringerung der Schulden um -2,3% oder 16 Euro.

Stärkere Abnahme der Verschuldung beim nichtöffentlichen Bereich

Die Verschuldung der kommunalen Körperschaften beim nichtöffentlichen Bereich verringerte sich um 1,9% oder 257,0 Millionen Euro. Die Ausleihungen beim öffentlichen Bereich verringerten sich um 0,3% oder 3,6 Millionen Euro. Der Anteil der Schulden beim nichtöffentlichen Bereich an den gesamten Fremdmitteln fiel gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte und liegt bei 91,0%. Die 13 633,0 Millionen Euro Schulden der kommunalen Körperschaften beim nichtöffentlichen Bereich waren fast ausschließlich Kredite (vgl. Tabelle 1). Die Kreditinstitute stellten 98,6% (Vorjahr 98,7%) der Ausleihungen, der Rest der Schulden beim nichtöffentlichen Bereich waren Wertpapiere (0,0%) oder kam vom sonstigen in- und ausländischen Bereich (1,3%). Im Berichtszeitraum verringerten die kommunalen Körperschaften ihren Schuldenstand bei

den Kreditinstituten um 259,4 Millionen Euro. Bei den übrigen nichtöffentlichen Stellen kam es zu einer Ausweitung um 2,4 Millionen Euro. Beim öffentlichen Bereich verringerten die kommunalen Körperschaften die Schulden um 3,6 Millionen Euro, wobei der Schuldenabbau bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen und bei Gemeinden die Schuldenausweitungen beim Bund, bei der gesetzlichen Sozialversicherung, bei den Ländern, bei Zweckverbänden und dergleichen sowie bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen überkompensierte. Von allen öffentlichen Haushalten sind die größten Kreditgeber der kommunalen Körperschaften sonstige öffentliche Sonderrechnungen mit 672,9 Millionen Euro, gefolgt von den Ländern und vom Bund mit einem Kreditvolumen von 238,1 bzw. 237,6 Millionen Euro sowie den verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit 161,2 Millionen Euro.

Unterschiedliche Entwicklung der Nachfrage nach Kassenkrediten

Neben den Mitteln im Rahmen der fundierten Verschuldung (Wertpapiersschulden und Kredite beim nichtöffentlichen und öffentlichen Bereich) benötigen die kommunalen Haushalte weitere Fremdmittel. Zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen nahmen sie Ende 2011 kurzfristige, nicht besonders gesicherte Darlehen in Höhe von 393,3 Millionen Euro in Anspruch. Diese sogenannten Kassenkredite waren um 14,7 Millionen Euro oder 3,6% niedriger als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte, die im Vorjahr mit 124,5 Millionen Euro noch 30,5% aller von den kommunalen Körperschaften aufgenommenen Kassenkredite beanspruchten, kamen 2011 mit 78,2 Millionen Euro – also mit 46,3 Millionen Euro weniger – aus. Die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände waren bei einem Stand von 8,7 Millionen Euro und einem Minus von 53,1% auch deutlich weniger mit Kassenkrediten belastet als ein Jahr zuvor. Auch die kreisangehörigen Gemeinden konnten die beanspruchten Kassenkredite – wenn auch nur geringfügig – um 1,0% auf 160,8 Millionen Euro reduzieren. Dagegen mussten die Landkreise (+5,9 Millionen Euro), die Verwaltungsgemeinschaften (+0,4 Millionen Euro) und die Bezirke (+36,8 Millionen Euro) ihre Kassenkredite ausweiten. Die kreisangehörigen Gemeinden mit 20 000

oder mehr Einwohnern nahmen im Berichtszeitraum 8,7 Millionen Euro (+148,8%) mehr an Kassenkrediten in Anspruch als noch 2010.

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, d. h. die Verpflichtungen der kommunalen Körperschaften aus Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, aus Restkaufgeldern im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften, aus Schulden von Leasingverträgen sowie aus ÖPP-Projekten nach ESVG, haben sich im Berichtszeitraum von 169,1 Millionen Euro auf 170,4 Millionen Euro erhöht. Die Restkaufgelder reduzierten sich um 9,3% auf 42,6 Millionen Euro. Die Schulden aus Leasingverträgen erhöhten sich von 31,7 Millionen Euro auf 33,3 Millionen Euro und die Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden wurden um 20,2% auf 21,2 Millionen Euro ausgeweitet. Bei Leasingverträgen meldeten die Berichtsstellen der Schuldenstatistik die insgesamt eingegangenen Verpflichtungen (Leistungssumme) abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraums geleisteten Tilgungen. ÖPP-Projekte nach ESVG schlugen mit 73,3 Millionen Euro nur leicht höher zu Buche als im Vorjahr (+0,7%). Die Haftungssummen für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen erhöhten sich um 753,8 Millionen Euro auf 3 018,8 Millionen Euro. Diese potentiellen Zahlungsverpflichtungen können zukünftig zu Haushaltsausgaben führen; das finanzielle Risiko nahm für alle Haushalte der kommunalen Körperschaften – außer bei den Bezirken – zu.

Über die Schuldensituation der kommunalen Körperschaften ergibt der Schuldenstand ihrer öffentlichen Haushalte allein noch kein Gesamtbild. Seit Jahren verlagern kommunale Körperschaften Einrichtungen (z. B. der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr) aus ihren Kommunalhaushalten, um sie in Form von Eigenbetrieben oder rechtlich selbständigen Unternehmen weiter zu betreiben. Zusätzlich lässt sich verstärkt auch die Umwandlung von bereits wirtschaftlich ausgelagerter Einheiten (Eigenbetrieben) in rechtlich selbständige Einheiten beobachten. Mit der Ausgliederung der bisher in einem öffentlichen Haushalt geführten Einrichtung gehen meist auch die ihr zuzurechnenden Kredite auf die neu errichtete Wirtschaftseinheit über. Damit lässt sich die Schuldensituation des auslagernden

öffentlichen Haushalts ohne Bewegung von Geldmitteln verändern. Ein Schuldenvergleich wird erschwert, da sich die Schulden auf den öffentlichen Haushalt, die zugehörigen Eigenbetriebe und die rechtlich selbständigen Unternehmen der kommunalen Körperschaft verteilen. Für die ausgegliederten Bereiche sieht die amtliche Statistik keine Zuordnung der Schulden nach Eigentümern oder Trägern vor. In Anpassung an die Neuabgrenzung des Staatssektors nach dem ESVG 1995 werden alle kaufmännisch buchenden Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Ihre Schulden gehen auch nicht in die Bestimmungsfaktoren für die Höhe des Schuldenstandes nach Maastricht ein. Für die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten und privatisierten kommunalen Aufgaben hat die Kenngröße „Schulden“ nicht mehr die gleiche wichtige Bedeutung wie für den öffentlichen Haushalt selbst. Für ein Wirtschaftsunternehmen steht seine Wirtschaftlichkeit, die Rentabilität, im Vordergrund. Ein Betrieb kann trotz höherer Schulden im Vergleich zum Konkurrenzunternehmen wirtschaftlicher sein. Für ein Unternehmen gilt, dass es zumindest seine Kosten decken muss, ansonsten geht es in Konkurs oder muss vom öffentlichen Haushalt subventioniert werden. Die Subventionierung des Unternehmens belastet den öffentlichen Haushalt. Die öffentlichen Haushalte haften jedoch für die Schulden ihrer rechtlich unselbständigen, aus den Haushalten ausgegliederten Unternehmen. Da von den einzelnen Körperschaftsgruppen eine starke Nachfrage nach den Schulden ihrer Eigenbetriebe besteht, sind diese entsprechend zugeordnet.

Schuldenstand der Eigenbetriebe fällt und der der Krankenhäuser steigt

Im Berichtszeitraum verringerte sich die Verschuldung bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften (ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) um 95,4 Millionen Euro von 4 182,6 Millionen Euro auf 4 087,2 Millionen Euro. Sowohl die Eigenbetriebe der kreisfreien Städte, der kreisangehörigen Gemeinden als auch der Bezirke wiesen Schuldenrückgänge auf. Die Eigenbetriebe der Landkreise hingegen weiteten ihre Schulden aus. Bei den kreisangehörigen Gemeinden wiesen nur die Eigenbetriebe der Gemeinden mit

3 000 bis unter 10 000 Einwohnern im Berichtszeitraum einen höheren Fremdmittelbedarf aus. Die Verschuldung der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen der kommunalen Körperschaften lag am Ende des Berichtsjahres bei 81,5 Millionen Euro, 15,3 Millionen Euro höher als noch im Vorjahr. Sie teilte sich auf in 66,6 Millionen Euro Schulden beim nichtöffentlichen Bereich und 14,9 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Schulden beim öffentlichen Bereich sind um 0,8 Millionen Euro niedriger, die Schulden beim nichtöffentlichen Bereich um 16,1 Millionen Euro höher ausgefallen als 2010. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die rechtlich selbständigen Krankenhäuser. Der Schuldenstand dieser Sondervermögen der kommunalen Körperschaften betrug insgesamt 4 168,7 Millionen Euro. Davon waren 93,4 % Schulden beim nichtöffentlichen Bereich. Fasst man die Schulden beim nichtöffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich von den kommunalen Körperschaften und von ihren Eigenbetrieben bzw. Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen zusammen, ergibt sich ein Schuldenstand von 19 153,7 Millionen Euro oder 1 525 Euro je Einwohner. Bei Ländervergleichen werden als Maßstab für die kommunale Verschuldung meist nur die Schulden beim nichtöffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände herangezogen. Damit ergibt sich zum 31. Dezember 2011 ein Schuldenstand von 12 831,6 Millionen Euro oder 1 022 Euro je Einwohner. Für das Vorjahr lauteten die Vergleichszahlen 13 130,6 Millionen Euro und 1 049 Euro je Einwohner.

Schuldendiensthilfen wieder angestiegen

Zur Bedienung ihrer Verpflichtungen aus Darlehensverträgen benötigten 2011 die Haushalte der kommunalen Körperschaften 1 462,7 Millionen Euro und damit 57,3 Millionen Euro weniger als im Vorjahr (vgl. Tabelle 2). Die durchschnittliche Belastung je Einwohner in Bayern durch den planmäßigen Schuldendienst verringerte sich von 121 Euro auf 116 Euro. Aus eigenen Mitteln brachten die kommunalen Körperschaften 1 446,2 Millionen Euro oder 98,9 % der fälligen Ausgaben für Zinsen und Tilgung auf. Die restlichen Zahlungen in Höhe von 16,6 Millionen Euro übernahmen in Form von Schuldendiensthilfen Dritte, insbesondere der Freistaat. Im Berichtsjahr wurden diese um 3,7 Millionen Euro angeho-

Tab. 3 Schuldenaufnahmen und -tilgungen der kommunalen Körperschaften in Bayern 2011									
Art der Schulden	Kommunale Körperschaften insgesamt	davon						Zweckverbände ¹	Verwaltungsgemeinschaften
		Gemeinden und Gemeindeverbände	davon						
			Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke			
Millionen €									
Schuldenaufnahmen									
Wertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kredite bei									
Kreditinstituten	1 796,5	1 663,7	804,1	650,4	181,2	28,1	125,5	7,2	
sonstigem inländischem Bereich	19,2	19,0	13,5	5,5	-	-	-	0,3	
sonstigem ausländischem Bereich									
Euro-Währung	0,5	0,5	-	0,5	-	-	-	-	
Fremdwährung	-	-	-	-	-	-	-	-	
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 816,1	1 683,2	817,6	656,4	181,2	28,1	125,5	7,5	
Schulden beim öffentlichen Bereich	177,4	168,0	94,9	51,0	22,2	-	9,4	-	
Schulden beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 993,6	1 851,2	912,5	707,4	203,3	28,1	134,8	7,5	
Außerdem:									
Schulden der Eigenbetriebe	205,7	205,7	103,6	92,3	9,9	-	-	-	
Schulden der Krankenhäuser ²	21,6	21,6	-	1,3	11,3	9,0	-	-	
Schuldentilgungen									
Wertpapiere	0,1	0,1	0,1	-	-	-	-	-	
Kredite bei									
Kreditinstituten	2 118,4	2 050,4	1 296,3	579,7	164,8	9,6	66,3	1,7	
sonstigem inländischem Bereich	29,3	28,9	13,6	12,5	0,2	2,6	0,4	0,0	
sonstigem ausländischem Bereich									
Euro-Währung	1,2	0,8	-	0,8	-	0,0	0,5	-	
Fremdwährung	0,0	0,0	-	0,0	-	-	-	-	
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	2 149,0	2 080,1	1 309,9	593,1	165,0	12,1	67,2	1,7	
Schulden beim öffentlichen Bereich	107,1	103,3	48,9	33,4	17,9	3,1	3,1	0,7	
Schulden beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	2 256,1	2 183,4	1 358,8	626,5	182,9	15,2	70,3	2,4	
Außerdem:									
Schulden der Eigenbetriebe	275,2	275,2	167,2	102,9	5,0	0,1	-	-	
Schulden der Krankenhäuser ²	9,4	9,4	0,0	0,1	6,7	2,6	-	-	

1 Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

2 Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

ben. 2011 beliefen sich diese Hilfen noch auf 39,6 Millionen Euro und deckten 2,2% des planmäßigen Schuldendienstes der kommunalen Körperschaften (2010: 1,1%). Die bereitgestellten Schuldendiensthilfen kamen zu 51,5% den kreisangehörigen Gemeinden, zu 41,3% den Zweckverbänden, zu 6,4% den Landkreisen und zu jeweils 0,4% den kreisfreien Städten sowie den Bezirken zugute. Die Verwaltungsgemeinschaften erhielten fast keine Schuldendiensthilfen (0,0%). Zusätzlich zu ihren entsprechend den Darlehensbedingungen zu erbringenden Leistungen (planmäßiger Schuldendienst), tilgten die kommunalen Körperschaften 1 443,8 Millionen Euro außerplanmäßig. Diese freiwilligen Mehrlei-

stungen haben sich im Vergleich zu 2010 (1 470,7 Millionen Euro) um 1,8% verringert.

Neben Schuldenstand und Nettoneuverschuldung⁶ weist die Statistik auch die im Berichtsjahr erfolgten Schuldenaufnahmen und Tilgungen aus.

Schuldenaufnahmen deutlich geringer

Die Haushalte der kommunalen Körperschaften nahmen im Berichtsjahr beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich 1 993,6 Millionen Euro an Schulden auf (vgl. Tabelle 3), das sind 23,8% oder 621,5 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Abgenommen haben die Schuldenaufnahmen bei den kreisfreien

6 Saldo aus Schuldenaufnahmen, Tilgungen und sonstigen Schulden und sonstigen Schuldenzu- und -abgängen (einschl. sonstiger Berichtigungen).

Städten um 587,2 Millionen Euro (-39,2%) und bei den kreisangehörigen Gemeinden um 91,5 Millionen Euro (-11,5%). Bei den Landkreisen nahmen sie um 34,8 Millionen Euro (+20,7%), bei den Bezirken um 2,2 Millionen Euro (+8,5%), bei den Zweckverbänden um 17,2 Millionen Euro (+14,6%) und bei den Verwaltungsgemeinschaften um 3,1 Millionen Euro (+68,9%) zu. Die von den kommunalen Haushalten im Berichtszeitraum beim nichtöffentlichen Bereich neu beschafften Fremdmittel in Höhe von 1 816,1 Millionen Euro stellten zu 93,6% (2010: 95,9%) Kreditinstitute bereit. Die Schuldenaufnahmen der kommunalen Körperschaften beim öffentlichen Bereich sind von 172,8 Millionen Euro im Vorjahr auf 177,4 Millionen Euro angestiegen. Nach den Regelungen des Europäischen Systems gelten als „kurzfristig“ Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich einem Jahr, als „mittelfristig“ Kredite über einem Jahr und unter fünf Jahren und als „langfristig“ werden Kredite mit einer Laufzeit von fünf Jahren oder mehr bezeichnet. Nach dieser Definition setzten sich die Schuldenaufnahmen der kommunalen Haushalte beim nichtöffentlichen und beim öffentlichen Bereich im Berichtsjahr zu 73,8% aus langfristigen, zu 19,5% aus kurzfristigen und zu 6,7% aus mittelfristigen Mitteln zusammen. Der Anteil der lang-

und mittelfristigen Kredite hat im Berichtszeitraum zu Lasten der kurzfristigen Mittel zugenommen. Die Schuldenaufnahmen beliefen sich bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften auf 205,7 Millionen Euro (2010: 373,7 Millionen Euro) und bei den Krankenhäusern auf 21,6 Millionen Euro (2010: 11,4 Millionen Euro).

Auch Schuldentilgung hat abgenommen

Die Tilgungen der Haushalte der kommunalen Körperschaften fielen mit 2 256,1 Millionen Euro um 73,3 Millionen Euro niedriger als im Vorjahr aus. Beim nichtöffentlichen Bereich wurden 2 149,0 Millionen Euro und beim öffentlichen Bereich 107,1 Millionen Euro Darlehensschulden abgebaut. Im Vergleich zu 2010 tilgten die kommunalen Körperschaften beim nichtöffentlichen Bereich 3,1% oder 68,1 Millionen Euro weniger Schulden und beim öffentlichen Bereich 4,7% oder 5,2 Millionen Euro weniger Schulden (vgl. Tabelle 3). Die Eigenbetriebe leisteten mit 275,2 Millionen Euro um 114,2 Millionen Euro weniger Rückzahlungen von Fremdmitteln; die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen tilgten 9,4 Millionen Euro, 26,9 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

Projekte „Geoinformationssysteme“ im Bereich IuK/Rechenzentrum Süd

Dipl.-Wirtschaftsing. Thomas Schweier

Der Bereich IuK/Rechenzentrum Süd im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (RZ Süd) ist einer der zentralen IT-Dienstleister für die öffentliche Verwaltung in Bayern.

Das Leistungsspektrum umfasst vor allem die Weiterentwicklung von Informations- und Kommunikationsstrukturen (z. B. Behördennetz, Firewall und Sicherheitsdienste), Serverhosting, Hosting von Fachanwendungen, Konzeption, Entwicklung und Betreuung IT-gestützter Fachverfahren sowie Beratung von Behörden. Der technische Anwendungsbetrieb ist für die Inbetriebnahme und den reibungslosen Betrieb von Kundenanwendungen auf verschiedenen technischen Plattformen verantwortlich.

Das RZ Süd hat die Aufgabe, den IT-Betrieb seiner Kunden zu konsolidieren. Dazu zählen auch Geoinformationssysteme, die im Konsolidierungsprozess bisher unberücksichtigt blieben. Nach einer Beschreibung, was Geoinformationssysteme sind, werden die Projekte „Konzeption für den Betrieb von GIS-Dienstleistungen auf der Basis von ArcGIS“ und „GIS-Dienstleistungen für den Pilotkunden Statistik“ dargestellt.

Was sind Geoinformationssysteme?^{1, 2}

Geoinformationssysteme (GIS), Geographische Informationssysteme oder Räumliche Informationssysteme (RIS), sind Informationssysteme zur Erfassung, Bearbeitung, Organisation, Analyse und Präsentation geografischer Daten. Geoinformationssysteme umfassen die dazu benötigte Hardware, Software, Daten und Anwendungen.

Geoinformationssysteme werden in vielen Bereichen genutzt, unter anderem in der Umweltforschung, Archäologie, Marketing, Kartografie, Stadtplanung, Kriminologie (beispielsweise Verbrechenskarten), Logistik und im Ressourcenmanagement. Mithilfe eines GIS ist es Katastrophenschutzbeauftragten beispielsweise möglich, Evakuierungspläne zu erstellen. Umweltschutzbehörden können bestimmen, welche Feuchtgebiete in besonders bedrohten Gebieten liegen. Marketingabteilungen können bestimmen, in welchen Gebieten durch verstärkte Werbung neue Kunden gewonnen werden können.

Das Grundkonzept von Geoinformationssystemen basiert auf thematischen Ebenen (Layer). Die Abbildung 1 verdeutlicht dies.

Geodaten sind digitale Informationen, denen auf der Erdoberfläche eine bestimmte räumliche Lage zugewiesen werden kann (Geoinformationen, Geobezug). Sie können unmittelbar gewonnene Primärdaten oder weiterbearbeitete Sekundärdaten sein (vgl. Abbildung 3). Von besonderer Bedeutung für Geodaten sind Metadaten, die die eigentlichen räumlichen Daten zum Beispiel hinsichtlich eines Zeitbezugs oder der Entstehung beschreiben. Geodaten gliedern sich in die Geobasisdaten, die in der Regel von den Vermessungsverwaltungen der Länder oder der Kommunen bereitgestellt werden, und den Geofachdaten, die aus unterschiedlichen raumbezogenen Fachdatenbanken stammen (vgl. Abbildung 2).

¹ Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Geoinformationssystem

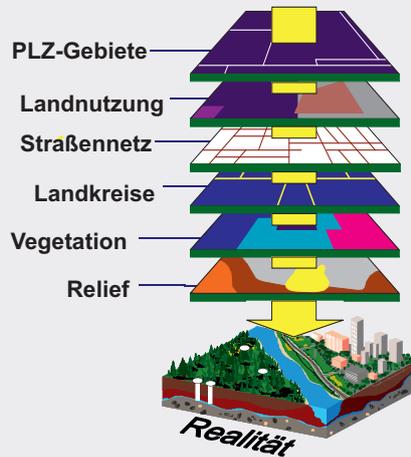
² Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Geodaten

Grundkonzept von GIS

Abb. 1

Layerprinzip

- + Raumbezogene Daten werden in thematischen Ebenen - Layers - organisiert
- + Beantwortung von Fragen durch Vergleich von Layers
- + Analyse des gegenseitigen Raumbezugs der unterschiedlichen Ebenen



Grundkonzept von GIS

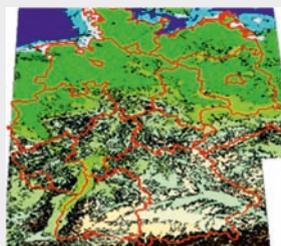
Abb. 2

GIS verknüpft geografische Informationen
 (wo Objekte sind, die Gestalt von Objekten)
mit beschreibenden Informationen.
 (was und wie Objekte sind)

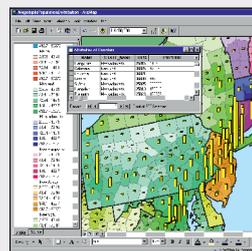
- + Raumbezogene Datenbank

Wahrn	Bömann	Stüsse	Plz
Bald	Andreas	Zweirelen Str. 38	85209
Siska	Herrsch	Oswenbr Str. 37	81343
Jörg	Imgard	Zürcher Str. 144	91476
Erhard	Siegfried	Zur Kohlhof 10	89137
Huber	Ernst	Zur Kesselschloß 9	82284
Bald	Harald	Duggelst 9	82061
Schmitz	Thurndt	Duggelst 42E	86163
Elmuc	Maria	Duggelst 14	91541
Huber	Else	Duggelst 13F	83053
Bald	Hans	Duggelst 13E	83059
Jörg	Rosewita	Duggelst 1	86256
Jörg	Wilhelm	Duggelst 1	86256
Huber	Ernst	Ziffauer Str. 20	80697
Erhard	Hans	Stadeln 10	85662
Huber	Erwin	Sinngebergasse 19	85670

+



=



Quelle: WasIstGIS.ppt von ESRI-Deutschland

Geoinformationssysteme erweitern die Nutzungsmöglichkeiten der klassischen Landkarte. Neben der Visualisierung gibt es zahlreiche Funktionen zur Analyse der Geodaten.

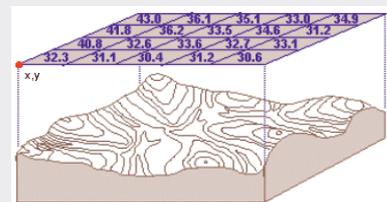
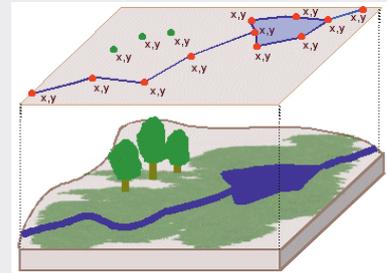
Datenerfassung

Moderne Geoinformationssysteme nutzen digitale Informationen, für deren Erfassung unterschiedliche Datenerfassungsmethoden benutzt werden (vgl. Ab-

Was sind geographische Daten?

Abb. 3

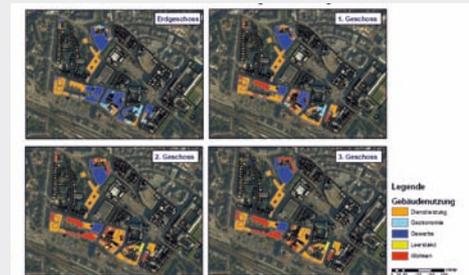
- + Digitale Darstellung des Raumes (Erdoberfläche)
 - > Zwei Hauptmodelle: Vektor und Raster
- + Vektor-Daten
 - > Räumliche Objekte (Features) als Punkte, Linien oder Polygone modelliert
 - > Koordinaten definieren die Form und die Lage von Features
- + Raster-Daten
 - > Geographie wird als in Zellen unterteilte Fläche modelliert
 - > Zellen enthalten numerische Daten
 - > Raster-Daten können Bilddaten sein oder thematische Information (z. B. Höhe) darstellen



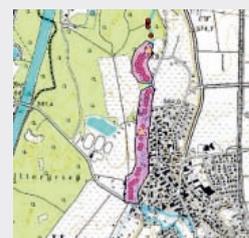
Beispiel: Datenerfassung

Abb. 4

- + Kartierungen
 - > Gebäude/Flächennutzung
 - > Denkmäler
 - > Biotope
 - > H2O-Qualität
 - > behindertengerechte Aufgänge
 - > alles, was Ihnen einfällt!
- + Umfragen
 - > Zufriedenheit in Stadtteilen
 - > Soziales Verhalten
 - > Einnahme von gesundheitsschädigenden Produkten
 - > alles, was Ihnen einfällt!



Gebäudenutzungskartierung



Biberreviere und -bauten



Quelle: WasistGIS.ppt von ESRI-Deutschland

bildung 4). Vor allem in der Anfangszeit war die Digitalisierung von Papierkarten und Vermessungsplänen die gebräuchlichste Datenerfassungsmethode. Dazu wird mithilfe eines Digitalisierungsbrettes und Georeferenzierungsmethoden (in GIS- oder CAD-Programmen) die analoge Information in eine digi-

tale Form übertragen. Zunehmend wichtiger ist die On-Screen-Digitalisierung von Satelliten- und Luftbildern. Dabei werden die gescannten oder bereits digital vorliegenden Bilder direkt am Bildschirm als Vorlage für die Digitalisierung genutzt. Eine weitere Methode der Datenerfassung ist die Datenaufnahme

im Feld mit GPS-Geräten. Mithilfe von DGPS (Differential Global Positioning System), das eine weitaus höhere ortsbezogene Genauigkeit als das GPS-System bietet, können auch für Vermessungszwecke brauchbare Genauigkeiten erzielt werden.

Datenbearbeitung/Konvertierung

Geodaten können in den unterschiedlichsten Dateiformaten und (Geo-)Datenbanken gespeichert werden. Praktisch jeder kommerzielle GIS-Hersteller liefert eigene Formate. Geoinformationssysteme bieten daher in der Regel Funktionen zur Konvertierung von Geodaten in unterschiedliche Dateiformate. Da digitale Daten auf unterschiedlichste Weise gesammelt und gespeichert werden können, kommt es vor, dass zwei Datenquellen nicht kompatibel sind. Das Geoinformationssystem muss daher in der Lage sein, Geodaten von einer Struktur in die andere zu konvertieren. So kann ein GIS dazu benutzt werden, Satellitenbilder (Rasterstruktur) in Vektorstrukturen oder umgekehrt Vektor- in Rasterstrukturen umzuwandeln.

Georeferenzierung

Unter Georeferenzierung, Geokodierung oder Verortung versteht man die Zuweisung raumbezogener Referenzinformationen zu einem Datensatz. Zur Herstellung des Raumbezuges werden in vielen Fällen Transformationen und Konversionen sowie Interpolationen notwendig. Dazu gehören die Eliminierung geometrischer Verzerrungen, Einpassung der Daten in ein gewähltes Koordinatensystem und/oder gegenseitige Anpassung zweier Datenlayer.

Personenbezogene Daten können über die Adresse verortet werden. Dazu sind je nach Aufgabenstellung umfangreiche Adressdatenbanken notwendig, um beispielsweise straßenabschnittsgenau Werte zu erhalten.

Datenverwaltung

Mit wachsenden Datenmengen und der immer stärkeren Verbreitung von Geoinformationssystemen wird es immer wichtiger, Geodaten effizient zu verwalten. Dazu ist es notwendig, Metadaten zu erfassen und kontinuierlich zu aktualisieren. Einige GIS bieten dazu eingebaute Funktionen, andere Sys-

teme überlassen es dem Benutzer, Metadaten mithilfe anderer Softwareprodukte zu verwalten.

Geodatenbanken

Für die Speicherung der Sach- und Geometriedaten (vorrangig der Vektordaten) nutzten zu Beginn der GIS-Ära nur wenige GIS-Basisssysteme marktgängige Datenbanksysteme (z. B. dBase oder Oracle). Eine Vielzahl von Systemen basierten auf proprietären Datenbankmanagementsystemen. Heute hat sich die Nutzung von marktgängigen relationalen bzw. objektrelationalen Datenbanksystemen für die Geodatenverwaltung durchgesetzt. Konventionelle Datenbanken können Geodaten nicht effizient verwalten. Daher gibt es für viele kommerzielle und Open-Source-Datenbanken Erweiterungen für die Verwaltung von Geodaten. Beispiele für Geodatenbanken sind: Oracle Spatial, PostGIS und Spatia Lite.

Räumliche Analysen

Der Begriff der räumlichen oder GIS-Analyse ist nicht eindeutig definiert. Grundsätzlich sind räumliche Analysen Prozesse zur Umwandlung von Rohdaten in nützliche Informationen, um effektivere Entscheidungen treffen zu können. Analysen können Umstände und Zusammenhänge aufdecken, die sonst unsichtbar geblieben wären.

Beispiele (vgl. Abbildung 5):

Sachlich: Wie viele Einwohner hat eine bestimmte Stadt?

Räumlich: Wie viele und welche Städte liegen am Ufer eines bestimmten Flusses/Stadt?

Netzwerkanalysen

Anwendungsgebiete von Netzwerken sind die Modellierung von Verkehrssystemen wie Straßen- oder Schienennetzen, aber auch Leitungsnetzen wie z. B. Rohrleitungsnetzen oder Telekommunikationsleitungsnetzen.

Netzwerkanten können Straßen, Eisenbahn- oder Schifffahrtslinien für ein Transportnetzwerk ebenso wie Leiterbahnen eines elektrischen Leitungsnetzes oder die Flüsse eines Flussnetzes darstellen. Die Knoten des Netzwerkes sind z. B. Haltestellen oder

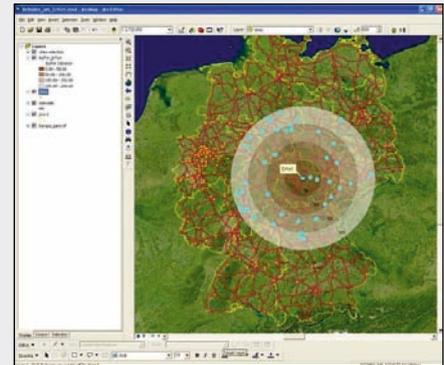
Beispiel: Datenanalyse

Abb. 5

- + GIS ermöglicht räumliche Abfragen
- + Was sind diesbezüglich typische Fragestellungen?

Welche deutschen Städte liegen im Umkreis von 200 Kilometern um Erfurt?

NAME	POP CLASS	CITYNAME	PROVINZNAME
Soester	50.000 - 100.000	Germany	Thüringen
Lindenberg	100.000 - 200.000	Germany	Thüringen
Leine	50.000 - 100.000	Germany	Niedersachsen
Heide	100.000 - 200.000	Germany	Thüringen
Erdenborn	100.000 - 200.000	Germany	Sachsen
Mühl	50.000 - 100.000	Germany	Sachsen
Frankfurt	20.000 - 50.000	Germany	Sachsen
Cottbus	100.000 - 200.000	Germany	Sachsen
Chemnitz	100.000 - 200.000	Germany	Sachsen
Leipzig	100.000 - 200.000	Germany	Sachsen
Saale	50.000 - 100.000	Germany	Sachsen
Halle	100.000 - 200.000	Germany	Sachsen-Anhalt
Magdeburg	100.000 - 200.000	Germany	Sachsen-Anhalt
Erfurt	50.000 - 100.000	Germany	Sachsen
Regen	100.000 - 200.000	Germany	Sachsen
Flensburg	50.000 - 100.000	Germany	Schleswig-Holstein
Rost	100.000 - 200.000	Germany	Schleswig-Holstein
Bismarck	50.000 - 100.000	Germany	Schleswig-Holstein
Stralsund	50.000 - 100.000	Germany	Schleswig-Holstein
Wismar	50.000 - 100.000	Germany	Schleswig-Holstein
Wismar	50.000 - 100.000	Germany	Tringgen
Wismar	50.000 - 100.000	Germany	Tringgen
Wismar	100.000 - 200.000	Germany	Tringgen



Quelle: WasistGIS.ppt von ESRI-Deutschland

allgemeine Verknüpfungsstellen wie beispielsweise Kreuzungen. Den Netzwerkelementen können Eigenschaften zugewiesen werden, die je nach Aufgabenstellung in Analysen einbezogen werden können. Die Bewertung der Kanten erfolgt in der Regel durch die Weglänge zwischen zwei Knoten. Für die Fahrzeugnavigation kann auch die Fahrzeit zur Bewertung herangezogen werden.

- frei definierbare Farb- und Mustergebung sowie symbolische Darstellungen
- Ein-/Ausblendung und Kombination verschiedener Layer (Raster- und Vektordaten)
- 3D-Darstellungen, Digitale Geländemodelle, „Drape“ (mit Raster- oder Vektordaten überlagertes 3D-Modell)
- Animationen (Flug über Gelände und ähnliches)
- Geländeschnitte/Profile
- Einbindung von Diagrammen, Bild- oder Audio-daten

Netzwerkanalysen werden zur Lösung folgender Probleme durchgeführt:

- Ermittlung kürzester Wege zwischen zwei Punkten
- Problem des Handlungsreisenden³
- Ermittlung von Einzugsbereichen
- Interpolation⁴

Präsentation

Die Möglichkeiten der Darstellung und Präsentation spielen in GIS eine entscheidende Rolle und sind deshalb sehr umfangreich (vgl. Abbildung 6). Hier einige wichtige Beispiele:

- automatische Erstellung von Legende, Maßstabsleiste, Nordpfeil und anderen Kartenrandangaben

Generalisierung

Generalisierung ist die Zusammenfassung, Verallgemeinerung, Vereinfachung und Selektierung von Objekten. Generalisierung über die Erfassungsgeneralisierung hinaus ist notwendig, wenn der Maßstab verkleinert wird, um eine Beeinträchtigung der Lesbarkeit zu verhindern.

Projekt „Konzeption für den Betrieb von GIS-Dienstleistungen auf der Basis von ArcGIS“

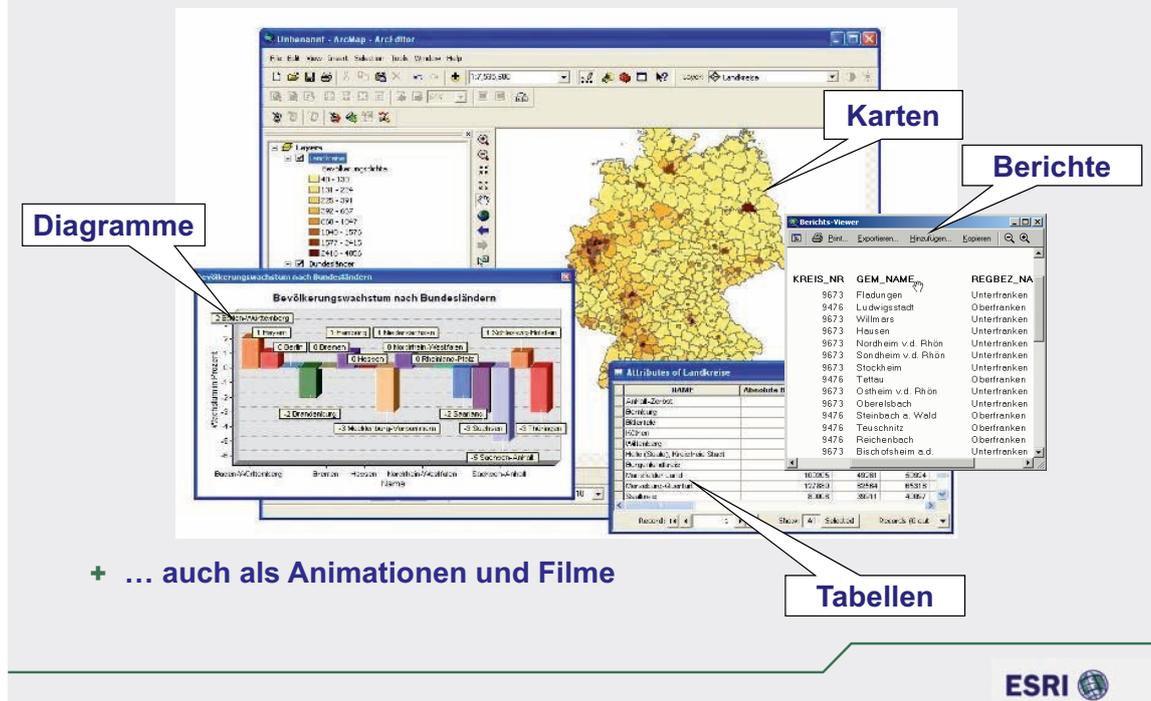
Das RZ Süd hat die Aufgabe, den IT-Betrieb seiner Kunden zu konsolidieren. Dazu zählen auch Geoinformationssysteme, die im Konsolidierungsprozess bisher unberücksichtigt blieben.

3 Für den Handlungsreisenden wird die optimale Anfahrreihenfolge von n vielen Kunden gesucht, und zwar der kürzeste/schnellste Weg mit anschließender Rückkehr zum Start.

4 Unter Interpolation versteht man die Abschätzung eines y-Wertes für einen gegebenen x-Wert, wenn zwei oder mehrerer benachbarte Punkte P1 oder P2 bekannt sind. Dabei verbindet man die bekannten Punkte mit einer Funktion eines bestimmten Typs und berechnet den unbekannt y-Wert für den interessierenden x-Wert mit Hilfe dieser Funktion (Quelle: statistics4u).

Was kann GIS? – Daten visualisieren und präsentieren

Abb. 6



Quelle: WasistGIS.ppt von ESRI-Deutschland

Auf Grund der immer größer werdenden Bedeutung von Geoinformationssystemen in den Behörden wurde im RZ Süd das Projekt „Konzeption für den Betrieb von GIS-Dienstleistungen auf der Basis von ArcGIS“ initiiert und im Februar 2012 abgeschlossen. ArcGIS ist ein Software-Paket mehrerer sich ergänzender Produkte, das vom führenden Hersteller von GIS-Software, der Firmengruppe Esri (Environmental Systems Research Institute), entwickelt wurde.

Das Projekt gliederte sich u. a. in folgende Teilaufgaben:

- Bestandsaufnahme: Kunden und Anwendungen, die Esri-Produkte nutzen
- Abfrage bei den Kunden nach Bedarf für eine solche Plattform
- Darstellung möglicher Architekturen (Komponenten, Sizing etc.)
- Darstellung möglicher Betriebsmodelle (Plattformbetrieb, Hosting, Anwendungsbetrieb etc.)

Der Projektfokus wurde auf den Kundenbedarf und eine entsprechende Erweiterung des RZ-Portfolios gerichtet. Die bisherigen RZ-Standards wurden dabei entsprechend berücksichtigt.

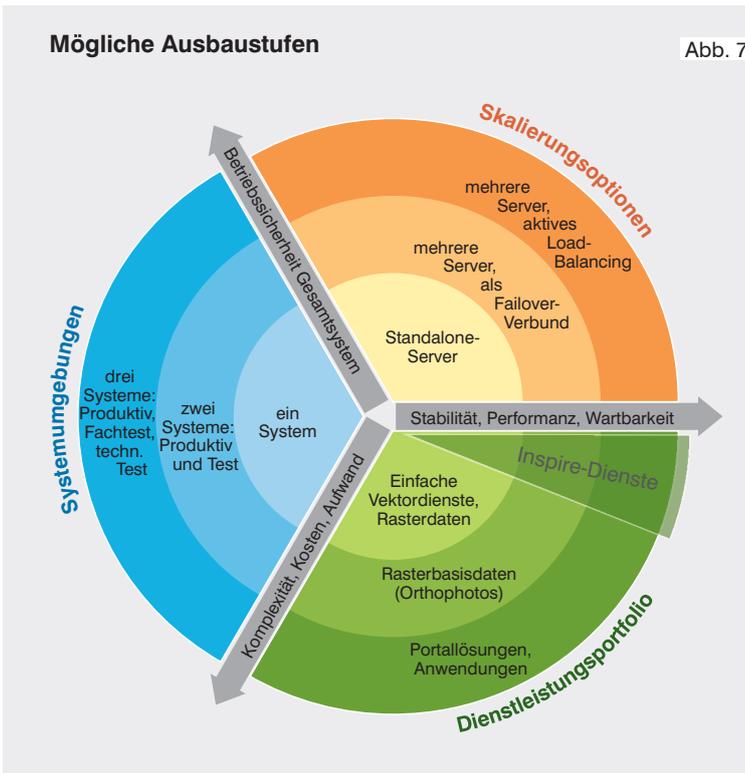
Der bisherige Dienstleistungsumfang des RZ Süd beschränkte sich im ArcGIS-Bereich auf die Bereitstellung von technischen Infrastrukturen (Managed ArcGIS-Server und Datenbanken).

Zukünftig ist die Erbringung folgender Dienstleistungen im GIS-Bereich (unter Berücksichtigung bestehender RZ-Standards) denkbar:

1. Technischer ArcGIS-Server-Betrieb („Managed ArcGIS-Server“)
2. Dienstplattform zur Veröffentlichung von Sekundärdaten
3. Dienstplattform zur Veröffentlichung von INSPIRE-Daten⁵
4. ArcGIS-Desktop über Citrix-Terminalserver

Das weitere Vorgehen hängt von den verfügbaren Mitteln, den personellen Ressourcen für den Betrieb sowie den detaillierten Anforderungen der Kunden ab. Empfohlen wurde ein Aufbau von „klein nach groß“. Um Dienstleistungen im GIS-Bereich anbieten und die dabei entstehenden Aufgaben bewältigen zu können, benötigt das RZ Süd zusätzlich fachlich qualifiziertes Personal.

⁵ INSPIRE (Infrastructure for Spatial Information in Europe) steht als Kürzel für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft.



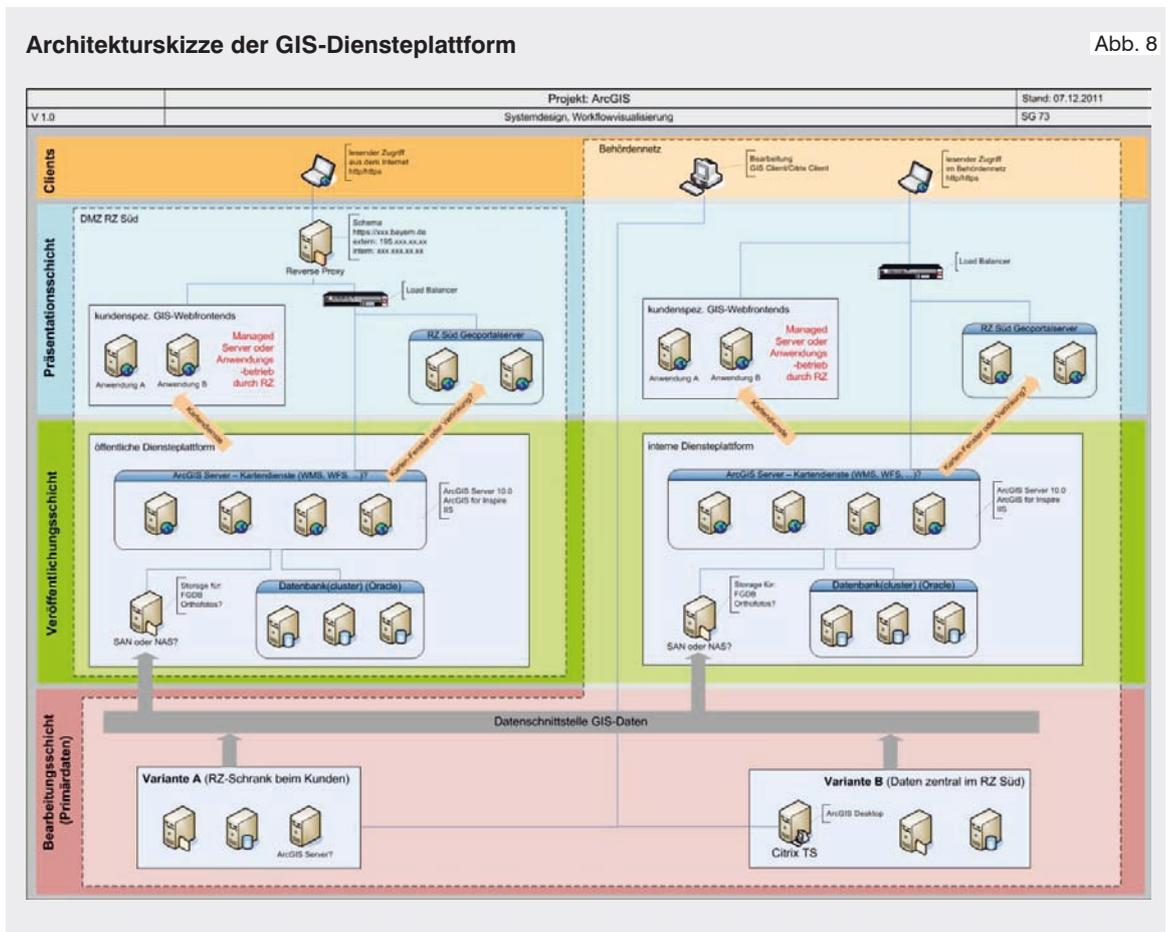
Die folgenden Abbildungen 7 und 8 stellen die Ausbaustufen der Dienstleistungen und die mögliche Systemarchitektur im RZ Süd dar.

Projekt „GIS-Dienstleistungen für den Pilotkunden Statistik“

Im August 2012 wurde das Folgeprojekt „GIS-Dienstleistungen für den Pilotkunden Statistik“ gestartet.

Da bereits mehrere Kunden des RZ Süd großes Interesse an GIS-Dienstleistungen gezeigt haben, muss das RZ Süd, um diese Anfragen zu erfüllen, entsprechende Leistungen anbieten und auch professionell betreiben können.

Um die im ersten Projekt definierten Dienstleistungen nun genauer zu beschreiben und umzusetzen, sollen diese nun mit Unterstützung des Pilotkunden Statistik erprobt werden.



Für die Statistik sind nachfolgende Dienstleistungen interessant:

- Managed ArcGIS-Server und
- Dienstplattform zur Veröffentlichung von Sekundärdaten.

Zunächst soll im Bayerischen Behördennetz ein ArcGIS-Server zur Verfügung gestellt werden, mit dem Dienste erstellt und veröffentlicht werden. Anschließend sollen diese Dienste dann im Internet zur Verfügung gestellt werden, um sie in ein Geoportal einzubinden.

Mit Hilfe der gewonnenen Erfahrungen aus der Inbetriebnahme, der Veröffentlichung von Kartendiensten und dem laufenden Betrieb wird das RZ Süd Dokumente erstellen, die sowohl für den internen Gebrauch als auch für neue Kunden genutzt werden sollen.

Dabei soll insbesondere der Workflow zur Veröffentlichung von Diensten und die Aufgabenteilung bei der Bereitstellung der Dienstleistungen zwischen RZ Süd und Kunde beschrieben werden.

Für das RZ Süd ergeben sich folgende Projektziele:

- Aufbau von Know-how im GIS-Bereich
- Beschreibung eines Standardservers für ArcGIS
- Beschreibung einer Veröffentlichungsplattform für Kartendienste
- Erweiterung des Dienstleistungsportfolios inkl.
 - Beschreibung der Dienstleistung (Workflow zur Inbetriebnahme)
 - Bepreisung der GIS-Dienstleistungen

Die Projektergebnisse sollen Anfang 2013 vorgestellt werden.

Die staatliche und kommunale Verschuldung am Jahresende 1961

Die staatlichen Schulden beliefen sich in Bayern am 31. Dezember 1961 auf 4 472 Millionen DM; außerdem übernimmt der Bayerische Staat den Schuldendienst bzw. leistet Schuldendienstbeihilfen für insgesamt 643 Millionen DM der Schulden Dritter (überwiegend Gemeinden und Gemeindeverbände). Darüber hinaus ist der Staat Bürgschaftsverpflichtungen in einer Gesamthöhe von 1 199 Millionen DM eingegangen. — Außer allen kreisfreien Städten sind 80 vH der kreisangehörigen Gemeinden verschuldet. Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv) sind gegenüber 1960 um 400 Millionen DM oder 17 vH auf 2 744 Millionen DM angestiegen. Im Rechnungsjahr 1961 war von den Gemeinden/Gv ein Schuldendienst in Höhe von 260 Millionen DM zu leisten, davon wurde ein Zehntel von Dritten getragen oder ersetzt. Von den 2 440 kommunalen Zweckverbänden in Bayern (darunter 1 989 Schul- und Berufsschulverbände) waren 753 Zweckverbände (31 vH) verschuldet; ihr Schuldenstand betrug Ende 1961 182 Millionen DM; 1961 wurde von ihnen ein Schuldendienst von nahezu 13 Millionen DM geleistet.

Die Staatsschulden

Am 31. Dezember 1961 belief sich die Verschuldung des Bayer. Staates auf 4 472 Mill. DM, davon entfällt ein Anteil von rund 37 vH (1 664 Mill. DM) auf die Ausgleichsfordernungen der Banken und Versicherungen, die im Zusammenhang mit der Geldneuordnung kraft Gesetzes entstanden sind. Die nach der Geldneuordnung aufgenommenen Schulden (Neuschulden) betragen 2 781 Mill. DM, das sind über drei Fünftel der Gesamtschulden. Bei den Neuschulden handelt es sich zu 64 vH (1 779 Mill. DM) um Schulden bei Gebietskörperschaften, die zum größten Teil für Wohnbauzwecke beim Bund sowie beim Lastenausgleichsfonds aufgenommen wurden. Die beim Kreditmarkt aufgenommenen Schulden von insgesamt 869 Mill. DM — 31 vH der gesamten Neuschulden — sind hauptsächlich Inhaberschuldverschreibungen (410 Mill. DM), Schulden bei Banken und Sparkassen (236 Mill. DM) und Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen (111 Mill. DM). Die Schuldsomme von 133 Mill. DM aus öffentlichen Sondermitteln setzt sich überwiegend aus Krediten zusammen, welche verschiedene Träger der Sozialversicherung gewährt haben. Die im Rechnungsjahr 1961 aufgenommenen Schulden von rund 119 Mill. DM stellen 2,7 vH der zum 31. Dezember 1961 festgestellten Gesamtschuld dar. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um Wohnbaukredite, von denen der Bund 95,4 Mill. DM und der Lastenausgleichsfonds 15,5 Mill. DM gewährt haben.

Übersicht 1. Die Verschuldung des Bayerischen Staates am Ende der Rechnungsjahre 1958 bis 1961

Art der Schulden	Stand am				Veränderung im Rechnungsjahr 1961 in vH
	31. März		31. Dezember		
	1959	1960	1960	1961	
	Mill. DM				
Altschulden (vor der Geldneuordnung)	1 746	1 724	1 701	1 664	- 2,2
dar. Ausgleichsfordernungen	1 743	1 721	1 699	1 664	- 2,0
Neuschulden (nach der Geldneuordnung)	2 807	3 109	3 088	2 781	- 9,9
davon					
aus Kreditmarktmitteln	1 290	1 345	1 227	869	- 29,2
aus öffentlichen Sondermitteln ¹⁾	160	156	148	133	- 10,5
bei Gebietskörperschaften	1 357	1 608	1 713	1 779	+ 3,8
Inlandschulden insgesamt	4 553	4 833	4 789	4 445	- 7,2
Vorkriegsauslandschulden	25	25	24	27	+ 15,6
Gesamtverschuldung²⁾	4 578	4 858	4 813	4 472	- 7,1
Bürgschaften ³⁾			1 121	1 199	+ 6,9

Außer den Schuldendienst für die ausgewiesene Schuldsomme von 4 472 Mill. DM hat der Bayerische Staat noch die Ver-

rentung (Zinsen und Tilgung) von Darlehen Dritter ganz oder teilweise übernommen. Den vollen Schuldendienst hat er danach für die sogenannten Staatszuschußdarlehen (für nichtstaatliche Wasserbauten und Bodenkulturunternehmungen, für ländliche Wegebauten, Wasserversorgungsanlagen usw.) mit einem Gesamtstand von rund 232 Mill. DM sowie für Darlehen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues von 315 Mill. DM zu leisten. Der Schuldendienst aus einer bestehenden, für den kommunalen Schulhausbau aufgenommenen Schuld von 212 Mill. DM wird für eine Teilsumme von 96 Mill. DM getragen. Darüber hinaus bestehen umfangreiche Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaftsverpflichtungen in einer Gesamthöhe von 1 199 Mill. DM, von denen etwa 90 vH auf die allgemeine Wirtschaftsförderung und der Rest auf den Wohnungsbau entfallen.

Die Schulden der kommunalen Gebietskörperschaften

Die 7 Bezirke und die 143 Landkreise sowie die 48 kreisfreien Städte sind ohne Ausnahme verschuldet. Von den 7 068 kreisangehörigen Gemeinden sind 5 654, das sind 80 vH, verschuldet. Bei den übrigen 1 414 kreisangehörigen Gemeinden, die nicht verschuldet sind, handelt es sich mit Ausnahme von 8 Gemeinden ausschließlich um Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 2 000. Die Zahl der nicht verschuldeten Gemeinden hat sich gegenüber 1960 um 240 vermindert.

Die überwiegend aus Kreditmarktmitteln stammenden Neuschulden — ohne Kassenkredite — sind gegenüber 1960 von

Übersicht 2. Die kommunale Verschuldung in Bayern am Ende der Rechnungsjahre 1958 bis 1961

Art der Schulden	Stand am				Veränderung im Rechnungsjahr 1961 in vH
	31. März		31. Dez.		
	1959	1960	1960	1961	
	Mill. DM				
Altschulden (vor der Geldneuordnung)	8	7	6	5	- 15,7
Neuschulden (nach der Geldneuordnung)	1 822	2 137	2 316	2 718	+ 17,3
davon					
aus Kreditmarktmitteln ⁴⁾	1 275	1 542	1 696	2 048	+ 20,8
aus öffentlichen Sondermitteln ¹⁾	215	228	236	246	+ 4,4
bei Gebietskörperschaften ²⁾	327	363	379	418	+ 10,1
Kassenkredite	5	4	5	6	+ 21,3
Inlandschulden insgesamt	1 830	2 144	2 322	2 723	+ 17,2
Vorkriegsauslandschulden	30	23	22	21	- 6,2
Gesamtverschuldung	1 860	2 167	2 344	2 744	+ 17,0
dar. gemeldete Staatszuschußdarlehen	91	98	110	103	- 6,2
Innere Verschuldung ⁶⁾		150	172	200	+ 16,4
Bürgschaften ³⁾			62	85	+ 36,9

¹⁾ Vor allem Kredite bei den Trägern der Sozialversicherung und ERP-Kredite. — ²⁾ Daneben hat der Bayerische Staat noch den Schuldendienst für Schulden Dritter (für nichtstaatliche Wasserbauten, Bodenkulturunternehmungen usw., ferner zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues sowie für den kommunalen Schulhausbau) ganz oder teilweise übernommen. — ³⁾ Haftungssumme. — ⁴⁾ Einschl. Staatszuschußdarlehen, jedoch ohne Schulden bei Bundespost und Bundesbahn; letztere wurden bis 31. Dezember 1960 bei den Kreditmarktmitteln nachgewiesen. — ⁵⁾ In der Hauptsache beim Land. — ⁶⁾ Beim eigenen Rücklagevermögen und bei den eigenen Wirtschaftsbetrieben (in der Summe der Gesamtverschuldung nicht enthalten).

2 311 Mill. DM auf 2 712 Mill. DM, d. h. um 401 Mill. DM oder 17.4 vH angestiegen. Für einen kleinen Teil dieser Schuld hat der Bayerische Staat den Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) ganz, wie bei den sogenannten Staatszuschußdarlehen, oder teilweise in Form von Schuldendienstbeihilfen, z. B. für den kommunalen Schulhausbau übernommen. (Siehe auch die vorangehenden Erläuterungen zum Schuldenstand des Bayerischen Staates)¹⁾.

Von den kommunalen Gesamtschulden von 2 744 Mill. DM entfällt allein auf die 48 kreisfreien Städte eine Schuldsumme von 1 526 Mill. DM, die einem Anteil von rund 56 vH entspricht. Die Landeshauptstadt München sowie die übrigen Großstädte Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Würzburg haben einen Anteil von 38 vH an der gesamten kommunalen Verschuldung und tragen etwas über zwei Drittel der Schuldenlast aller kreisfreien Städte. Die Schuldenquote von 160 DM je Einwohner der kreisangehörigen Gemeinden verhält sich zu der entsprechenden Quote von 453 DM der kreisfreien Städte insgesamt und derjenigen von 509 DM der Großstädte wie 1 : 2.8 : 3.2.

Von den Neuschulden mit insgesamt 2 048 Mill. DM aus Kreditmarktmitteln entfällt allein auf die kreisfreien Städte ein Anteil von rund 58 vH (40 vH auf die Großstädte). Während die kommunalen Schulden nach dem Stand am 31. Dezember 1961 gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 17 vH gewachsen sind, haben die Schulden der kreisfreien Städte um 20 vH zugenommen. Diese unterschiedlichen Gewichtsverhältnisse innerhalb der kommunalen Verschuldung sind zum Teil in der Vielfältigkeit und Verschiedenheit der kommunalen Aufgaben begründet.

Übersicht 3. Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern am 31. Dezember 1961 nach Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse	Schulden insgesamt ²⁾				Darunter Neuschulden ³⁾ aus Kredit- markt- mitteln in Mill. DM
	Mill. DM	vH	DM je Ein- wohner	Zunahme gegen- über 31. Dez. 1960 in vH ⁴⁾	
Kreisfreie Städte . . .	1 526	55.6	452.7	19.9	1 182
dar. Großstädte ⁴⁾ . . .	1 032	37.6	508.6	19.8	824
Kreisangehörige Gemeinden	993	36.2	160.2	15.0	729
dav. mit . . . Einwohnern					
10 000 und mehr . . .	77	2.8	239.6	4.5	59
3 000 bis unter 10 000 .	338	12.3	212.7	14.9	243
1 000 " " 3 000 . . .	296	10.8	149.0	16.3	214
weniger als " 1 000 .	282	10.3	122.5	17.0	213
Landkreise	186	6.8	29.9	5.5	106
Bezirke	39	1.4	4.1	20.2	31
Insgesamt	2 744	100	286.8	17.0	2 048

Die zum 31. Dezember 1961 von den Gemeinden und Gemeindeverbänden als Neuschulden gemeldeten Darlehensbestände von insgesamt 2 711.8 Mill. DM (ohne die Kassenkredite von 5.9 Mill. DM) dienen zu 53.7 vH (1 455.2 Mill. DM) rentierlichen und zu 46.3 vH (1 256.6 Mill. DM) unrentierlichen Zwecken. Als rentierlich wurden hierbei angenommen alle Darlehen für den Wohnungsbau, für Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten, Müllbeseitigung, Einrichtung der Lebensmittelversorgung, Marktwesen, allgemeines Grundvermögen sowie für unselbständige kommunale Wirtschaftsbetriebe. Die Schuldbestände aller übrigen kommunalen Verwaltungszweige wurden allgemein und einheitlich den unrentierlichen Schulden zugeordnet.

Von den Neuschulden entfällt ein Anteil von 26.3 vH (711.6 Mill. DM) auf die unselbständigen kommunalen Wirtschaftsbetriebe. Die Schulden für diese Betriebe verteilen sich zu etwa 90 vH (636.4 Mill. DM) auf Versorgungsbetriebe (Elektrizität, Gas, Wasser) und zu 5 vH (38.5 Mill. DM) auf die Verkehrsbetriebe; letztere gehören zum weitaus größten

Teil zu kreisfreien Städten. Nach der Höhe des Schuldenstandes folgen an zweiter Stelle die Aufgabenbereiche Schulen und Kultur zusammen mit einem Anteil von 19.4 vH (524.5 Mill. DM), an dritter Stelle das Bau- und Wohnungswesen mit 17.8 vH (482.7 Mill. DM) und an vierter Stelle die öffentlichen Einrichtungen sowie die Wirtschaftsförderung zusammen mit 16.3 vH (443.2 Mill. DM). Auf alle vorgenannten Aufgabenbereiche entfallen insgesamt vier Fünftel (2 162 Mill. DM) der kommunalen Neuschulden. Der Stand der Schulden für diese Bereiche hat sich gegenüber 1960 um 320 Mill. DM erhöht, das sind vier Fünftel des Schuldenzuwachses im Jahre 1961 (400 Mill. DM).

Übersicht 4. Die kommunalen Neuschulden⁵⁾ in Bayern am 31. Dezember 1961 nach der Art der Verwendung der Schuldbeträge

Aufgabenbereich	Schuldenstand am 31. Dezember 1961		Zu- bzw. Abnahme(—) gegenüber 31. Dez. 1960	
	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH
Allgemeine Verwaltung	24.5	0.9	2.1	9.1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	6.8	0.2	1.3	23.5
Schulen	500.4	18.5	73.4	17.2
Kultur	24.1	0.9	6.9	40.0
Fürsorge und Jugend- hilfe	29.1	1.1	5.1	21.1
Gesundheits- und Jugendpflege	236.0	8.7	27.4	13.2
Bau- und Wohnungs- wesen	482.7	17.8	55.5	13.0
darunter				
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau . . .	46.1	1.7	5.0	12.2
Übriger Wohnungsbau und Wohnsiedlung ⁶⁾ . .	98.9	3.6	18.5	23.0
Straßen, Wege, Brücken .	316.2	11.7	32.1	11.3
Öffentliche Einrichtun- gen und Wirtschafts- förderung	443.2	16.3	90.0	25.5
darunter				
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten . .	313.6	11.6	57.3	22.3
Wirtschaftliche Unternehmen	711.6	26.3	93.7	15.2
darunter				
Elektrizitätsversorgung .	278.2	10.3	28.7	11.5
Gasversorgung	81.2	3.0	7.9	10.8
Wasserversorgung	277.0	10.2	44.0	18.9
Finanzen und Steuern .	250.1	9.2	45.5	22.3
darunter				
Wohngrundstücke (Allg. Grundvermögen)	166.0	6.1	6.2	3.9
Nicht aufgeteilt	3.3	0.1	-0.4	-11.2
Insgesamt	2 711.8	100	400.4	17.3
Hier sind enthalten:				
An Eigenbetriebe weiter- gegebene Darlehen . . .	470.7	17.4	50.8	12.1

Der Schuldendienst der kommunalen Gebietskörperschaften

Für das Rumpfrechnungsjahr 1960, das infolge Umstellung des Rechnungsjahres auf das Kalenderjahr nur 9 Monate umfaßte, wurde bei der Schuldenstatistik zum 31. Dezember 1960 von einer Erfragung des Schuldendienstes Abstand genommen. Daher werden in folgender Darstellung die Gesamtergebnisse des im Rechnungsjahr 1961 geleisteten Schuldendienstes mit den entsprechenden Zahlen des Rechnungsjahres 1959 verglichen:

Schuldendienst	1959		1961	
	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH
insgesamt	209.6	100	260.3	100
dar. von Dritten getragen oder ersetzt	16.1	7.7	27.2	10.4
verbleiben	193.5	92.3	233.1	89.6
davon aus Darlehen für				
rentierliche Zwecke	105.8	50.5	125.6	48.3
unrentierliche Zwecke	87.7	41.8	107.5	41.3

¹⁾ In der Schuldenstandstatistik waren nur die Staatszuschußdarlehen, nicht aber die Darlehen, für die der Bayer. Staat Schuldendienstbeihilfen gewährt hat, gesondert auszuweisen. Die von den kommunalen Gebietskörperschaften als Staatszuschußdarlehen gemeldeten Schuldbestände von insgesamt 103 Mill. DM sind unvollständig. — ²⁾ Einschl. Staatszuschußdarlehen. — ³⁾ Bezogen auf die erste Kopfspalte. — ⁴⁾ Städte mit über 100 000 Einwohnern. — ⁵⁾ Ohne Kassenkredite (insgesamt 5.9 Mill. DM). — ⁶⁾ Nach Fertigstellung werden die entsprechenden Schuldbeträge den Wohngrundstücken des Allgemeinen Grundvermögens zugeordnet.

Von dem im Rechnungsjahr 1961 insgesamt geleisteten Schuldendienst von 260.3 Mill. DM entfällt allein auf die kreisfreien Städte ein Anteil von 57.6 vH (149.9 Mill. DM) — darunter die Großstädte mit 38.4 vH (100 Mill. DM) — dann folgen die kreisangehörigen Gemeinden mit 34.2 vH (88.9 Mill. DM) und die Landkreise sowie die Bezirke mit zusammen 8.2 vH (21.5 Mill. DM).

Die Schulden der kommunalen Zweckverbände

Bei Durchführung der Statistik über den Schuldenstand des Bayer. Staates und der kommunalen Gebietskörperschaften am 31. Dezember 1961 ist in Bayern erstmals zusätzlich der Schuldenstand der kommunalen Zweckverbände einschließlich der Schul- und Berufsschulverbände erhoben worden. In die Schuldenstatistik sind diejenigen kommunalen Zweckverbände einbezogen, die vor oder nach Inkrafttreten des Zweckverbandsgesetzes vom 7. Juni 1939 gegründet wurden. Zweckverbände, die zu den kommunalen Körperschaften gehören, sind nach dem geltenden Recht freiwillige oder zwangsweise Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden

zur gemeinsamen Erfüllung von bestimmten Aufgaben. Nach den vorläufigen statistischen Ergebnissen gibt es in Bayern nach dem Stand am 31. Dezember 1961 2 440 Zweckverbände, von denen 81.5 vH (1989) Schul- und Berufsschulverbände sind; zahlenmäßig folgen in weitem Abstand die 215 Wasserversorgungsverbände mit einem Anteil von 8.8 vH. Die überwiegend aus Kreditmarktmitteln bestehenden Schulden der 753 verschuldeten Zweckverbände — das sind rund 31 vH aller Zweckverbände — betragen insgesamt 182.2 Mill. DM, darunter 57.9 Mill. DM Staatszuschußdarlehen, für die der Bayer. Staat den Schuldendienst ganz übernommen hat. Nach Höhe der Schulden stehen die Wasserversorgungsverbände mit 92.8 Mill. DM oder 50.9 vH an erster Stelle; erst dann folgen die Schul- und Berufsschulverbände mit einer Schuldsomme von 47.9 Mill. DM, die einem Anteil von 26.3 vH an der Gesamtverschuldung der Zweckverbände entspricht. Im Rechnungsjahr 1961 ist von den kommunalen Zweckverbänden einschließlich der Zins- und Tilgungszuschüsse Dritter insgesamt ein Schuldendienst in Höhe von 12.6 Mill. DM geleistet worden.

Dr. M.-J. Rothballer

Einbürgerungen und Entlassungen aus dem deutschen Staatsverband im Jahre 1961

Nach den statistischen Unterlagen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über die Einbürgerungen und Entlassungen aus dem deutschen Staatsverband wurden in Bayern im Jahr 1961 insgesamt 4 422 Personen eingebürgert, und zwar 1 604 Männer, 1 456 Frauen und 1 362 Jugendliche und Heranwachsende¹⁾.

1 210 oder 27.4 vH aller Einbürgerungen waren sogenannte Ermessenseinbürgerungen nach den §§ 8 und 13 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (RuStAG) und § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 ([1.] StaRegG). Nach § 8 (RuStAG) wurden 1 183 in Bayern selbsthaft gewordene Ausländer eingebürgert. Auf Grund des § 13 (RuStAG) erhielten 12 ehemalige deutsche Staatsangehörige bzw. deren Abkömmlinge und nach § 9 Abs. 2 (1.) StaRegG 9 im Ausland lebende Volksdeutsche die deutsche Staatsangehörigkeit.

Die sogenannten Anspruchseinbürgerungen — 1961 betrafen sie in Bayern 3 212 Personen oder 72.6 vH aller Einbürgerungen — erfolgten zum weitaus größten Teil auf Grund des § 6 des (1.) StaRegG. Dieser Paragraph regelt die Staatsangehörigkeitsverhältnisse derjenigen Personen, die auf Grund des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes Deutsche sind, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Dabei handelt es sich um Vertriebene, die nicht durch Sammeleinbürgerungen in den Jahren von 1938 bis 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben und auf Antrag eingebürgert werden müssen. Nach diesem § 6 des (1.) StaRegG erhielten 2 833 Personen oder 64.1 vH aller Eingebürgerten die deutsche Staatsangehörigkeit. Gemäß § 8 des (1.) StaRegG wurden 86 Personen (sonstige Volksdeutsche und deren Ehegatten) und nach § 9 Abs. 1 14, nach Absatz 2 des gleichen Gesetzes 9 Personen eingebürgert (Angehörige der ehemaligen deutschen Wehrmacht bzw. Angehörige der angeschlossenen oder gleichgestellten Verbände).

¹⁾ Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben; Heranwachsende sind Minderjährige im Alter von 18 bis unter 21 Jahren.

Nach § 12 Abs. 1 und 2 des Dritten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 19. August 1957 ([3.] StaRegG) erhielten 28 frühere deutsche Staatsangehörige und deren Abkömmlinge, auch wenn diese ihren dauernden Aufenthalt im Ausland beibehalten, die deutsche Staatsangehörigkeit wieder. Ein Anspruch auf Einbürgerung steht früheren deutschen Staatsangehörigen zu, sofern diesen im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in der Zeit von 1933 bis 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war. Von den Eingebürgerten besaßen insgesamt 336 (7.6 vH aller Eingebürgerten) früher einmal die deutsche Staatsangehörigkeit, 416 waren anerkannte heimatlose Ausländer und 7 ausländische Flüchtlinge.

28.4 vH der in Bayern 1961 Eingebürgerten hatten ihre frühere Heimat in Jugoslawien (1 255 Personen), bei 14.6 vH war der frühere Heimatstaat Rumänien (644 Personen). Ferner stammen aus Ungarn 821 Personen (18.6 vH). Der Rest der 1961 Eingebürgerten verteilte sich auf weitere 34 europäische und außereuropäische Staaten; darunter sind noch folgende Nationen zu erwähnen: Österreich mit 385, Polen mit 305, die UdSSR mit 106, die Tschechoslowakei mit 94, Italien mit 43 und Israel mit 26 Personen. 11.5 vH der Eingebürgerten (508 Personen) waren ohne Heimatstaat oder die Staatsangehörigkeit war ungeklärt.

Auf Grund von Erklärungen über den Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit wurden 1961 in Bayern insgesamt 764 Personen wieder deutsche Staatsbürger.

Die Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde gemäß § 25 Abs. 2 RuStAG 26 Personen erteilt. In Bayern wurden 1961 15 Entlassungen aus dem deutschen Staatsverband vorgenommen. Ausschlagungen auf Grund des § 1 Buchstaben a)–f) des (1.) StaRegG vom 22. Februar 1955 erfolgten 1961 nicht.

Dr. W. Maier

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 2: zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 539	12 596	12 560	12 570	12 574	12 619	12 627	12 639	12 645
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	4 924	4 940	7 257	7 496	6 644	7 097	7 578	6 673	7 519
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,7	7,0	7,0	6,2	6,7	7,3	6,2	7,0
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 771	8 641	8 470	9 316	9 960	9 393	8 419	9 666	10 123
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,4	8,2	8,2	8,7	9,3	8,9	8,1	9,0	9,4
* Gestorbene ³	Anzahl	10 258	10 247	9 500	8 933	10 648	10 705	9 269	10 075	9 700
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,8	9,8	9,2	8,4	10,0	10,2	8,9	9,4	9,0
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	25	27	35	26	26	24	26	35	19
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,9	3,1	4,1	2,8	2,6	2,6	3,1	3,6	1,9
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	14	15	20	17	14	14	15	21	8
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,6	1,7	2,4	1,8	1,4	1,5	1,8	2,2	0,8
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 487	-1 607	-1 030	383	- 688	-1 312	- 850	- 409	423
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,4	- 1,5	- 1,0	0,4	- 0,6	- 1,2	- 0,8	- 0,4	0,4
* Totgeborene ²	Anzahl	30	26	25	31	20	23	16	23	25
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	21 526	25 756	23 599	29 707	31 418	26 398	26 266	34 985	32 760
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	11 652	15 086	14 941	19 051	17 510	17 481	17 707	23 187	20 142
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	17 725	19 417	16 069	19 572	26 859	17 417	17 396	23 398	27 028
* darunter in das Ausland	Anzahl	8 746	10 028	8 170	11 098	14 002	9 862	9 813	13 721	14 677
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	9 875	10 670	8 658	10 656	13 908	8 917	8 559	11 798	12 618
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 979	9 389	7 899	8 474	12 857	7 555	7 583	9 677	12 351
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	3 801	6 339	7 530	10 135	4 559	8 981	8 870	11 587	5 732
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	40 124	41 749	37 039	38 972	51 732	39 305	36 889	43 540	51 417
Arbeitsmarkt⁵										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 581,5	4 727,1	4 604,8	4 638,0	4 703,3	4 803,7	4 763,3	4 774,9	...
* Frauen	1 000	2 091,2	2 154,2	2 110,5	2 119,3	2 136,6	2 181,1	2 179,9	2 181,5	...
* Ausländer	1 000	371,6	406,9	373,0	384,9	405,4	422,2	415,0	430,5	...
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	878,0	...	890,8	906,6	929,1
* darunter Frauen ⁷	1 000	741,6	...	752,3	764,2	779,3
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,8	22,7	19,2	22,0	24,1	24,5	20,4	22,7	...
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 580,5	1 615,3	1 577,1	1 583,6	1 609,9	1 645,2	1 622,3	1 626,6	...
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 321,1	1 347,4	1 324,1	1 325,6	1 338,3	1 364,5	1 361,3	1 361,6	...
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 246,5	1 279,7	1 252,7	1 258,7	1 270,6	1 295,8	1 293,7	1 293,5	...
* F Baugewerbe	1 000	259,3	267,8	253,0	258,0	271,6	280,7	261,0	265,0	...
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	2 978,8	3 087,3	3 008,3	3 032,1	3 069,0	3 131,8	3 116,5	3 122,4	...
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 019,9	1 048,6	1 027,0	1 027,0	1 040,3	1 067,8	1 059,3	1 056,4	...
* J Information und Kommunikation	1 000	151,6	161,4	154,9	159,3	161,2	162,3	162,8	165,1	...
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	185,4	185,2	185,9	184,6	183,9	186,5	185,7	185,6	...
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	26,4	27,4	26,8	26,8	27,0	27,6	28,0	28,7	...
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	508,1	552,5	518,4	535,8	552,4	566,4	555,3	564,2	...
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	917,9	941,2	927,1	929,6	932,7	948,1	954,3	951,0	...
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	169,5	171,2	168,2	169,0	171,5	173,1	171,2	171,3	...
Arbeitslosigkeit										
* Arbeitslose	1 000	299,6	254,3	221,4	220,1	229,8	237,5	231,5	234,3	248,9
* darunter Frauen	1 000	138,8	122,3	112,8	111,3	111,4	120,2	115,4	115,3	116,9
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8, 9}	%	4,5	3,8	3,3	3,3	3,4	3,5	3,4	3,4	3,6
* Frauen	%	4,4	3,9	3,6	3,5	3,5	3,7	3,6	3,6	3,6
* Männer	%	4,5	3,7	3,0	3,0	3,3	3,3	3,2	3,3	3,7
* Ausländer	%	10,0	8,7	7,9	7,9	8,2	8,0	8,0	8,2	8,6
* Jugendliche	%	3,7	3,0	2,4	2,3	2,4	3,2	2,7	2,6	2,8
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	89,5	22,3	10,7	9,9	23,4
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	50,6	67,5	71,9	72,0	68,7	71,3	67,8	64,5	60,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
 2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
 5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
 7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
 8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
 9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
 10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
 11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Monatsdurchschnitt	Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.	
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Rinder	1 000	78,8	74,7	74,7	73,3	83,5	76,7	75,5	87,3	81,3
darunter Kälber ²	1 000	2,2	2,1	1,8	2,1	1,9	1,4	1,6	1,8	1,7
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5
Schweine	1 000	470,5	461,4	468,0	475,1	478,3	428,2	425,4	476,8	445,4
darunter Hausschlachtungen	1 000	5,7	5,2	3,3	5,1	7,4	1,9	1,9	3,4	5,6
Schafe	1 000	10,3	10,6	8,5	10,3	19,0	8,1	8,4	21,4	8,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	339,8	339,0	334,3	335,0	338,1	336,7	337,6	337,6	342,3
darunter Kälber ²	kg	105,8	103,5	103,1	103,7	108,1	105,2	107,2	106,2	110,3
Jungrinder ³	kg	186,4	183,1	180,3	182,2	181,5	188,0	185,9	187,8	185,8
Schweine	kg	94,7	94,9	94,3	95,2	95,8	94,4	94,7	96,1	97,0
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	71,6	69,4	69,3	70,0	74,5	66,4	65,9	75,7	71,2
darunter Rinder	1 000 t	26,8	25,3	25,0	24,5	28,2	25,8	25,5	29,5	27,8
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	44,6	43,8	44,1	45,2	45,8	40,4	40,3	45,8	43,2
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,4	0,2
* darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ...	1 000 t	70,6	68,5	68,8	69,1	73,2	66,0	65,5	75,0	70,3
* darunter Rinder	1 000 t	26,4	25,0	24,7	24,1	27,7	25,6	25,3	29,1	27,4
* darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
* Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	44,2	43,3	43,8	44,7	45,1	40,2	40,1	45,5	42,4
Geflügel										
* Konsumeier ⁶	1 000	70 293	81 101	86 741	87 381	89 483	86 912r	80 502	91 649	...
* Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	11,5	12,6	12,7	13,6	13,5	13,3	13,2	14,3	13,4
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung ⁸	1 000 t	648,1	660,9	644,2	645,5	611,9
darunter Milchlieferung an Molkereien ^{8, 9}	%	93,9	93,8	93,8	93,7	93,6
Milchleistung je Kuh und Tag ⁹	kg	17,7	17,5	15,5	16,1	14,8
Trinkmilcherzeugung der Molkereien ¹⁰	1 000 t	68,9	69,5	68,1	66,9	67,7	64,7	61,4	71,2	69,0
Buttererzeugung der Molkereien ¹⁰	1 000 t	5,4	5,6	5,0	5,3	5,5	6,0	5,1	6,5	6,6
Käseerzeugung der Molkereien ^{10, 11}	1 000 t	43,7	44,4	43,5	43,3	44,0	46,7	42,4	43,5	42,5
Quarkerzeugung der Molkereien ^{10, 12}	1 000 t	24,1	25,4	26,6	25,2	25,9	26,4	24,6	28,4	25,5
Getreideanlieferungen ^{10, 13}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	9,3r	8,2	12,1r	6,2r	5,5
Weizen	1 000 t	153,4	132,1	175,2r	79,8r	93,0r
Gerste	1 000 t	42,6	46,4	55,9r	14,9	22,7r
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,6	1,7	3,0	1,1	1,0
Vermahlung von Getreide ^{10, 13}										
Getreide insgesamt	1 000 t	97,4	98,5	100,8r	102,8	106,2
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,9	12,1	12,4	12,3	11,9
Weizen und -gemenge	1 000 t	85,5	86,5	88,3r	90,5	94,2
Vorräte bei den Erzeugern ^{14, 15}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	16,4	10,5
Weizen	1 000 t	279,2	196,8
Gerste	1 000 t	280,8	208,5
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	29,6	19,9
Kartoffeln	1 000 t
Vorräte in zweiter Hand ^{10, 13}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	35,4	37,1	52,4r	48,1r	45,1r
Weizen	1 000 t	452,4	518,1	681,9r	623,5r	597,4r
Gerste	1 000 t	346,9	359,9	454,5r	417,7r	381,4r
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	9,3	7,8	10,7r	9,4r	8,5r
Mais	1 000 t	91,3	115,8	17,2	205,0r	219,9r
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	2 006	1 704	1645r	2 294	1 809	1 791	1 598
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	111	87	75r	181	110	97	82
11 bis 13	1 000 hl	1 865	1 580	1529r	2 096	1 679	1 663	1 481
14 oder darüber	1 000 hl	30	37	41	17	20	31	35
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	353r	266r	265	443	327	305	274
dav. in EU-Länder	1 000 hl	243	175	176	308	232	204	174
in Drittländer	1 000 hl	110r	90r	89r	135	94	101	99

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

8 Die Daten werden ab 2010 von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Verfügung gestellt.

9 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

10 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

11 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

12 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

13 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

14 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

15 Bei Monatsdurchschnitt für 2003, 2004, 2005 jeweils der Wert vom Monat Juni.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Monatsdurchschnitt		Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbebeanmeldungen ²	1 000	12,5 r	12,0	12,5	12,3	11,8	10,1	10,5	11,8	10,4
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,8 r	9,7	8,9	8,8	9,5	8,7	8,2	9,8	9,5
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 766	3 777	3 783	3 778	3 776	3 856	3 853	3 851	3 847
* Beschäftigte	1 000	1 056	1 067	1 077	1 075	1 077	1 095	1 101	1 100	1 098
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	362	366	369	369	369	374	375	375	374
Investitionsgüterproduzenten	1 000	499	503	508	508	509	520	523	523	522
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	38	38	39	39	39	39	40	40	40
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	156	157	159	158	158	160	162	161	161
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	137 143	128 694	143 377	139 647	147 428	132 063	135 840	148 894	146 802
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 066	3 807	3 785	3 813	5 195	4 037	3 959	4 046	5 362
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 391	25 463	29 187	26 465	28 338	25 882	27 474	28 141	28 895
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	7 080	7 042	7 574	6 929	7 173	6 849	6 865	7 303	7 035
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	14 779	13 776	16 659	14 791	16 372	14 179	15 755	15 655	16 967
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	2 962	3 077	3 236	3 029	3 024	3 207	3 093	3 243	3 178
Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	13 974	13 422	15 423	13 693	14 757	13 771	14 730	14 914	15 175
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2005 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	113,9	110,8	125,3	117,1	121,3	108,5	116,0	121,9	121,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	120,2	139,2	134,2	135,0	131,7	117,8	115,5	130,3	118,6
Verarbeitendes Gewerbe	%	113,9	110,7	125,2	117,1	121,3	108,5	116,0	121,9	121,4
Vorleistungsgüterproduzenten	%	127,7	127,0	138,2	128,0	130,1	120,4	123,7	132,1	126,4
Investitionsgüterproduzenten	%	116,2	110,4	129,0	121,2	128,1	111,6	122,4	127,6	131,7
Gebrauchsgüterproduzenten	%	117,1	97,4	144,3	124,1	132,0	94,1	117,2	118,7	120,8
Verbrauchsgüterproduzenten	%	88,5	88,9	95,9	89,7	92,6	91,3	90,1	95,3	90,9
Energie	%	90,9	96,7	98,4	98,6	94,1	78,7	95,4	97,9	95,8
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2005 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	123,3	114,9	127,9	118,4	116,9	113,3	121,4	124,6	126,9
Inland	%	118,9	116,5	121,1	116,3	117,3	109,0	107,7	115,7	121,7
Ausland	%	126,4	113,7	132,8	119,9	116,6	116,4	131,3	131,0	130,6
Vorleistungsgüterproduzenten	%	132,6	123,0	131,7	115,9	120,4	119,9	112,2	125,4	127,3
Investitionsgüterproduzenten	%	120,1	111,0	126,7	120,3	115,7	110,1	126,1	125,0	127,9
Gebrauchsgüterproduzenten	%	115,1	109,9	138,0	125,2	128,9	102,1	116,1	125,0	119,2
Verbrauchsgüterproduzenten	%	110,2	128,0	108,8	95,7	100,9	129,6	108,6	108,2	104,9

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2011			2012																							
		Monatsdurchschnitt		Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.																				
Baugewerbe ¹																														
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²																														
* Beschäftigte im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	125 927	128 467	134 155	132 097	132 261	134 829	135 681	134 724	133 782																				
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	11 890	12 887	15 533	14 439	15 246	13 555	14 597	15 939	14 636																				
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 220	5 737	6 871	6 408	6 759	5 949	6 506	7 137	6 692																				
* gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 283	3 591	4 198	3 942	4 246	3 812	3 912	4 305	3 979																				
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 387	3 558	4 464	4 089	4 241	3 794	4 179	4 497	3 965																				
* Entgelte	Mill. €	285,1	299,2	318,6	309,2	372,8	336,8	316,3	340,6	388,9																				
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 288,8	1 446,4	1 688,3	1 704,1	1 866,4	1 696,5	1 653,9	1 898,3	1 919,8																				
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	471,8	560,9	643,7	642,9	701,8	631,7	617,9	725,1	754,0																				
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	435,9	486,4	537,5	545,4	625,1	577,8	549,6	617,0	628,9																				
* öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	381,1	399,0	507,0	515,8	539,5	487,1	486,4	556,3	537,0																				
Messzahlen (2005 = 100)																														
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	106,2	116,9	116,4	107,4	101,1	128,7	116,7	147,8	97,3																				
* davon Wohnungsbau	%	97,9	111,0	106,6	104,2	106,5	125,1	119,7	134,8	104,6																				
* gewerblicher und industrieller Bau	%	115,1	130,1	114,5	137,2	120,4	155,5	129,5	143,6	120,5																				
* öffentlicher und Verkehrsbau	%	103,0	108,0	125,0	80,1	78,2	104,7	102,0	160,9	69,3																				
* darunter Straßenbau	%	108,6	110,9	163,2	82,0	82,9	131,6	119,2	103,4	83,4																				
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5, 6}																														
* Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	47 843	48 891	.	49 862	.	.	.	51 195	.																				
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 830	5 040	.	15 579	.	.	.	15 880	.																				
* Entgelte	Mill. €	111,9	117,3	.	353,5	.	.	.	370,4	.																				
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	492,3	515,8	.	1 626,5	.	.	.	1 591,9	.																				
Energieversorgung																														
* Betriebe	Anzahl	257	258	258	258	258	253	253	253	253																				
* Beschäftigte	Anzahl	29 688	30 060	30 328	30 134	30 300	29 709	30 066	29 991	30 064																				
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 678	3 675	3 682	3 661	3 904	3 541	3 355	3 866	3 787																				
* Bruttohohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	117	122	107	112	189	114	112	114	196																				
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	6 394,8	5 908,6	5 748,6	5 569,1	6 375,7	5 704,2	6 047,7	6 462,9	.																				
* Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	6 090,6	5 601,2	5 458,2	5 291,5	6 051,0	5 405,2	5 729,7	6 139,1	.																				
* dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	569,3	509,2	319,3	509,8	656,7	208,3	278,9	450,3	.																				
* Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	1 075,2	999,4	581,5	976,5	1 327,2	448,8	565,8	924,1	.																				
Handwerk (Messzahlen) ⁹																														
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 = 100)	%	.	.	101,5	.	.	.	101,5	.	.																				
* Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 = 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%	.	.	115,3	.	.	.	110,6	.	.																				
Bautätigkeit und Wohnungswesen																														
Baugenehmigungen																														
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 748	2 013	1 851	1 832	1 901	2 025	1 946	1 930	1 795																				
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 586	1 807	1 640	1 615	1 702	1 806	1 720	1 681	1 548																				
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 109	2 523	2 443	2 347	2 402	2 606	2 484	2 619	2 450																				
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	568	718	722	672	727	750	704	771	717																				
* Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	359	433	424	408	413	442	426	461	440																				
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	811	815	834	930	842	744	692	743	625																				
* Umbauter Raum	1 000 m ³	4 118	4 460	4 792	4 100	4 979	4 015	3 776	4 682	3 774																				
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	460	599	624	556	659	580	508	716	627																				
* Nutzfläche	1 000 m ²	591	658	700	618	694	593	559	667	561																				
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 536	4 381	4 367	4 349	4 307	4 469	4 254	5 030	4 598																				
* Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	16 564	19 585	18 877	19 063	18 618	19 883	18 623	20 052	18 807																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>2010</th> <th>2011 ¹⁴</th> <th colspan="3">2011 ¹⁴</th> <th colspan="4">2012 ¹⁴</th> </tr> <tr> <th></th> <th>Monatsdurchschnitt</th> <th></th> <th>August</th> <th>Sept.</th> <th>Oktober</th> <th>Juli</th> <th>August</th> <th>Sept.</th> <th>Oktober</th> </tr> </thead> </table>												2010	2011 ¹⁴	2011 ¹⁴			2012 ¹⁴					Monatsdurchschnitt		August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober
	2010	2011 ¹⁴	2011 ¹⁴			2012 ¹⁴																								
	Monatsdurchschnitt		August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober																					
Handel und Gastgewerbe																														
Außenhandel																														
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	10 965,9	12 168,8	11 549,2	12 380,9	13 339,6	12 031,8	11 840,8	12 167,1	13 308,5																				
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	566,0	615,4	571,4	613,8	559,9	570,8	620,7	613,1	673,9																				
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	9 533,2	10 833,0	9 923,6	10 624,7	11 641,6	10 402,0	10 250,0	10 541,9	11 507,1																				
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 219,2	1 565,4	1 062,9	1 172,2	2 235,6	1 015,9	1 583,5	1 447,8	1 469,2																				
* Halbwaren	Mill. €	444,2	529,7	487,7	399,7	562,8	607,4	462,1	467,4	545,0																				
* Fertigwaren	Mill. €	7 869,1	8 737,9	8 373,1	9 052,8	8 843,2	8 778,7	8 204,4	8 626,7	9 492,9																				
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	844,2	964,2	937,8	1 029,5	903,4	981,5	808,9	856,4	1 096,5																				
* Enderzeugnisse	Mill. €	7 025,0	7 773,7	7 435,3	8 023,2	7 939,8	7 797,2	7 395,5	7 770,3	8 396,4																				

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011 ¹	2011 ¹			2012 ¹			
		Monatsdurchschnitt	August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober	
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa	Mill. €	7 677,5	8 535,2	7 585,7	8 572,0	8 547,8	8 477,9	7 415,5	8 290,7	9 017,0
* dar. aus EU-Ländern ³ insgesamt	Mill. €	6 229,7	6 812,8	6 493,0	7 399,1	7 161,8	7 153,8	6 264,6	6 935,4	7 546,4
dar. aus Belgien	Mill. €	272,8	309,2	317,2	331,6	347,4	326,8	268,8	300,9	373,0
Bulgarien	Mill. €	25,9	28,3	26,2	31,4	29,1	33,8	34,0	31,5	34,8
Dänemark	Mill. €	60,6	61,3	56,1	61,3	60,8	64,1	68,3	64,9	66,5
Finnland	Mill. €	37,2	41,0	44,3	39,7	47,5	44,1	41,4	39,2	43,7
Frankreich	Mill. €	514,7	558,4	528,9	589,0	559,8	561,1	488,7	527,7	604,2
Griechenland	Mill. €	32,8	31,1	22,8	27,7	56,7	25,4	23,1	29,8	29,7
Irland	Mill. €	174,8	174,9	188,9	226,0	175,8	172,4	158,9	175,9	168,1
Italien	Mill. €	783,7	864,5	785,2	895,1	897,8	906,7	761,0	863,8	968,4
Luxemburg	Mill. €	19,1	19,6	19,8	20,7	19,1	21,2	18,0	19,1	23,8
Niederlande	Mill. €	536,6	589,9	582,0	627,1	601,6	607,6	556,5	650,9	697,3
Österreich	Mill. €	1 171,9	1 256,1	1 182,3	1 385,9	1 290,4	1 300,9	1 170,9	1 239,4	1 375,7
Polen	Mill. €	280,1	335,6	314,2	359,7	360,6	359,6	353,2	376,3	414,3
Portugal	Mill. €	42,9	47,5	45,1	50,5	49,1	61,7	53,2	50,6	61,3
Rumänien	Mill. €	155,8	176,4	183,1	188,8	169,1	183,7	162,8	167,6	186,5
Schweden	Mill. €	106,0	97,1	93,6	101,7	98,7	120,9	92,1	165,0	116,7
Slowakei	Mill. €	203,5	240,0	211,2	263,0	272,8	270,3	228,8	237,6	256,3
Slowenien	Mill. €	70,3	74,8	66,5	86,0	88,1	87,5	70,2	87,7	86,5
Spanien	Mill. €	200,6	214,2	176,0	198,7	203,6	227,0	186,0	210,0	211,2
Tschechische Republik	Mill. €	762,8	793,9	806,9	912,5	917,2	791,1	754,8	836,6	949,0
Ungarn	Mill. €	405,4	456,1	398,7	516,4	459,1	494,2	404,9	465,6	461,8
Vereinigtes Königreich	Mill. €	334,5	404,7	405,1	439,0	414,7	455,8	332,7	361,5	383,4
Russische Föderation	Mill. €	582,8	698,7	447,8	469,1	705,3	622,2	493,2	696,0	681,3
* Afrika	Mill. €	324,0	413,5	319,9	293,7	442,6	289,4	682,4	463,3	434,4
dar. aus Südafrika	Mill. €	47,2	46,4	47,4	29,8	44,9	46,3	62,7	35,3	49,6
* Amerika	Mill. €	881,9	998,6	1 061,9	1 051,0	1 018,5	934,3	967,4	988,6	1 174,5
darunter aus den USA	Mill. €	726,1	811,9	841,4	856,0	807,1	747,9	819,1	842,8	1 041,3
* Asien ⁴	Mill. €	2 064,4	2 203,9	2 551,9	2 442,3	3 316,3	2 316,8	2 759,6	2 398,9	2 667,5
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	1 068,2	1 141,0	1 228,5	1 210,4	1 246,0	1 079,7	1 269,5	1 051,8	1 147,8
Japan	Mill. €	282,1	304,5	299,9	304,4	349,5	290,5	264,1	300,1	283,5
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	18,2	17,7	29,9	21,9	14,4	13,4	15,8	25,6	15,1
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	12 095,4	13 316,4	12 828,2	14 402,8	13 691,0	14 510,7	13 580,3	13 931,3	15 141,4
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	574,4	645,4	652,6	636,7	631,5	691,0	682,0	689,6	719,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 092,4	12 368,9	11 660,6	13 171,2	12 508,9	13 253,4	12 365,4	12 669,1	13 810,1
* davon Rohstoffe	Mill. €	72,8	82,0	76,6	83,0	77,8	78,1	63,8	73,9	80,7
* Halbwaren	Mill. €	511,9	580,8	582,5	571,6	540,3	547,2	553,9	579,4	622,0
* Fertigwaren	Mill. €	10 507,6	11 706,0	11 001,5	12 516,6	11 890,8	12 628,0	11 747,7	12 015,8	13 107,4
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	938,5	1 039,7	1 020,8	1 043,1	994,1	1 004,5	1 025,1	968,5	1 049,9
* Enderzeugnisse	Mill. €	9 569,2	10 666,3	9 980,6	11 473,5	10 896,7	11 623,5	10 722,6	11 047,4	12 057,5
darunter ² nach										
* Europa	Mill. €	7 981,2	8 625,4	8 149,7	9 402,2	8 908,9	8 714,7	8 030,7	8 707,9	9 562,2
* dar. in EU-Länder ³ insgesamt	Mill. €	6 896,4	7 306,5	6 826,3	8 073,0	7 565,4	7 238,3	6 679,9	7 395,7	8 084,9
dar. nach Belgien	Mill. €	384,5	438,1	405,7	489,6	453,4	506,8	551,0	522,4	669,4
Bulgarien	Mill. €	22,7	25,9	24,5	30,4	26,8	28,6	28,8	26,0	32,7
Dänemark	Mill. €	98,7	102,1	98,0	111,5	110,8	115,4	115,1	123,5	132,1
Finnland	Mill. €	89,0	93,6	99,1	99,0	105,4	84,6	98,9	102,1	111,8
Frankreich	Mill. €	888,7	950,5	798,5	1 022,5	988,4	1 015,3	787,3	968,8	1 019,2
Griechenland	Mill. €	58,7	49,3	44,3	49,2	55,2	47,0	41,2	42,1	45,5
Irland	Mill. €	47,4	49,4	33,7	49,8	43,8	47,4	43,8	47,2	49,3
Italien	Mill. €	932,5	962,5	789,9	1 103,9	983,4	886,3	691,7	876,9	938,7
Luxemburg	Mill. €	40,8	42,9	41,2	47,3	43,3	39,7	32,2	33,6	41,7
Niederlande	Mill. €	485,6	494,7	524,3	510,9	486,7	445,5	444,8	454,1	485,4
Österreich	Mill. €	1 065,2	1 148,9	1 168,1	1 275,5	1 137,2	1 158,2	1 111,7	1 227,2	1 259,1
Polen	Mill. €	325,9	366,2	373,8	418,9	377,3	334,9	347,7	350,0	403,4
Portugal	Mill. €	101,5	84,3	73,8	83,6	81,5	84,1	75,5	67,1	95,2
Rumänien	Mill. €	103,6	120,8	126,8	134,3	127,6	120,5	129,6	140,2	152,4
Schweden	Mill. €	218,2	242,8	229,0	275,0	255,3	211,3	240,4	276,7	326,4
Slowakei	Mill. €	130,1	159,3	161,1	184,7	164,0	153,0	146,0	163,2	153,6
Slowenien	Mill. €	49,0	55,1	53,5	57,1	57,5	51,3	51,9	63,1	64,8
Spanien	Mill. €	421,8	425,7	346,4	456,2	450,8	356,7	288,2	342,2	408,1
Tschechische Republik	Mill. €	389,4	426,3	431,4	469,8	458,0	429,5	423,4	431,3	500,1
Ungarn	Mill. €	198,2	197,6	180,6	218,8	193,5	220,1	195,9	203,6	218,4
Vereinigtes Königreich	Mill. €	792,5	811,7	754,6	913,6	912,2	841,6	770,3	876,0	908,7
Russische Föderation	Mill. €	239,5	338,8	342,8	362,5	393,9	501,1	420,8	386,5	439,0
* Afrika	Mill. €	234,7	243,3	236,8	276,1	254,6	318,6	292,7	270,0	285,3
dar. nach Südafrika	Mill. €	93,6	112,1	129,4	137,5	120,2	145,5	148,1	132,6	141,3
* Amerika	Mill. €	1 539,7	1 735,7	1 682,3	1 801,9	1 832,6	2 342,7	2 287,2	2 161,2	2 393,9
darunter in die USA	Mill. €	1 143,2	1 282,1	1 221,3	1 363,6	1 395,5	1 734,6	1 726,4	1 639,0	1 834,4
* Asien ⁴	Mill. €	2 217,8	2 585,9	2 642,7	2 778,0	2 570,4	2 991,8	2 839,3	2 681,8	2 780,0
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	970,3	1 184,5	1 209,8	1 243,6	1 192,1	1 322,9	1 231,1	1 133,1	1 151,7
nach Japan	Mill. €	227,3	256,6	263,2	315,5	314,9	371,6	287,9	327,3	346,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	121,9	126,1	116,6	144,5	124,5	142,9	130,4	110,4	120,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
 3 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte. Ab 1.1.2007 einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27);

die Angaben aus 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.
 4 Ohne Zypern (vgl. FN 3).
 5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandlungsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2010 ¹	2011 ¹	2011 ¹			2012 ¹			
		Monatsdurchschnitt	Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.	
Großhandel (2005 = 100)^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	109,6	118,3	128,1	122,8	129,8	117,4	119,1	128,0	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	98,8	102,6	111,5	106,6	113,9	98,3	101,2	107,9	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	96,4	99,3	101,2	101,4	101,4	100,3	100,8	101,2	.
Einzelhandel (2005 = 100)^{2,5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	99,2	103,1	103,0	109,2	108,6	101,5	102,8	113,8	111,3
* Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	99,4	102,0	100,3	105,3	104,0	101,9	99,7	109,4	108,0
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	92,8	95,5	94,9	95,3	94,1	100,0	93,0	100,0	97,6
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	126,0	130,3	127,5	134,8	134,8	131,4	122,3	143,3	136,9
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	118,1	123,3	125,0	134,6	127,7	121,1	127,1	140,0	129,6
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	56,8	62,2	65,2	70,6	76,4	58,3	66,7	80,9	82,8
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	95,8	98,1	97,5	103,2	102,8	94,7	95,2	104,7	102,7
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	95,9	97,6	98,9	98,7	99,6	98,7	99,5	99,6	100,7
Kfz-Handel und Tankstellen (2005 = 100)⁷										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal	%	94,8	103,3	103,3	108,4	108,4	98,3	95,2	113,3	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real ⁴	%	89,9	96,2	95,5	99,9	100,3	89,9	86,8	103,5	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	96,6	99,5	102,1	101,9	101,7	100,7	101,6	103,1	.
Gastgewerbe (2005 = 100)²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	99,5	104,5	125,7	117,8	96,8	122,3	132,6	123,4	101,4
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	110,3	115,5	147,1	137,9	106,0	144,6	163,2	148,5	113,7
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	185,4	181,4	235,1	199,3	145,9	265,5	252,3	211,7	201,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	91,8	96,3	109,3	102,8	90,5	106,1	111,0	104,6	93,1
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	90,4	95,0	110,9	102,4	87,9	106,6	111,8	104,4	90,7
Kantinen und Caterer	%	103,6	110,5	116,8	120,8	117,0	102,5	122,5	130,7	119,8
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	90,6	93,8	111,7	104,5	86,3	107,7	115,2	107,7	88,8
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	102,8	103,9	109,7	106,8	103,0	111,0	112,0	109,0	104,6
Fremdenverkehr⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 356	2 486	3 189	2 833	2 000	3 376	3 267	2 896	2 059
* darunter Auslandsgäste	1 000	541	561	752	556	406	882	754	623	435
* Gästeübernachtungen	1 000	6 485	6 746	8 670	7 513	4 809	10 225	8 793	7 605	4 947
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 122	1 174	1 504	1 179	853	1 868	1 541	1 303	935
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	52 766	60 532	60 544	59 908	58 989	50 827	54 797	57 964	58 320
darunter Kraftfahrzeuge ¹⁰	Anzahl	2 752	2 873	2 198	1 199	755	3 381	2 019	1 286	733
Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	45 389	51 910	52 581	52 531	52 059	42 480	47 667	51 143	51 659
Lastkraftwagen	Anzahl	3 233	3 999	4 099	4 525	4 545	3 398	3 589	3 926	4 389
Zugmaschinen	Anzahl	1 114	1 450	1 350	1 365	1 284	1 300	1 165	1 347	1 188
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	196	204	209	214	208	180	253	181	248
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse)	1 000	101 783	105 172	294 126	.	.	.	292 364	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	90 223	91 334	258 385	.	.	.	257 955	.	.
private Unternehmen	1 000	11 560	13 838	35 741	.	.	.	34 410	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹¹	Anzahl	29 739	29 227	30 503	32 640	28 621	29 418	29 606	32 459	28 781
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 247	4 427	5 342	4 846	3 706	5 233	4 643	4 434	3 473
mit nur Sachschaden	Anzahl	25 491	24 800	25 161	27 794	24 915	24 185	24 963	28 025	25 308
* Getötete Personen ¹²	Anzahl	58	65	81	74	69	65	55	59	35
* Verletzte Personen	Anzahl	5 639	5 857	6 930	6 533	4 959	6 863	6 142	5 880	4 611
Luftverkehr										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft	1 000	1 438	1 569	1 848	1 688	1 519	1 671	1 846	1 721	...
Abgang	1 000	1 438	1 564	1 708	1 724	1 465	1 773	1 709	1 752	...
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft	1 000	167	164	197	168	163	163	186	154	...
Abgang	1 000	168	164	175	158	152	186	162	145	...
Eisenbahnverkehr¹³										
Güterempfang	1 000 t	2 318	2 578	2 712	2 569	2 635	2 619	2 391	2 810	...
Güterversand	1 000 t	2 046	2 043	2 189	2 021	2 072	1 924	2 018	2 226	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	448	452	581	561	429	551	480	525	...
davon auf dem Main	1 000 t	239	250	311	318	240	255	281	304	...
auf der Donau	1 000 t	209	201	270	242	190	295	200	221	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	300	270	352	339	257	470	347	340	...
davon auf dem Main	1 000 t	205	189	229	219	179	257	223	216	...
auf der Donau	1 000 t	95	80	123	119	78	214	124	124	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Ab Januar 2008 wurde erneut eine Neuzugangsstichprobe integriert. Die Messzahlen wurden verkettet, um das Niveau an die bisherige Messzahlenreihe anzupassen.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 In Preisen von 2005.

5 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

8 Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 einschl. Leichtkraftfahrzeuge, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

12 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

13 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Monatsdurchschn. ¹	Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen²⁻³										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	483 547	486 599	486 599	.	.	.	489 447	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	402 963	414 052	414 052	.	.	.	417 957	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	74 032	78 921	78 921	.	.	.	70 793	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	54 140	52 326	52 326	.	.	.	59 488	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	19 893	26 595	26 595	.	.	.	11 305	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	60 476	59 421	59 421	.	.	.	61 526	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	57 979	56 463	56 463	.	.	.	58 674	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 498	2 958	2 958	.	.	.	2 852	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	349 039	348 257	348 257	.	.	.	357 128	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	315 327	313 850	313 850	.	.	.	323 605	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 713	34 407	34 407	.	.	.	33 523	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	536 254	560 515	560 515	.	.	.	589 807	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	416 578	437 127	437 127	.	.	.	464 956	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	395 130	403 499	403 499	.	.	.	430 918	.	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	21 448	33 627	33 627	.	.	.	34 038	.	.
Spareinlagen	Mill. €	119 676	123 389	123 389	.	.	.	124 851	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	48 799	49 994	49 994	.	.	.	49 448	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	28 492	29 793	29 793	.	.	.	31 390	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 583	1 491	1 562	1 328	1 475	1 387	1 153	1 528	1 480
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	137	113	130	105	115	91	78	134	85
* davon Unternehmen	Anzahl	320	284	332	279	264	265	254	284	248
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	101	81	88	75	89	63	64	95	55
* Verbraucher	Anzahl	946	908	923	796	942	838	694	923	938
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	2	2	1	2	1	2	-	4	1
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	282	261	262	218	245	261	174	286	265
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	22	19	26	16	18	23	10	23	18
* sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	36	38	45	35	24	23	31	35	29
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	12	10	15	12	7	3	4	12	11
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	389 469	315 812	305 104	235 001	244 938	228 079	318 289	246 341	316 136
davon Unternehmen	1 000 €	251 491	196 827	192 033	135 841	145 424	125 709	227 587	127 315	195 655
Verbraucher	1 000 €	59 979	52 915	51 335	39 943	56 221	47 244	38 954	50 148	50 203
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	61 717	51 332	48 696	50 157	37 839	52 867	33 158	59 149	62 381
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	16 198	14 739	13 039	9 060	5 454	2 260	18 591	9 728	7 897
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	152,6	117,1	100,4	97,6	99,3	115,1	108,7	106,6	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	198,6	136,1	120,6	112,7	105,0	120,5	126,7	120,5	120,0
Bedarfgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹²										
Bedarfgemeinschaften	1 000	266,7	245,0	237,1	234,6	232,6	230,7	227,8
Leistungsempfänger	1 000	492,7	445,6	430,6	425,8	422,0	417,8	412,0
davon von Arbeitslosengeld II	1 000	351,9	317,7	306,0	302,1	299,5	296,7	292,0
Sozialgeld	1 000	140,8	127,9	124,6	123,6	122,5	121,1	119,9
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	3 650,3	4 054,7	5 005,2	2 357,7	2 521,9	3 521,1	5 361,6	2 755,8	2 459,0
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 522,5	2 701,1	2 453,3	2 388,6	2 458,8	2 863,9	2 624,4	2 611,0	2 606,6
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	543,6	557,2	1 770,9	- 118,7	- 135,9	- 47,7	1 999,3	- 132,5	- 96,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	248,7	341,8	144,3	116,8	84,1	210,9	174,2	240,8	40,9
Abgeltungsteuer	Mill. €	118,3	109,1	39,3	61,9	105,0	119,1	49,3	70,6	152,1
Körperschaftsteuer	Mill. €	217,2	345,5	597,4	- 90,9	9,9	374,9	514,4	- 34,1	- 243,7
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 618,0	1 676,3	1 669,5	1 835,0	1 886,8	1 729,9	1 774,3	1 695,5	1 851,1
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €
Bundessteuern [*]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	199,4	204,0	196,4	178,7	190,0	231,5	201,4	233,5	230,0
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	78,3	70,6	62,7	52,9	55,1	87,0	69,9	105,8	96,0
Grunderwerbsteuer	Mill. €	86,6	98,2	102,0	95,1	98,0	109,2	95,1	100,5	103,6
Biersteuer	Mill. €	12,7	12,7	14,9	13,9	12,2	14,4	15,5	12,6	12,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.
5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Monatsdurchschn.	Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.	
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1,2,3}	Mill. €	660,5	758,9	2 183,2	.	.	.	2 505,2	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	6,9	7,0	23,2	.	.	.	23,8	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	128,6	130,5	428,9	.	.	.	449,4	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	521,0	617,4	1 725,0	.	.	.	2 020,6	.	.
Steuereinnahmen des Bundes [★]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 390,0	1 576,2	2 005,6	815,6	890,6	1 335,1	2 150,7	993,2	820,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz [★]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6}	Mill. €	20,8	23,2	0,0	68,2	0,0	0,0	0,0	78,3	0,0
Steuereinnahmen des Landes [★]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 409,1	1 570,1	2 005,6	815,6	890,6	1 264,0	2 150,7	993,2	374,0
Anteil an den Steuern vom Umsatz [★]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6,7}	Mill. €	81,0	88,6	0,0	246,7	14,3	24,8	0,0	270,4	24,1
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2,3,4}	Mill. €	1 016,2	1 124,8	3 194,9	.	.	.	3 614,9	.	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4,8}	Mill. €	407,8	433,8	577,0	286,2	301,0	353,4	677,9	317,7	293,7
Anteil an den Steuern vom Umsatz [★]	Mill. €	45,2	48,1	139,6	.	.	.	145,4	.	.
Gewerbesteuer (netto) ^{1,9}	Mill. €	419,2	505,1	1 342,1	.	.	.	1 655,9	.	.
Verdienste										
		2010	2011	2010		2011		2012		
		Jahreswert		3. Vj.	4. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
* Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 718	3 852	3 338	3 356	3 439	3 475	3 517	3 535	...
männlich	€	3 965	4 118	3 547	3 566	3 654	3 693	3 764	3 764	...
weiblich	€	3 085	3 178	2 805	2 817	2 891	2 921	2 951	2 973	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	7 111	7 388	6 086	6 129	6 248	6 290	6 305	6 417	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	4 340	4 489	3 884	3 912	4 008	4 038	4 117	4 149	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	2 999	3 111	2 751	2 777	2 853	2 883	2 909	2 924	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	2 447	2 529	2 261	2 288	2 357	2 365	2 394	2 419	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	1 976	2 041	1 846	1 863	1 925	1 943	1 967	2 039	...
Produzierendes Gewerbe	€	3 304	3 958	3 366	3 396	3 502	3 524	3 604	3 622	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 089	3 343	2 968	3 017	3 101	3 101	3 189	3 181	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 366	4 090	3 443	3 470	3 581	3 604	3 710	3 721	...
Energieversorgung	€	4 104	4 816	4 114	4 164	4 208	4 201	4 194	4 227	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	2 776	3 089	2 799	2 801	2 901	2 930	3 050	3 032	...
Baugewerbe	€	2 786	3 027	2 819	2 876	2 936	2 939	3 009	3 039	...
Dienstleistungsbereich	€	3 180	3 771	3 317	3 326	3 390	3 437	3 452	3 470	...
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 131	3 727	3 215	3 229	3 304	3 347	3 434	3 417	...
Verkehr und Lagerei	€	2 688	3 076	2 764	2 761	2 870	2 871	2 790	2 817	...
Gastgewerbe	€	1 979	2 105	1 972	1 968	2 012	2 046	2 089	2 083	...
Information und Kommunikation	€	4 290	5 332	4 517	4 554	4 613	4 811	4 716	4 729	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 076	5 307	4 287	4 273	4 387	4 433	4 510	4 547	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 355	4 116	3 478	3 495	3 650	3 660	3 570	3 506	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	4 409	5 434	4 464	4 472	4 556	4 625	4 347	4 366	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 978	2 355	2 153	2 181	2 251	2 318	2 235	2 274	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	2 901	3 291	3 054	3 065	3 092	3 095	3 158	3 204	...
Erziehung und Unterricht	€	3 685	4 104	3 863	3 867	3 853	3 855	3 908	3 919	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 093	3 540	3 216	3 240	3 325	3 329	3 408	3 429	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	5 225	/	/	/	/	/	/	/	...
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	2 968	3 498	3 094	3 088	3 190	3 238	3 177	3 228	...
		2007	2008	2009	2010	2011	2011	2012		
		Durchschnitt ¹³					Dez.	Oktober	Nov.	Dez.
Preise										
* Verbraucherpreisindex (2005 = 100)										
Gesamtindex	%	104,2	107,0	107,6	108,8	111,3	112,7	114,3	114,2	115,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,7	113,0	112,1	114,1	117,4	118,6	120,9	122,4	123,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	105,3	107,9	111,2	112,9	114,7	116,0	119,2	119,3	119,2
Bekleidung und Schuhe	%	99,5	99,8	101,0	101,0	101,6	103,5	108,6	108,3	109,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,6	109,8	110,9	112,3	115,9	117,1	119,3	119,3	119,0
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	101,0	102,9	104,8	105,0	105,7	106,1	107,5	107,3	107,5
Gesundheitspflege	%	101,7	102,2	102,6	102,4	103,0	103,3	105,4	105,4	105,5
Verkehr	%	107,0	110,6	108,2	111,9	117,1	117,6	121,4	120,4	120,2
Nachrichtenübermittlung	%	94,9	91,8	89,8	88,0	85,6	84,9	84,0	83,8	83,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,0	99,6	100,7	100,0	100,8	104,5	102,5	102,1	107,8
Bildungswesen	%	120,7	128,0	129,3	131,2	133,0	133,8	136,0	136,1	136,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	105,8	108,7	111,6	113,2	113,7	118,7	116,3	115,2	121,5
Andere Waren und Dienstleistungen	%	103,6	105,6	107,6	108,7	110,5	110,9	111,2	110,8	110,9
Dienstleistungen (ohne Wohnungsnettomieten)	%	103,8	105,3	107,2	108,0	109,3	111,7	110,9	110,5	113,7
Wohnungsnettomieten	%	103,9	105,8	107,5	109,0	110,5	111,3	112,3	112,4	112,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.

2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

6 April, Juli, Oktober und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 Einschl. Erhöhungsbetrag.

8 Einschl. Zinsabschlag.

9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung;

Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;

Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;

Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;

Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

★ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2012			2013
		Durchschnitt ¹					2011	2012	2013	2013
							2011	2012	2013	2013
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2005 = 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	109,0	112,3	113,0	113,9	117,2	120,2	120,7	121,0	...
davon Rohbauarbeiten	%	110,6	114,5	114,5	115,2	119,0	122,4	122,8	123,0	...
Ausbauarbeiten	%	107,7	110,4	111,7	112,8	115,7	118,2	118,8	119,3	...
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	103,4	104,5	106,2	107,2	108,6	110,0	110,0	110,0	...
Bürogebäude	%	109,9	113,4	114,3	114,7	117,8	120,7	121,2	121,4	...
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	109,9	113,7	114,5	115,0	118,7	121,5	121,9	122,2	...
Straßenbau	%	112,9	118,9	121,7	123,0	126,1	130,3	130,4	131,2	...
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	233,16	250,77	227,80	207,51	223,46	223,58	197,54	198,47	...
Rohbauland	€	55,09	74,86	53,54	43,27	58,59	65,72	46,59	42,28	...
Sonstiges Bauland	€	65,69	66,42	59,06	46,37	39,78	50,18	68,83	42,60	...

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2011	2012		
		Durchschnitt ¹					2011	2012	2012	2012
							2011	2012	2012	2012
							Dez.	Oktober	Nov.	Dez.
* Verbraucherpreisindex (2005 = 100)										
Gesamtindex	%	103,9	106,6	107,0	108,2	110,7	111,9	113,3	113,2	114,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	105,9	112,3	110,9	112,5	115,7	116,8	119,1	120,7	121,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	106,4	108,4	111,3	113,0	114,6	115,8	118,4	118,5	118,5
Bekleidung und Schuhe	%	100,7	101,4	102,8	103,7	105,6	107,7	112,1	111,8	112,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	104,9	108,5	108,9	110,1	113,5	114,6	116,8	116,8	116,6
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	101,0	102,5	104,2	104,6	105,1	105,3	106,4	106,4	106,4
Gesundheitspflege	%	101,3	103,0	104,0	104,7	105,5	105,7	108,0	108,1	108,1
Verkehr	%	106,9	110,5	108,3	112,1	116,9	117,4	121,0	120,0	119,8
Nachrichtenübermittlung	%	94,9	91,8	89,8	88,0	85,6	84,9	84,0	83,8	83,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,8	99,8	101,4	101,3	102,3	106,0	103,8	103,4	109,1
Bildungswesen	%	126,9	137,9	132,3	131,8	128,8	116,0	110,5	110,5	110,6
Behalterungs- und Gaststättendienstleistungen	%	104,0	106,3	108,7	109,9	111,5	116,4	113,4	112,5	118,8
Andere Waren und Dienstleistungen	%	103,7	105,9	107,5	108,4	110,2	110,4	110,4	110,1	110,2
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2005 = 100)	%	105,1	109,9	100,5	108,3	117,0	117,7	118,7	118,7	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2005 = 100)	%	103,0	104,8	102,5	106,0	109,9	110,3	111,9	111,9	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2005 = 100) ...	%	106,8	112,7	108,0	109,7	115,9	116,6	118,8	118,7	118,4
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,9	110,8	105,0	109,1	114,9	114,1	115,8	115,7	115,6
Investitionsgüterproduzenten	%	100,7	101,6	102,4	102,5	103,7	104,1	105,0	105,1	105,1
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	103,0	106,9	105,6	106,2	109,9	111,3	113,5	113,8	113,9
Gebrauchsgüterproduzenten	%	102,3	105,0	106,4	106,7	108,5	109,2	110,5	110,5	110,5
Verbrauchsgüterproduzenten	%	103,1	107,2	105,5	106,1	110,1	111,6	114,0	114,3	114,4
Energie	%	113,7	128,4	117,7	119,3	132,0	133,8	137,8	137,3	136,2
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2005 = 100)	%	119,9	124,3	100,7	114,9	129,7	128,7	141,1	142,4p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	135,0	135,3	104,4	125,3	143,0	135,6	155,4	160,7	...
Tierische Erzeugung	%	110,6	117,6	98,4	108,5	121,5	124,4	132,3	131,2p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2005 = 100)	%	107,1	112,9	105,0	111,2	119,5	119,4	124,1	123,2	123,2
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	106,5	113,0	110,9	114,0	119,5	119,7	123,4	123,1	123,7
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	107,7	123,3	102,4	116,7	134,5	137,7	146,6	140,7	138,5
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2005 = 100)	%	103,2	105,6	105,5	106,7	108,6	109,4	111,5	111,6	111,8
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art										
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	104,8	108,9	108,8	110,1	112,4	113,4	115,9	116,8	117,5
Kraftfahrzeughandel	%	105,7	109,7	110,6	111,8	114,3	115,5	118,3	119,1	119,7
Kraftfahrzeughandel	%	105,5	106,4	106,8	107,0	108,1	108,6	109,1	109,1	108,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1999), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

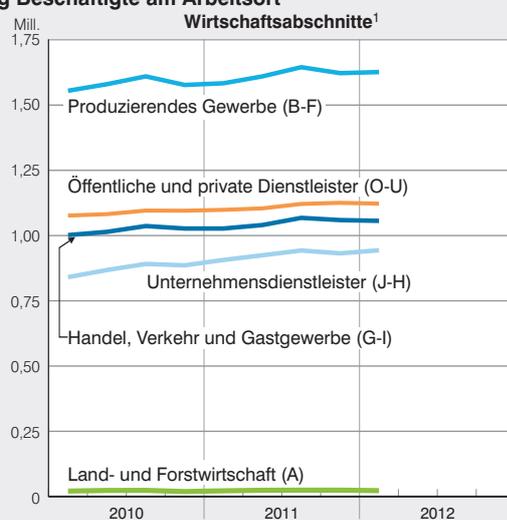
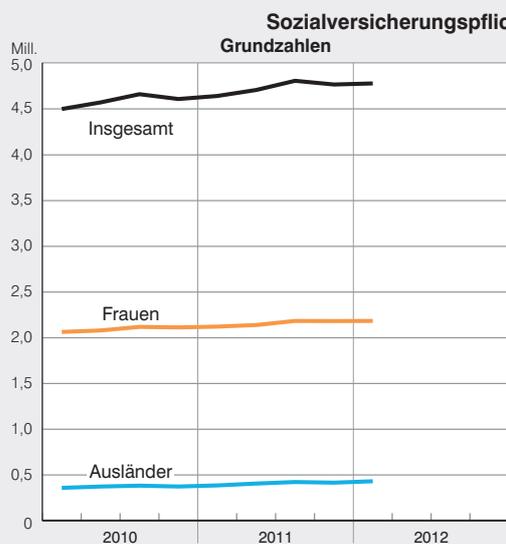
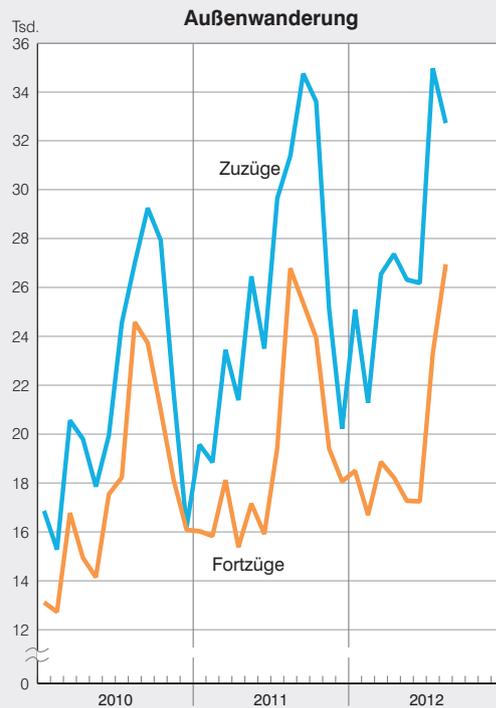
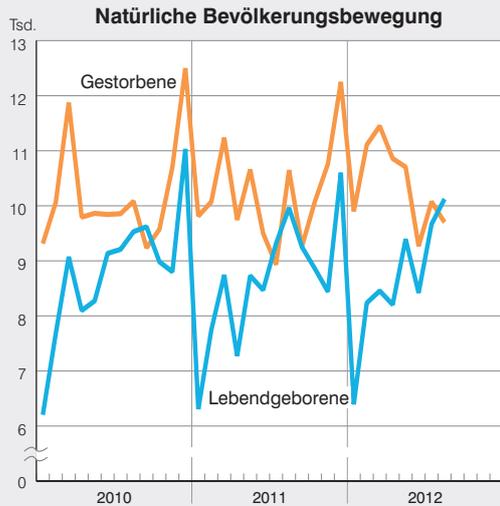
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

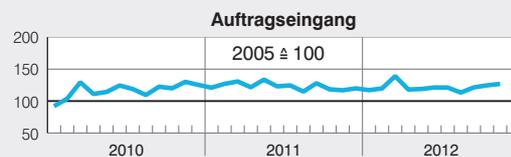
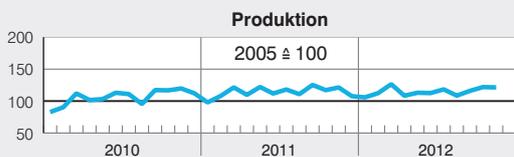
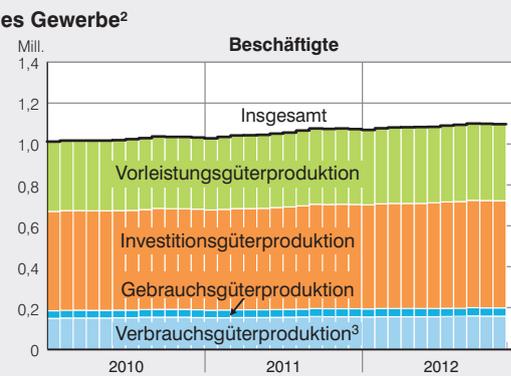
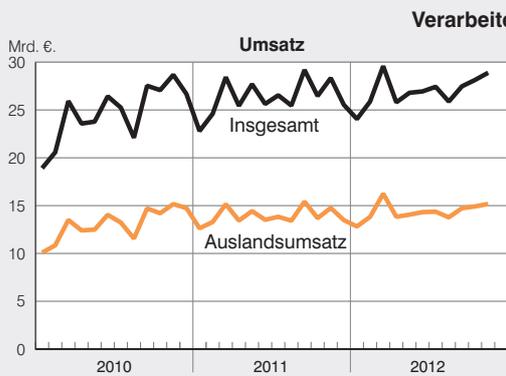
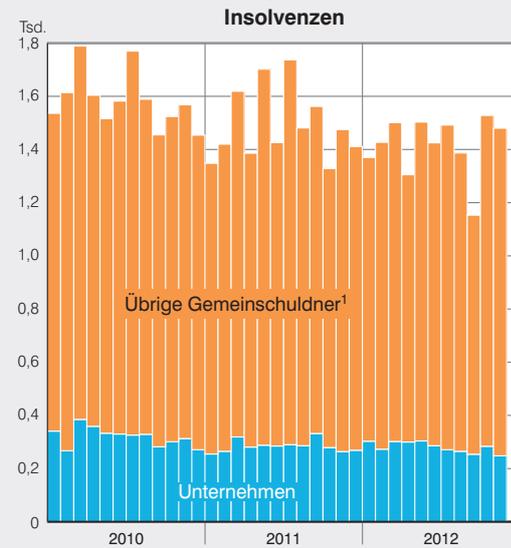
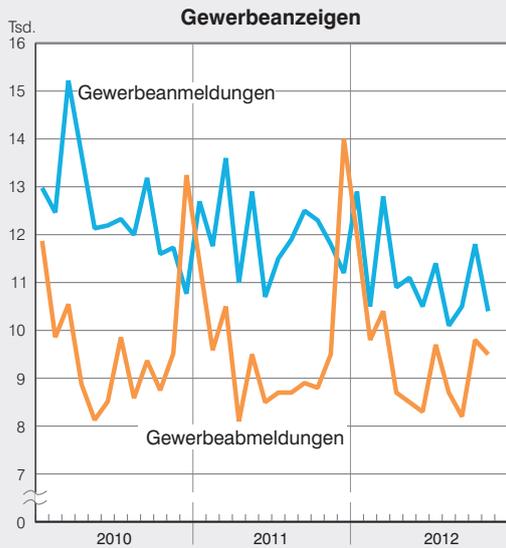
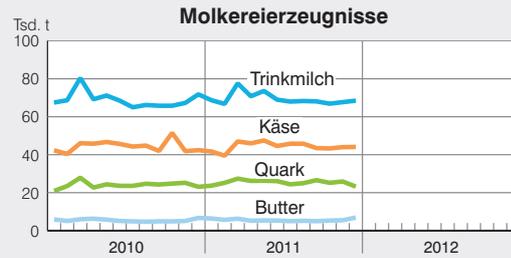
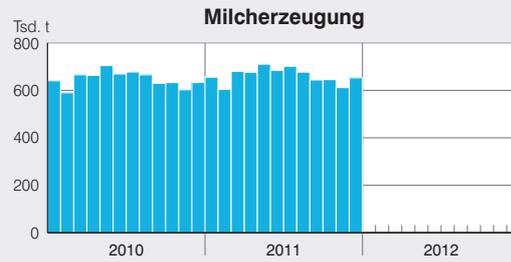
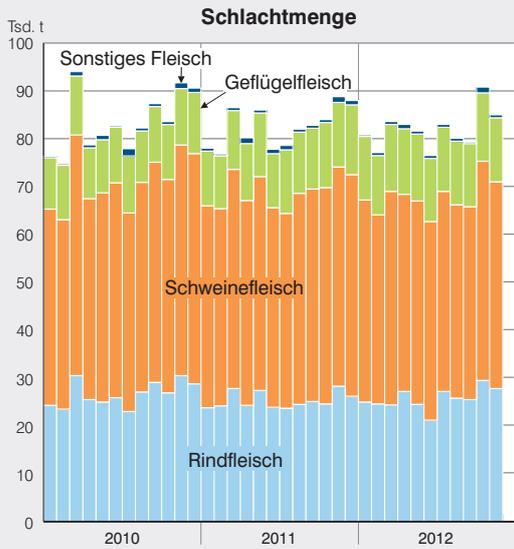
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

4 Ohne Mehrwertsteuer.

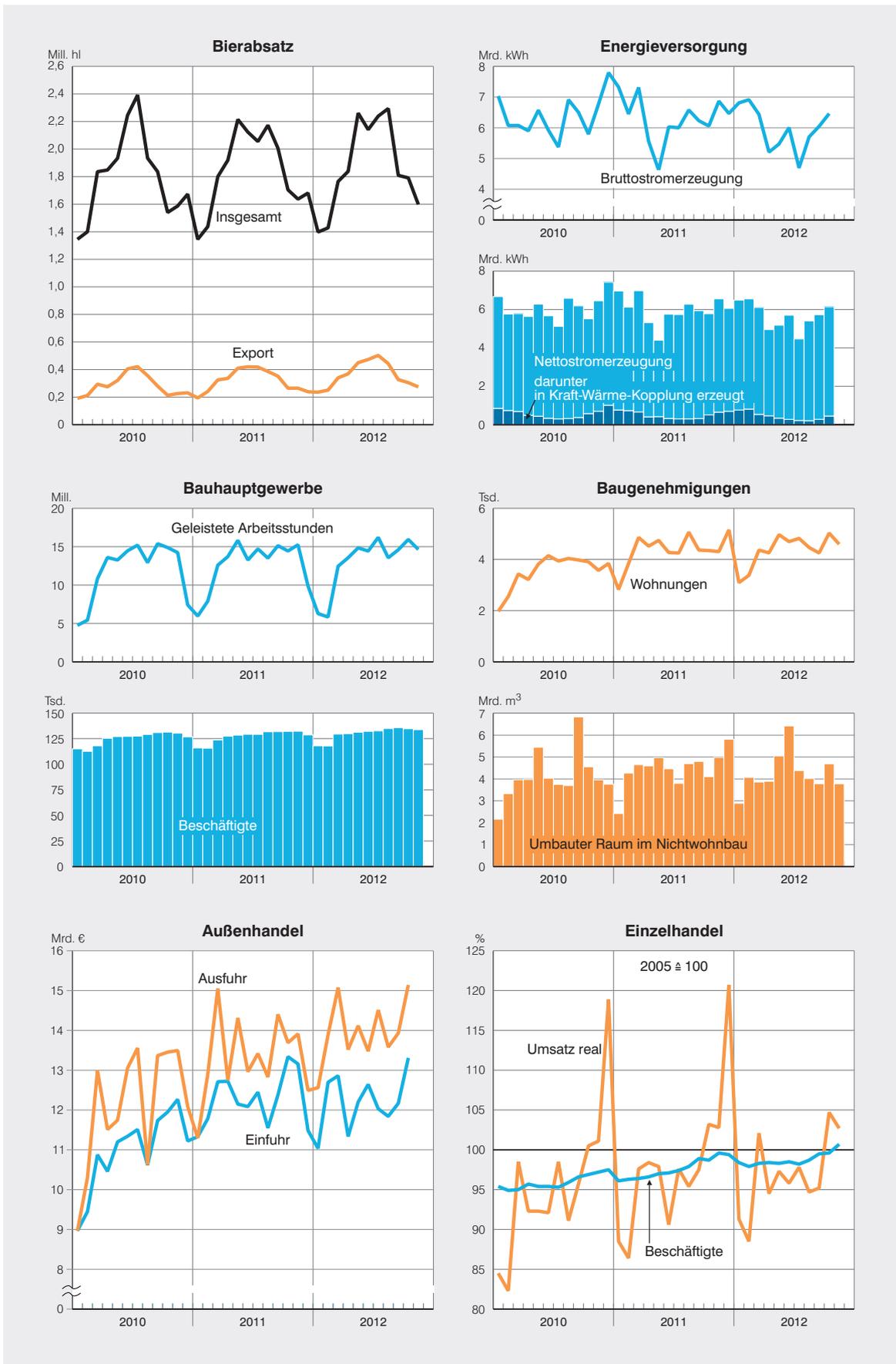
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

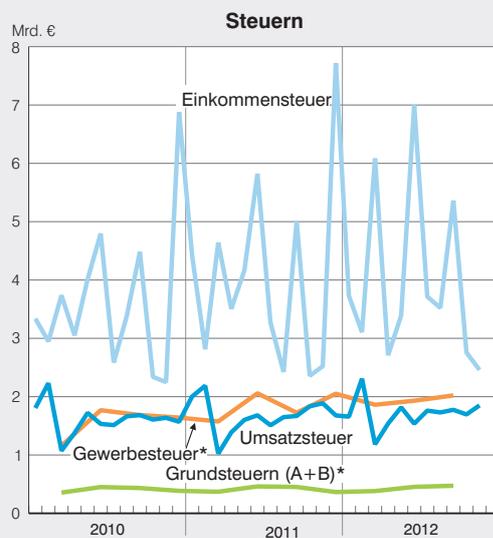
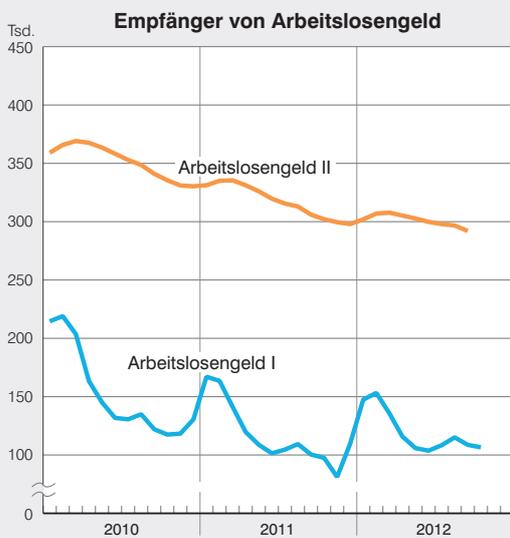
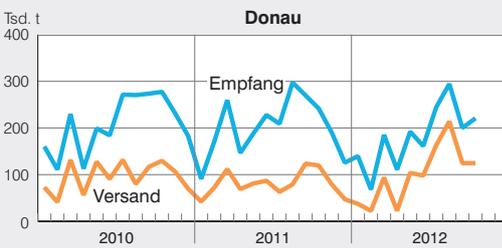
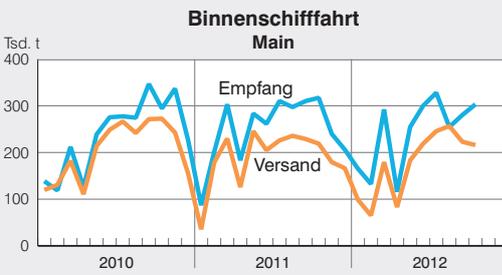
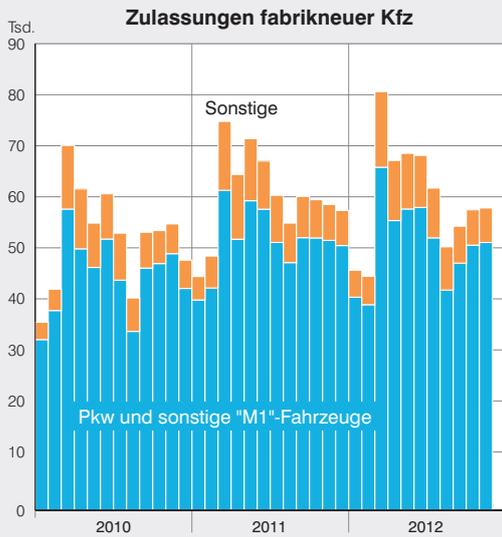
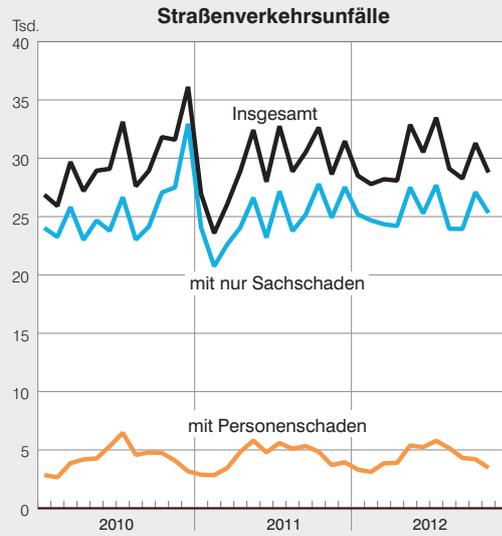
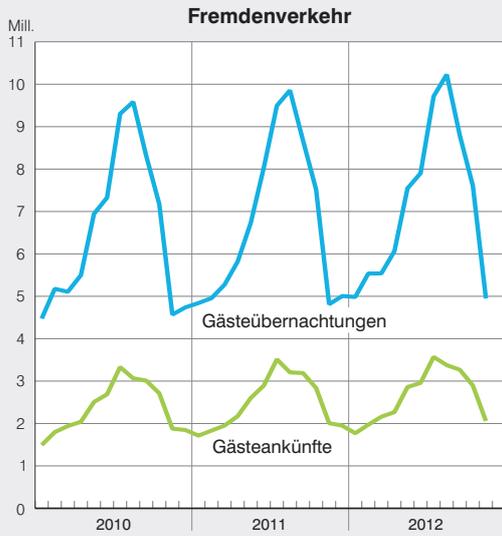


¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

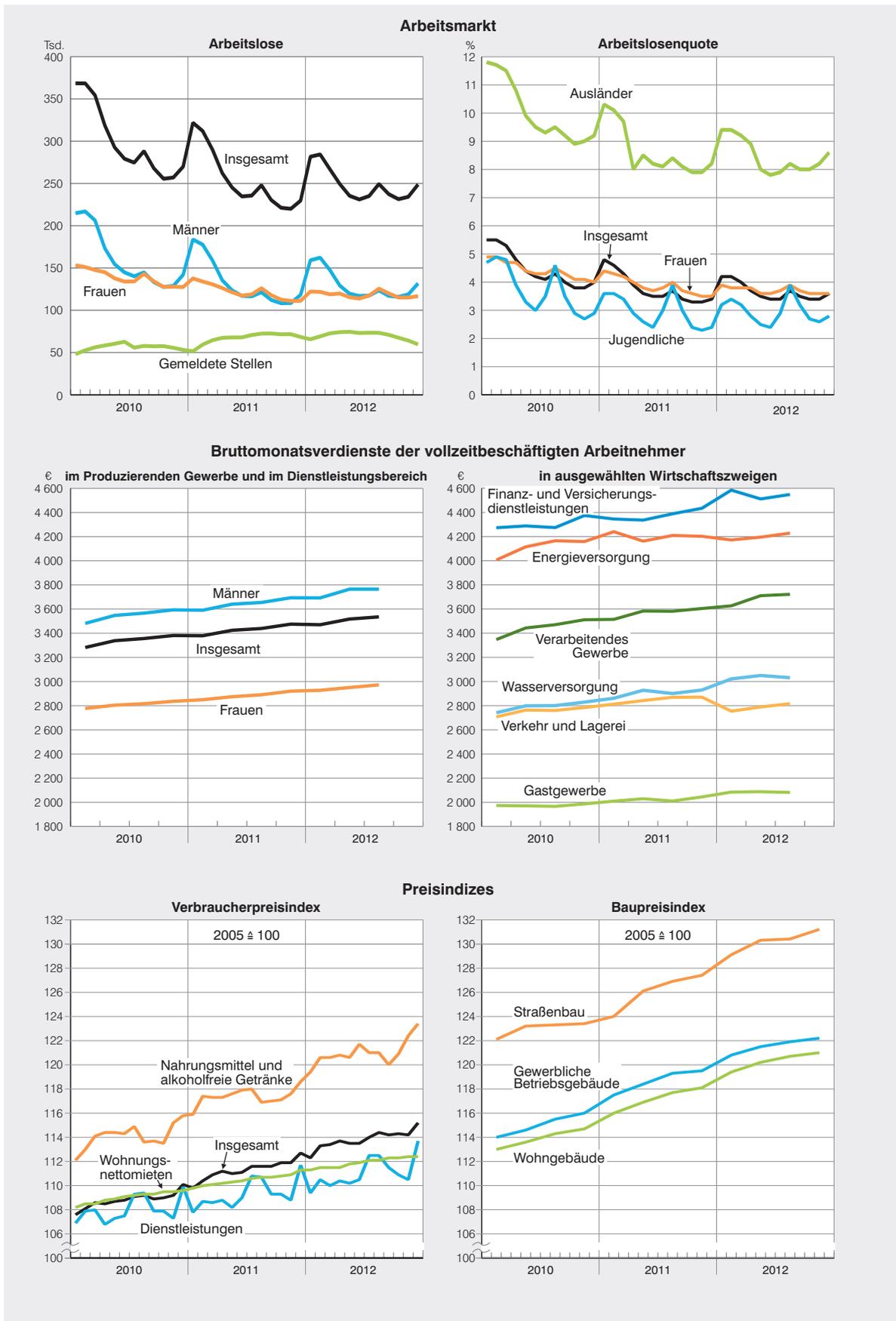


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
2 sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
3 Einschließlich Energie.





* Quartalswerte.



Dezember 2012

Statistische Berichte

Bevölkerungsstand

- Bevölkerungsstand Bayerns am 30. Juni 2012
Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung
Gebietsstand: 30. Juni 2012
(Kreisfreie Städte und Landkreise) 4,40 €
- Einwohnerzahlen der Gemeinden, Kreise und
Regierungsbezirke in Bayern am 30. Juni 2012
Hochschulen, Hochschulfinanzen 15,70 €
- Fächerspezifische Gliederung der Hochschulausgaben
und -einnahmen in Bayern – 2010 (Hochschulorte)
- Lehrerausbildung in Bayern im Studienjahr 2010/11
- Lehrerausbildung in Bayern: Teil 1: Vorbereitungsdienst
sowie Fach- und Förderlehrerausbildung 2011/12

Verarbeitendes Gewerbe

- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe
(sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
in Bayern im September 2012
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe
(sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
in Bayern im Oktober 2012
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe in Bayern im Oktober 2012

Baugewerbe insgesamt

- Baugewerbe in Bayern im Oktober 2012
(Kreisfreie Städte und Landkreise)

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im September 2012
(Kreisfreie Städte und Landkreise) 8,10 €

Außenhandel

- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im September 2012

Binnenhandel

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel
im September 2012

Tourismus und Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe
im September 2012

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausgewählte
Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats)
im September 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Schienennahverkehr und gewerblicher Straßenperso-
nenverkehr in Bayern 2011 (Regierungsbezirke)

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im September 2012 (Häfen)

Betreuung und Pflege

- Pflegeeinrichtungen und Pflegegeldempfänger in
Bayern 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Preise und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern – Monatliche
Indexwerte von Januar 2006 bis November 2012 6,70 €
- Verbraucherpreisindex für Deutschland
im November 2012 4,40 €

Querschnittsveröffentlichungen

- Bayern Daten 2012 0,55 €
- Statistisches Jahrbuch für Bayern 2012, Buch
(Kreisfreie Städte und Landkreise) 39,00 €
- Statistisches Jahrbuch für Bayern 2012, CD-ROM
(Kreisfreie Städte und Landkreise) 12,00 €
- Statistisches Jahrbuch für Bayern 2012,
Buch und CD-ROM
(Kreisfreie Städte und Landkreise) 46,00 €

Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

- Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Land-
kreisen der Bundesrepublik Deutschland (mit inte-
grierter Excel-Mappe) – 2008 bis 2010
- Standard-Arbeitsvolumen in den kreisfreien Städten
und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland
(mit integrierter Excel-Mappe) – 2008 bis 2010
- Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten in den kreis-
freien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik
Deutschland (mit integrierter Excel-Mappe) – 2008
bis 2010
- Kulturfinanzbericht 2012 (Ausgewiesene Gebiete) 19,80 €

Alle Statistischen Berichte und einige ausgewählte Quer-
schnittsveröffentlichungen sowie fast alle Gemeinschaftsver-
öffentlichungen sind **als Datei zum kostenlosen Download
verfügbar** unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen
bzw. www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp

Ein **kostenpflichtiger Druck** dieser Veröffentlichungen ist
auf Anfrage **möglich**.

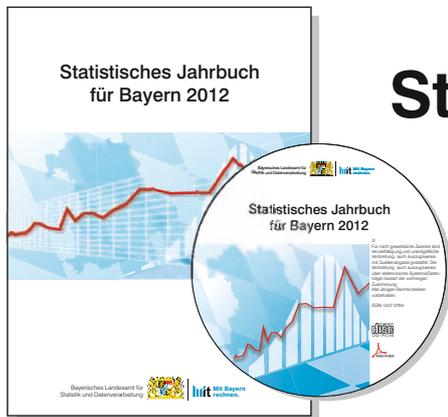
Werden **Veröffentlichungen auch als Druckwerk oder als
kostenpflichtige Datei** angeboten, so ist jeweils der **Einzel-
preis** (ohne Versandkosten) angegeben.

Bei jeder Veröffentlichung ist i.d.R. in Klammern die **kleinste
regionale oder kleinste sonstige Einheit** angegeben, in der
die Daten ausgewiesen werden.

Das **Veröffentlichungsverzeichnis 2013** ist abrufbar unter
[www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/
Veroeffentlichungsverzeichnis_2013_Internet.pdf](http://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/Veroeffentlichungsverzeichnis_2013_Internet.pdf) und kann
als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen:

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Vertrieb
St.-Martin-Straße 47
81541 München
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Fax 089 2119-3457



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2012

Inhalt

- Zeitreihen • Zeitreihen zu wichtigen statistischen Bereichen für die Jahre 1970, 1980, 1990, 2000, 2010 und 2011
 - Bevölkerung und Kultur • Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
 - Wirtschaft und Finanzen • Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
 - Soziale Verhältnisse • Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
 - Gesamte Volkswirtschaft • Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
 - Regionaldaten • Strukturdaten der Landkreise, kreisfreien Städte, Regierungsbezirke und Regionen
 - Bund und Länder • Wichtige Strukturdaten Deutschlands und aller Bundesländer
 - Bayern in Europa • Strukturdaten der 27 Mitgliedsstaaten der EU
 - Sachverzeichnis • Merkmalsbezogen tief gegliedert
- 603 Seiten
 - Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
 - Graphische Darstellungen
 - Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen
 - Geographische und meteorologische Angaben

Preise

Buch	39,- €
CD-ROM (PDF)	12,- €
Buch + CD-ROM	46,- €

Bestellungen

Telefon 089 2119-3205
 Telefax 089 2119-3457
vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
 Statistik und Datenverarbeitung
 St.-Martin-Straße 47
 81541 München

Sie können das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen auch per E-Mail bei unserem Vertrieb bestellen:

vertrieb@statistik.bayern.de